

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

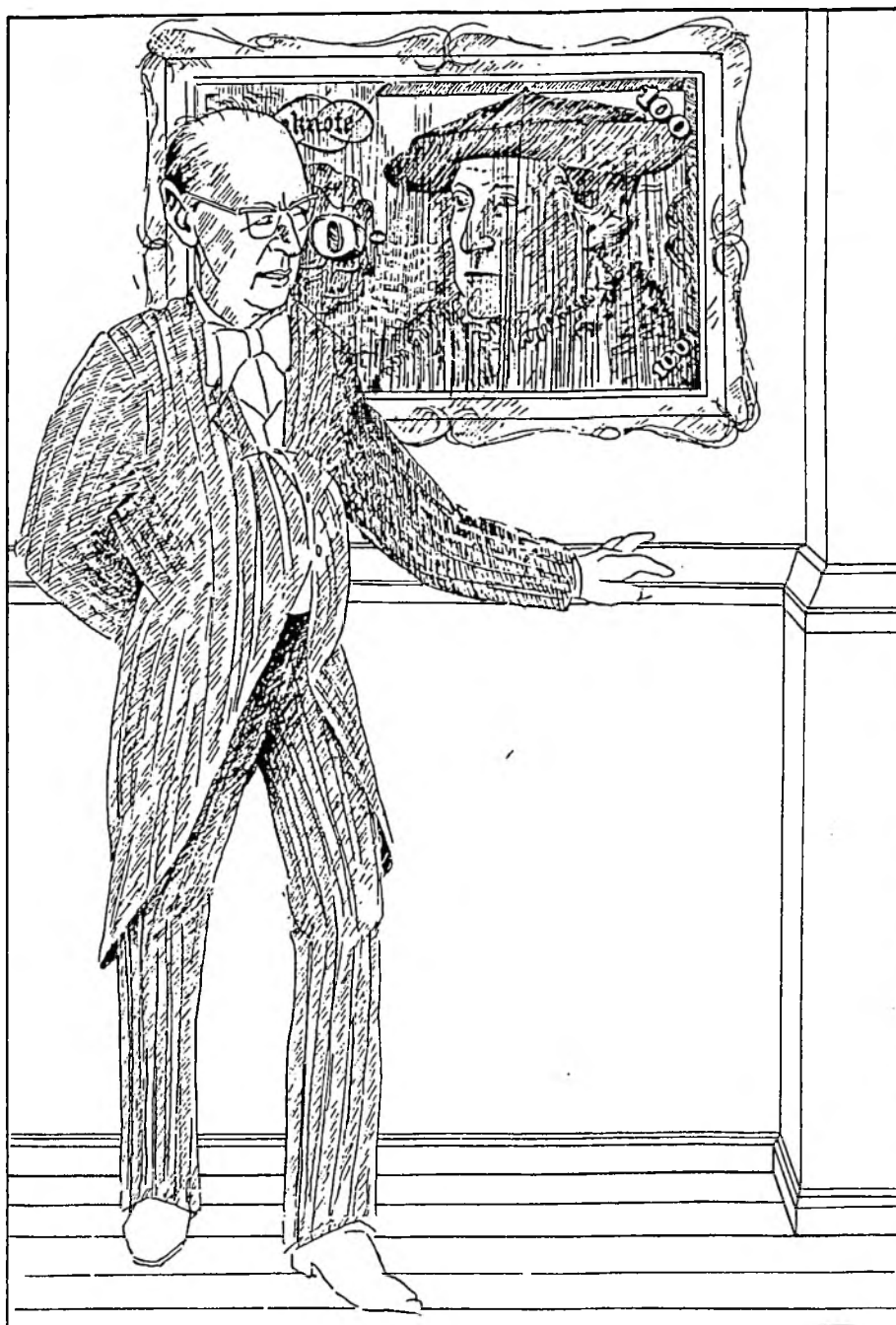
Politische Berichte



1. Mai 1986
Jg. 7 Nr. 9

G 7756 D

Preis:
2,50



„Es kann einfach nicht angehen, daß vorhandene
Anspruchspositionen nicht darauf überprüft werden dürfen,
ob es nicht anderswo dringlichere Bedürfnisse zu befriedigen gibt.“
(Arbeitgeberpräsident Otto Esser)



Imperialismus: Die USA führen
Krieg gegen Libyen, BRD und EG
machen mit Seite 4



Isolationshaft: UN-Menschen-
rechtsausschuß greift die Isolations-
folter in der BRD an Seite 8



Landtagswahlen in Niedersachsen:
Gemeinsame Erklärung von BWK,
GIM und KPD zu den niedersächsi-
schen Landtagswahlen Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Imperialismus: Die USA führen Krieg gegen Libyen, BRD und EG machen mit 4

Zivildienst: Streik der Zivildienstleistenden 7

Chemie: Können Reallohnsenkungen wettgemacht werden? 7

Isolationshaft: UN-Menschenrechtsausschuß greift Isolationsfolter in der BRD an 8
Dokumente der Anhörung 9

USA: Proteste gegen Überfall auf Libyen vereinzelt und schwach ... 10
Westliche Presse zur Aggression .. 11

Auslandsberichterstattung

PCI-Parteitag: "Das vereinheitlichende Element ... ist die Arbeit" 12
Dokumente des Parteitags 13

Palme-Mord: Eindeutige Spuren auf Nazitäter. 13

Norwegen: Flexibilisierungsmöglichkeiten und Tarifabschlüsse. 14

Frankreich: Umfassende Privatisierung geplant 14

Südafrika/Azania: Krise des Apartheid-Erziehungssystems. 15

VR China: Volkskongreß bestätigt Wirtschaftsreformen. 15

Internationale Meldungen. 16

Aus Parteien und Verbänden

Veröffentlichungen:
GRÜNE zum Ausländer- und Asylrecht 18
Gerhard Schröder, "Der Herausforderer" 18
"Der erfahrene Partner in der Sozialversicherung" 18
"Förderung der räumlichen Vorstellungskraft" 18
Bundeswehr und Demokratie 19

Befreiungstheologie: Papst bekräftigt seine Ablehnung 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten. 21

Boehringer: Werden die Kapitalisten ihr neues Schichtmodell durchsetzen? 22

Rau für "klare Verhältnisse" – durch Große Koalition

Er werde nur Bundeskanzler, wenn im Bundestag "klare Verhältnisse" herrschen, erklärte Johannes Rau, Kanzlerkandidat der SPD, bei seiner ersten Bundespressekonferenz am 23.4. 1986 in Bonn. Was er damit meint: Als erstes bekräftigte er das Ziel einer absoluten Mehrheit für die SPD bei den Bundestagswahlen 1987; als zweites lehnte er erneut eine Koalition der SPD mit den Grünen oder die Tolerierung einer SPD-Regierung durch die Grünen ab; als drittes schloß er ein Regierungsbündnis mit den Unionsparteien oder der FDP ausdrücklich nicht aus. Damit hat Rau die Möglichkeit einer Großen Koalition oder einer Koalition mit der FDP unzweideutig selbst ins Gespräch gebracht. Das "Handelsblatt" hob hervor, daß sich Rau für "Offenheit gegen den Markt" aussprach und gegen eine Erhöhung der Staatsquote, des Anteils der staatlichen Ausgaben am Bruttosozialprodukt. Rau kündigte an, eine SPD-Regierung werde die Änderung des § 116 und die Kürzungen des Schüler-Bafög und des Mutterschaftsgeldes zurücknehmen sowie das "Babyjahr" auf die "Trümmerfrauen" ausdehnen. Das Beschäftigungsförderungsgesetz und viele andere einschneidende Gesetzesänderungen gegen Interessen der Lohnabhängigen erwähnte er nicht. Im Zusammenhang mit den Koalitionsüberlegungen werden allerdings selbst seine mageren Ankündigungen wertlos. – (wof)

Galinski und Nachmann kritisieren Antisemitismus

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde von Berlin, Galinski, kritisierte vergangene Woche in einer Rede zum Gedenken des Warschauer Aufstandes vor 43 Jahren die gegen die Juden erhobenen Vorwürfe, sie seien unversöhnlich und hätten eine rückwärtsgerichtete Betrachtungsweise. Galinski stellte eine neue Entwicklung fest. Einen latenten Antisemitismus habe es in Deutschland immer gegeben. Aber jetzt werde er in der BRD "nicht mehr nur unterschwellig, sondern frei und offen geäußert, auch und besonders von politischen Mandatsträgern".

Ähnlich äußerte sich Werner Nachmann, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, in einem Gespräch mit dem Verein der Auslandspreste. Nachmann vertrat die Ansicht, daß der Antisemitismus in der BRD zwar nicht ansteige, daß aber mit größerer Freiheit als in der Vergangenheit antisemitische Vorurteile geäußert würden. Nachmann kritisierte insbesondere, daß der Geschichtsunterricht unzureichend sei und die Lehrergeneration, die jetzt ausgebildet werde, der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht

genügend gewachsen sei. In der ersten Nachkriegszeit hätten sich weder die Schulbehörden noch Parteien, Kirchen und Gewerkschaften des Themas in ausreichendem Umfang angenommen. Der Zentralrat werde demnächst Vorschläge unterbreiten, wie die Bildung und Erziehung der Jugend verbessert werden könne. Der Zentralrat habe eine Korrektur des historischen Erscheinungsbildes der Juden angeregt. Da die neunhundertjährige Geschichte der Juden in Deutschland weitgehend



Werner Nachmann

unbekannt sei, sei eine "Aufklärung der Jugend über die deutsch-jüdische Symbiose zur Richtigstellung des verzerrten Geschichtsbildes erforderlich".

Zur Lage der Juden in der BRD erklärte Nachmann, daß der hohe Anteil alter Menschen in den Gemeinden deren finanzielle Lage erschwere. Auch im politischen Leben sei eine Generationslücke festzustellen. Seit dem Ausscheiden der jüdischen Vorkriegsgeneration aus dem politischen Leben gebe es seit rund einem Jahrzehnt keine jüdischen Abgeordneten mehr im Parlament. – (anl)

DGB zu Flexibilisierung der Arbeitszeit

Die Stellungnahme des DGB-Bundesvorstands aus seiner April-Sitzung verdient Beachtung. Sie verlangt zwar einerseits weiter "Arbeitszeitverkürzung in allen ihren Formen", ist in der Hauptsache aber eine – lange fällige – Auseinandersetzung mit der Forderung des bürgerlichen Lagers nach "Flexibilisierung der Arbeitszeit".

Zuden aktuellen Flexi-Forderungen und -praktiken der Kapitalisten stellt der DGB fest, daß sie der Kostenentlastung der Unternehmen u.a. durch Arbeitsverdichtung dienen und in der Regel nicht der "größeren Zeitsouveränität" der Lohnabhängigen; daß sie Schutzfunktionen von Tarifen unterlaufen und arbeitsrechtliche Bestimmungen abbauen sollen. Bei weiteren Arbeitszeitverkürzungen soll deshalb "die tarifvertraglich weitgehend erreichte individuelle 5-Tage-Woche für den Arbeitnehmer im Regelfall neben dem freien Sonntag einen freien Samstag bedeuten". Job-sharing, va-

Anzeige

Politische Berichte
Sonderausgabe**Ergebnisse der sechsten
ordentlichen
Delegiertenkonferenz des BWK**
April 1986

Zu beziehen über: GNN Gesellschaft
für Nachrichtenerfassung und Nach-
richtenverbreitung, Verlagsgesell-
schaft Politische Berichte m.b.H.
Zülpicher Straße 7
5000 Köln 1 Preis: 3,50 DM

werkschaften nach wie vor die ent-
sprechende Novellierung der Arbeits-
zeitordnung. Durch ein fortschrittli-
ches Arbeitszeitgesetz sind Schutzbe-
stimmungen zu schaffen, die den ge-
sundheitlichen Verschleiß der Arbeit-
nehmer begrenzen und insbesondere
durch die Einschränkung der zulässigen
Mehrarbeit einen Beitrag zur Ver-
besserung der Lage auf dem Arbeits-
markt leisten".— (rok)

**"Wer Arbeitskraft nachfragt,
muß sich das leisten können"**

Keinerlei Rücksichten auf die Arbei-
terbewegung nimmt das FDP-Präsi-
dium in seinem Leit Antrag an den
nächsten Bundesparteitag. Die "Libe-
ralen Perspektiven für mehr Beschäf-
tigung" fassen zusammen, was die
FDP in der Regierungskoalition als
Programm durchsetzen will: Die Ta-
rifverträge sollen nach "Branchen,
Regionen und Tätigkeiten" differen-
ziert werden. Für Arbeitslose soll ein
spezieller Niedriglohn geschaffen
werden. Die Gewerkschaften sollen
weitere Niedriglohnezonen zulassen
und der Beseitigung allgemeiner Stan-
dards zustimmen. Dies verlangt die
FDP auch für Arbeitsbedigungen und
Arbeitszeit: "Die bestehenden Ar-
beitsmarktregelungen, wie z.B. die
Vorschriften über die Ausgestaltung
von Arbeitszeiten, müssen immer
wieder daraufhin überprüft werden,
inwieweit sie sich unter den Bedingun-
gen als Beschäftigungshindernis her-
ausstellen." Und als Beschäftigungs-
hindernisse erklärt die FDP: die La-
denschlusszeiten, die Fünf-Tage-Wo-
che, Beschränkungen von Nacht-,
Schicht-, Teilzeit- und Überstunden-
arbeit und das Vermittlungsmonopol
der Bundesanstalt für Arbeit — kurz:
alle gesetzlichen und tariflichen
Schranken, die die Konkurrenz auf
dem Arbeitsmarkt dämpfen. — (uld)

riable Teilzeitarbeit oder Arbeit auf
Abruf (KAPOVAZ) werden abgelehnt.
Für die anderen Formen von Flexibili-
sierung werden Kriterien formuliert,
die gesetzlichen und tariflichen
Schutz und Mindestbedingungen si-
chern, zur Humanisierung der
Arbeit beitragen und gegenüber der
Rationalisierung zur "Wiederherstel-
lung der Vollbeschäftigung" beitragen
sollen. Im einzelnen sind die Vorstel-
lungen nicht ausreichend und bedürfen
sicher weiterer gewerkschaftlicher
Erörterung. Sie enthalten aber Ge-
sichtspunkte, die festgehalten und ge-
rade im Zusammenhang der "Arbeits-
zeitrunde 87" praktisch zur Geltung
gebracht werden sollten.

So heißt es z.B., daß "Schichtarbeit
zukünftig vor allem auf die Tageszeit
begrenzt werden" soll. Und: "Im übrigen
müssen gesundheitsgefährdende
Formen der Schichtarbeit, speziell in
Form von Nachtschichtarbeit sowie
von Wochenendarbeit begrenzt bzw.
abgebaut und auf reduziertem Niveau
mit einem erweiterten Freizeitaus-
gleich versehen werden." Außerdem
wichtig: "Im übrigen fordern die Ge-



Anläßlich von Agrardebatten und Brüsseler Agrarpreisverhandlungen führte die
ABL Protestaktionen durch. Kiechle bekam von Kohl grünes Licht für Agrar-
preisbeschlüsse: Falls nicht im "deutschen Interesse" abgeschlossen wird, folge
ein nationales Hilfsprogramm. Sozialabgaben werden teilweise vom Staat über-
nommen. Das sichert die landwirtschaftliche Produktion nicht. — (ale)

Personalratswahlen: Erfolg für
die Kandidaten aus dem Pflegebe-
reich..... 22

Seehäfen: 3,9% mehr Lohn. Für
2800 keine Lohnerhöhung..... 23

Asylbewerber: Verweigerung
der Gemeinschaftsverpflegung ... 23

Ausländische Seeleute: Poli-
zei und Ausländerbehörde betrei-
ben Ausweisungen..... 24

Arbeitsschutz: DGB-Veranstal-
tung zur Arbeitsmedizinertagung . 25

Kommunalwahlen: DKP sagt
Bündnis ab: Anlehnung an SPD?... 25

Siemens: Expansion mit "Zu-
kunftstechnologie" — Friedensin-
itiative kritisiert SDI-Beteiligung. 26
Hanns Seidel Stiftung diskutiert
Entwicklungshilfe..... 27

Nachrichten aus der Arbeiter-
bewegung..... 28

Daimler-Benz-Teststrecke:
Über Verfassungsbeschwerde soll
im Sommer entschieden werden... 29

**Kultur und Wissenschaft —
Diskussionsbeiträge**

"Jenseits von Afrika": Kolo-
nialidylle und rassistische Verach-
tung für Afrikaner..... 30

RAN: Noch einmal Schlachtenge-
mälde mit Samuraigemetzeln 30

Fernsehen: "Hotel Polan und sei-
ne Gäste"..... 30

Film: Rosa Luxemburg 31

§ 218: Die Abtreibungspraxis in
der BRD im Ländervergleich 31

Wahlen Niedersachsen: Ge-
meinsame Erklärung von BWK, GIM
und KPD..... 32

Spezialberichte

BDA-Politik: Otto Essers acht
Jahre Arbeit für eine "Vorwärts-
strategie" des Kapitals..... 34
BDA zielstrebig gegen gesetzli-
chen Normalarbeitstag..... 35
Angriffe auf die Sozialversiche-
rungen: spätestens 1975 beginnen die
"Wendejahre"..... 36
"Rendite wie in den 60er Jahren!" . 38
Das bürgerliche Lager in geschlos-
sener Frontstellung gegen Gleich-
macherei beim Lohn 39

Titelbild: Karikatur, sip, Göttingen

Imperialismus

Die USA führen Krieg gegen Libyen BRD und EG machen mit

US-Außenminister Shultz erklärt öffentlich, daß die USA Geheimoperationen gegen Libyen nicht ausschließen. Luftangriffe seien nicht die einzig denkbaren militärischen Aktionen. Dies berichten die Rundfunknachrichten am 27.4. Wer es bisher nicht wahrhaben wollte, muß nun wissen: Die USA führen Krieg gegen Libyen. Ihr Kriegsziel ist es, die Regierung Ghaddafi zu beseitigen und den antiimperialistischen Kurs des Landes umzukehren.

Die jahrelange wirtschaftliche und politische Aggressionspolitik der USA gegen Libyen erreichte einen Höhepunkt im Januar dieses Jahres. Die US-Regierung nahm Anschläge auf den Flughafen von Rom und Wien zum Vorwand, Libyen mit einem Überfall zu drohen und die öffentliche Meinung für den Krieg zu mobilisieren. Im März leitete sie mit einem Manöver innerhalb der 200-Meilen-Zone vor der libyschen Küste planmäßig die militärische Aggression ein. In der Nacht zum 15.4. ließ sie Tripolis und Bengasi bombardieren. Viele Anhaltspunkte deuten darauf hin, daß die USA parallel zu den Luftangriffen Terrorgruppen nach Libyen einsickern ließen und subversive Aktionen durchführten mit dem Ziel, Ghaddafi zu liquidieren und einen Putsch zu inszenieren.

Die USA verschärfen die Situation weiter. Am 23.4. erklärte Reagan, daß die USA militärische Schläge auch gegen Syrien und Iran nicht ausschließen, sie suchten nur noch geeignete Anlässe – d.h. dieselben fadenscheinigen Vorwände wie gegen Libyen.

Das zielt v.a. auf die Isolierung Libyens und auf die Ermunterung der Kräfte in den arabischen Ländern, die die Zusammenarbeit mit den Imperialisten wollen. Am 24.4. begannen die USA zusammen mit Großbritannien, Italien und der Türkei ein Manöver im Mittelmeer. Ein zweites Manöver, in dem auch amphibische Einheiten und Luftwaffenstreitkräfte zum Einsatz kommen, soll sich am 4. Mai anschließen. Begleitet werden die militärischen Maßnahmen durch immer neue Drohungen gegen Libyen.

EG und BRD sind mit dabei

Ein kurzer Rückblick auf die Situation während und nach dem Sturz des Schahs von Iran ist aufschlußreich für das Zusammenspiel der Westmächte heute. Damals nämlich haben die Imperialisten ausgekocht, was sie jetzt gegen Libyen zur Anwendung bringen.

Die USA hatten erklärt, daß sie den Zugang zum Öl gegebenenfalls auch militärisch sichern würden. Verschiedene westeuropäische Mächte hatten bilaterale Vereinbarungen mit den USA über gemeinsame Maßnahmen für den Fall getroffen, daß ihr ungehinderter Zugriff auf das Öl des Nahen Ostens gefährdet ist.

Für die BRD hatte der damalige Kanzler Schmidt, SPD, den USA das Konzept "kompensatorischer Maßnahmen" angeboten. Das bedeutete, daß man die gemeinsamen imperialistischen Interessen gegen Gegner im Nahen Osten mit verteilten Rollen

durchsetzen sollte. Daraus entstand u.a. das Wartime Host Nation Support-Abkommen, das 1982 zwischen der US- und der Bundesregierung (noch mit Schmidt) abgeschlossen wurde. Das Abkommen sieht vor, daß die BRD die USA unterstützt, sollten diese für militärische Aktionen Verstärkung benötigen, z.B. durch die Wahrnehmung logistischer, Sicherungs-, Instandsetzungs- oder Transportaufgaben. Die BRD verschaffte sich damit die Möglichkeit, auf militärische Aggressionen der USA in bilateralen Verhandlungen Einfluß zu nehmen und sich daran zu beteiligen, ohne selbst Truppen entsenden zu müssen.

Gegen Libyen haben die westeuropäischen Mächte insoweit gemeinsame Interessen mit den USA, als auch sie eine Regierung beseitigt haben wollen, die einen vorsichtigen Kurs gegenüber den Imperialisten verfolgt und an der Unabhängigkeit festhält. Außer Albanien ist Libyen das einzige Mittelmeerland, das kein Assoziierungsabkommen mit der EG abgeschlossen hat. Die westeuropäischen Konzerne haben starke Interessen in Libyen, vor allem am Öl, aber auch an Kapital- und Warenexport, jedoch die Politik der Regierung hält ihre Einflußmöglichkeiten gering. Die libysche Afrikapolitik, die z.B. Befreiungsorganisationen unterstützt, ist zwar bei den afrikanischen Regierungen nicht unumstritten, ist der EG aber in einem Erdteil, den sie als ihren "weichen Unterleib" betrachtet, ein Hindernis. Das alles stachelt die west-

Bundesregierung billigt Bankgeschäfte mit Südafrika

Die westdeutschen Banken sind führend im Kreditgeschäft mit Südafrika. Selbst Banken mit Bundesbeteiligung sind an der Kreditvergabe für die Rassistengovernment beteiligt. Zwischen 1982 und September 1985 haben westdeutsche Banken bei rund 37% aller Auslandskredite, die der Staat und Kapitalisten in Südafrika aufgenommen haben, die Organisation übernommen. Die Bundesregierung erklärt dazu, "daß von einer Finanzierung der Apartheid durch deutsche Banken in Südafrika und Namibia nicht gesprochen werden kann", sondern die Bankgeschäfte auf Grundlage der Regierungspolitik stattfänden, die "auf einen friedlichen und raschen Wandel in Südafrika" abziele. Ihre Politik verstoße nicht gegen die UN-Beschlüsse für einen Boykott Südafrikas, weil die BRD nur die UN-Beschlüsse einhalte

und anerkenne, denen sie auch selbst zugestimmt habe. Sie werde keinerlei Maßnahmen ergreifen, um das Gold- und Kreditgeschäft mit Südafrika zu verhindern. So antwortete die Bundesregierung auf eine Große Anfrage der GRÜNEN, zu der noch eine Bundestagsdebatte stattfinden wird. (Bundestagsdrucksache 10/5297 – uld)

Die Waffenschieber packen aus

Scheinbar geläutert gaben die vier angeklagten Manager des Rüstungskonzerns Rheinmetall zu, Waffen, ja eine ganze Munitionsfabrik nach Südafrika, Saudi-Arabien und Argentinien über sogenannte Drittländer geliefert zu haben. Am nächsten Verhandlungstag zeigte sich der Grund für ihre Offenheit. Ein Regierungsdirektor des Bundesamtes für Gewerbliche Wirtschaft, zuständig für Waffenexportgenehmigungen, plauderte aus der Schule. Unklarheiten bei den Anträ-

gen würden mit den Antragstellern beim Kaffee geklärt, so auch im Falle Rheinmetall. Im übrigen wisse man, daß und wie das Kriegswaffenkontrollgesetz unterlaufen werde, das wisse jeder, und jeder habe halt so seine Interessen, "das Bundesamt", "das Verteidigungsministerium" und "das Kanzleramt". Auf diese Aussage haben die Waffenschieber wohl gesetzt. Wenn die Regierung ihre Geschäfte erlaubt, wie kann ein Gericht sie dafür bestrafen? – (rub)

VW verkauft TA und steigt bei Olivetti ein

Der VW-Konzern verkauft Triumph-Adler im Tausch gegen eine 5%ige Beteiligung an dem größten europäischen Computer- und Büromaschinenkonzern Olivetti und erwirbt eine Option auf weitere 6%. Als drittgrößter Aktionär erhält VW einen Verwaltungsratssitz. Größte Aktionäre sind American Telephone and Telegraph



Zur Erinnerung: 1956 bombardierten Großbritannien und Frankreich die ägyptische Stadt Port Said in Schutt und Asche.

europäischen Imperialisten an, sich am Krieg gegen Libyen zu beteiligen.

Zwar beteuern die Regierungen, mit Ausnahme der britischen, bei allem "Verständnis" ihre Unschuld. Aber inzwischen wird immer deutlicher, nicht nur daß, sondern wie weit sie darin verstrickt sind.

Großbritannien gab die Starterlaubnis für die nach jüngsten Meldungen ca. 60 Kampfflugzeuge, die von britischen Basen aus den Angriff flogen, und deckte ihren Start durch Manöver britischer Truppen. Frankreich gab, wie jetzt enthüllt wurde, entgegen früheren Behauptungen doch die Überflugerlaubnis für die F-111-Bomber. Bereits Ende 1985 bzw. Anfang '86 hatten Großbritannien und Italien im Zusammenhang der Drohungen gegen Libyen begonnen, ihre Verbände und Stützpunkte im Mittelmeer zu verstärken. So rüstete Großbritannien

den Militärstützpunkt Gibraltar mit landgestützten Exocet-Raketen aus; Italien verstärkte seine Luftstreitkräfte im Süden, u.a. mit Einheiten der "Schnellen Eingreiftruppe", v.a. Fallschirmjägern. Seit Mitte April verlegt neben Großbritannien und Italien auch Frankreich weitere Einheiten ins Mittelmeer.

Die Bundesrepublik, die angeblich die USA bis zuletzt von Militäraktionen hat abhalten wollen, ist in Wirklichkeit ebenfalls mit dabei. Sie schaffte den Vorwand für die Aggression. Nach übereinstimmenden ausländischen Berichten ist der westdeutsche und nicht der US-Geheimdienst die Quelle der "Beweise", daß Libyen die Verantwortung für den Bombenanschlag auf die Diskothek in Westberlin trage, den die USA zum Vorwand nahmen. Inzwischen wurde übrigens amtlich, daß westdeutsche

Geheimdienste selbst Bomben legen, wenn's das Staatsinteresse erfordert.

Die militärische Aggression wurde auf BRD-Territorium geplant und gelenkt. Das verantwortliche US-Kommando Europa (EUCOM) hat seinen Sitz in Stuttgart. Der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, Rogers, zugleich NATO-Oberbefehlshaber in Europa, war nach eigener Erklärung seit Wochen mit der Planung des Überfalls beschäftigt – in Stuttgart –, während ihn sein Stellvertreter in der NATO, der BRD-General Mack, in Brüssel vertrat. Rechtzeitig vor dem Überfall waren, wie Soldaten berichten, Bundeswehreinheiten in Alarmbereitschaft versetzt, ebenso Reservisten. Wozu?

Vor allem aber durch das Wartime Host Nation Support-Abkommen ist die BRD in dem schmutzigen Krieg gegen Libyen direkter Kriegsbeteiligter. Daß bisher nicht an die Öffentlichkeit dringt, mit welchen konkreten Maßnahmen die BRD die US-Streitkräfte in ihren Einsätzen gegen Libyen unterstützt, bedeutet nicht, daß es solche konkreten Maßnahmen nicht gibt. Erst im Januar, während des ersten Höhepunktes der kriegsvorbereitenden Kampagne gegen Ghaddafi, wurde als erste Einheit des schließlich 93000 Soldaten umfassenden WHNS-Großverbandes das Unterstützungskommando 3 auf- und dem Wehrbereichskommando 3 in Köln unterstellt. Laut der Frankfurter Allgemeinen vom 15.1.86 soll das Unterstützungskommando "planen, steuern und koordinieren und eine enge Kooperation mit den Amerikanern gewährleisten". Was plant, steuert und koordiniert das Kommando im Krieg gegen Libyen?

Wehret den Anfängen!

Der Kongreß "Frieden mit der

mit 25 % und die italienische Gruppe Benedetti mit 15 %. Auf dem Telekommunikationsgebiet entsteht somit ein Konkurrent zu Siemens und in der Schreibmaschinenherstellung eine europäische Zusammenarbeit gegen die "japanische Konkurrenz". – (sie)

Steuerreform: Apel (SPD) hilft Stoltenberg (CDU)

Hans Apel, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, will Stoltenberg bei der Steuerreform unterstützen. Am 21.4. hatte Stoltenberg verbreitet, in Regierungskreisen denke man über eine neuerliche Anhebung des Grundfreibetrags für die – für 1988 vorgesehene – "zweite Stufe der Steuerreform" nach. Stoltenbergs Ankündigung sollte vor allem dem öffentlichen Eindruck entgegenwirken, die Regierung fördere einzig die Reichen und besser Verdienenden – von der gleichzeitigen erneuten Ankündigung Stoltenbergs, bei dieser Gelegenheit

auch die Mehrwertsteuer zu erhöhen, war deshalb in kaum einer Zeitung die Rede. Das hielt Hans Apel nicht ab, Stoltenberg sofort zuzustimmen. "Die SPD würde eine Initiative aus der Koalition unterstützen, den steuerlichen Grundfreibetrag im Rahmen der zweiten Stufe der Steuerentlastung 1988 noch einmal anzuheben", berichtete am nächsten Tag die "FAZ". Auch gegen die Senkung des Spitzensteuersatzes der Einkommenssteuer und der Vermögenssteuer hat Apel keine Bedenken. Steuerpolitische Vorbereitung für eine große Koalition? – (rül)

Asylbewerber aus Ghana beging Selbstmordversuch

Hamburg. Am 22.4. hat sich der 33 Jahre alte Kwame Dapaah aus einem Fenster der Ausländerbehörde gestürzt und liegt lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus. Nach dem Scheitern auch seines Asylfolgeantra-

ges hatte er sich an den Petitionsausschuß der Bürgerschaft gewandt, der ihm aber auch "menschliche und politische Gründe" für seine Anerkennung bestritt. Obwohl es zahlreiche Hinweise auf Unterdrückung von ethnischen Minderheiten in Ghana gibt und die "Democratic Ghanese Movement", der Kwame Dapaah angehört, verfolgt wird, ist im letzten Jahr in Hamburg kein einziger Asylantrag eines Ghanesen durchgekommen. Menschen aus Ghana gelten pauschal als "Wirtschaftsasylanten". Die Ausländerbehörde wollte ihn deshalb gleich in Abschiebehaft stecken lassen. – 150 Menschen, darunter viele Asylbewerber, demonstrierten noch am gleichen Nachmittag in der Innenstadt. Der Innensenator erklärte zynisch den Selbstmordversuch zu einer "Überreaktion, die keiner verhindern konnte." Die Polizei griff die Demonstration an und nahm zwei Ausländer als "Rädelsführer" fest. – (mek)



Protestdemonstrationen gegen die imperialistische Aggression gegen Libyen. Links: Libyen, rechts: Bonn, 19. April.

NATO?" hat am 13.4. eine Resolution "USA, Hände weg von Libyen!" verabschiedet und darin u.a. die Kündigung des Wartime Host Nation Support-Abkommens gefordert.

Diese Forderung, deren Durchsetzung verunmöglichen würde, daß die BRD die USA bei Angriffen gegen Libyen als logistische Drehscheibe unterstützt, hat in den Demonstrationen und Protesten seither keine Rolle gespielt. Auch die Autoren der Resolution haben sie geschwind wieder eingepackt. Das ist verhängnisvoll.

Denn: Bei aller Übereinstimmung und aller Kollaboration gegen Libyen wurden schroffe Widersprüche zwischen den USA und der EG sichtbar. Sie rivalisieren um die Vorherrschaft im Mittelmeerraum. Die EG arbeitet lange an einem "Globalkonzept der Mittelmeerpolitik". Sie versucht, den gesamten Mittelmeerraum von der

nordafrikanischen Küste über die asiatischen Länder im östlichen Mittelmeer bis zu den süd- und südosteuropäischen Ländern zu ihrer Einflusssphäre zu machen. Die sog. Süderweiterung war ein großer Schritt dahin. Die FAZ schrieb dazu am 21.4.:

"Das gibt den Europäern eine historische Chance, in dieser Region zu einer neuen Rolle zu finden." Sie rechneten damit, "daß auch die arabische Seite sich dem Gravitationsfeld des wirtschaftlichen Riesen EG auf Dauer nicht entziehen könnte. In diesem Prozeß stellen militärische Aktionen ... nur einen Störfaktor dar."

Das wissen die USA natürlich, und das war mit Sicherheit eine ihrer Überlegungen. Sie haben, so die FAZ, der EG mit aller Deutlichkeit demonstriert, "daß (sie) das entscheidende westliche Wort im Mittelmeer sprechen". Deshalb die Erbitterung bei den

westeuropäischen Imperialisten. Weil sie US-Militäraktionen gegen Libyen nicht verhindern konnten, haben sie sich entschlossen, den Krieg mitzuführen. Sie tragen volle Verantwortung dafür. Das hindert sie aber nicht, die trübe Suppe des Anti-Amerikanismus aufzukochen. Sie werden versuchen, die große Empörung vieler Menschen über den US-Überfall auszunutzen für eine Propaganda für die Stärkung der EG und den Aufbau einer westeuropäischen Militärmacht.

Der Kampf gegen den US-Überfall auf Libyen, der die Mittäterschaft der BRD und EG nicht angreift, sondern übergeht, der sie nicht unterbinden will, sondern stillschweigend deckt, trägt nichts bei, sondern schadet: Er läßt sich auf die Mühlen des BRD- und EG-Imperialismus lenken.

Quellenhinweis: versch. Tageszeitungen, Nachrichten, 15. -27.4. - (scc)

Staatstragende Bombe

Der Reichtagsbrand (1933) und der Sender-Gleiwitz-"Überfall" (1939) lehren: Selbstinszenierte Anschläge machen eine Regierung für einen bestimmten Zweck handlungsfähig. Insofern verdeutlicht die jetzt bekanntgewordene Tatsache, daß die niedersächsische Landesregierung am 28. Juli 1978 zum Zweck der Infiltration bzw. Ausschaltung der RAF-Opposition einen "Bombenanschlag" auf die Haftanstalt Celle durchführen ließ, historische Kontinuität hinsichtlich solcher Praktiken. Diese Geheimdienstoperation, die - ganz im Geiste von Mogadischu - von der seinerzeitigen SPD/FDP-Bundesregierung unterstützt wurde, sollte wie ein "Befreiungsversuch" für ein inhaftiertes RAF-Mitglied aussehen und solchermassen einen glaubwürdigen V-Mann ("Bombenleger") produzieren. Das jet-

zige Bekanntwerden dieser Sache im Vorfeld der niedersächsischen Landtagswahl mag den Grünen zum politischen Vorteil gereichen. Gewiß ist jedoch, daß Ministerpräsident Ernst Albrecht die seinerzeitige direkte Unterstützung dieser Operation durch die SPD nutzen wird, um diese Oppositionspartei in Richtung einer großen Koalition zu drängen. - (huh)

"Langemark-Schule": Heldentod wieder gefragt

Ende 1985 hat der Rat der Stadt Dormagen (NRW) einer Hauptschule der Stadt auf Antrag der Schulkonferenz wieder den Namen verliehen, den diese Schule schon 1935 bis 1968 trug: "Langemark-Schule". "Langemark" ist der Name eines Schlachtfeldes in Belgien, auf dem die Generäle des deutschen Imperialismus 1914 so um die 15000 jugendliche Kriegsfreiwillige in ein furchtbares Gemetzel befahlen, dem kaum einer dieser Freiwilligen

lebend entkam. Die NSDAP machte "Langemark" später zum Begriff für "Opferbereitschaft" und "Vaterlandsliebe", benannte die bereits erwähnte Hauptschule in Dormagen und zahlreiche andere Schulen danach, veranstaltete "Langemark-Feiern" der Schüler und Studenten usw. All das hat den Stadtrat von Dormagen nicht von seiner Namensgebung abrücken lassen. CDU und SPD lehnten im März einen Antrag auf Rücknahme der Namensgebung ab. - (rül)

Typen wie Otto werden wieder gebraucht

Im Prozeß gegen Wolfgang Otto, angeklagt wegen Beihilfe an der Ermordung Ernst Thälmanns, hat der Staatsanwalt ein Plädoyer gehalten. Er hat auf Freispruch plädiert. Ja, er ging sogar soweit zu sagen, daß nie festzustellen sein werde, wer Thälmann erschossen habe. Die FAZ schrieb dann am nächsten Tag befriedigt einen Ar-

Zivildienst

Streik der Zivildienstleistenden

Am 10.4.86 feierte der Zivildienst sein 25jähriges Jubiläum. Zu diesem Anlaß organisierte das Bundesamt für Zivildienst (BAZ) eine Feierstunde für geladene Gäste, auf der u.a. Familienministerin Süssmuth die Gelegenheit bekam, die "aufopferungsvolle" Tätigkeit der zur Zeit 57200 diensttuenden Zivildienstleistenden (ZDL) zu loben. Keinen Grund zum Feiern sah jedoch die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SODZDL), die zum 10.4. bundesweit zu Vollversammlungen der Zivildienstleistenden aufrief.

Dort wurde besprochen, wie man sich zu der am 17.4. zur Verabschiedung im Bundestag stehenden Verlängerung des Kriegsdienstverweigerungsgesetzes von 1984, welches u.a. vorschreibt, daß die Dauer des Zivildienstes die Dauer des Wehrdienstes um ein Drittel zu übertreffen hat, bis 1990 verhalten sollte. Gleichzeitig sollte die Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 und damit des Zivildienstes auf 24 Monate ab dem 1.7.89 verabschiedet werden. Die Antwort der ZDLer auf diese Gesetze: Bundesweiter Aktionstag und Streik am Tag der Verabschiedung.

Dem Streikaufruf der SODZDL folgten nach deren Angabe 2500 ZDL, das Bundesamt für Zivildienst spricht von 1160, wobei man zu berücksichtigen hat, daß noch nicht alle Streikenden von ihren Dienststellen gemeldet wurden. An Aktionen wie Demonstrationen, Info-Ständen und Wagenkonvois beteiligten sich 8000 ZDLer.

Da Zivildienstleistende in einem öffentlich-rechtlichen Gewaltverhältnis stehen, dürfen sie grundsätzlich

nicht streiken. Nach §58 Zivildienstgesetz (ZdG) wird ein Fernbleiben vom Dienst bis zu drei Tagen mit einer Disziplinarmaßnahme geahndet, was z.B. eine Geldbuße von bis zu 1200 DM – bei einem Sold von 300 DM – oder Ausgangsbeschränkung bis zu 30 Tagen sein kann. Auch Versetzungen, vornehmlich bei "Rädelsführern", blühen den Streikenden.

Ihre Aktionen richteten sich nicht nur gegen die Verlängerung der Dienstzeit, sondern man wollte auch auf den verfassungswidrigen Zustand der längeren Dauer des Zivildienstes hinweisen, der nach Artikel 12a Abs. 2 GG "die Dauer des Wehrdienstes nicht überschreiten" darf. Ein weiteres, wesentliches Thema des Streiks war die Militarisierung des Zivildienstes. Rechtliche Grundlage bildet hierbei vor allem der §79 ZdG, wonach Verweigerer im "Verteidigungsfall" zum unbefristeten Zivildienst herangezogen werden. Ihre Aufgabe besteht dann in der Aufrechterhaltung der Infrastruktur, um Soldaten für die Front freizusetzen. Der ehemalige Familienminister Geißler hält z.B. den Einsatz von Zivildienstleistenden beim Blindgängerentschärfen für eine logische Anwendung des ZdG.

Um ihren Einsatz zu gewährleisten, unterliegen ZDL und ehemalige ZDL bis zum 32. Lebensjahr der Zivildienst-Überwachung (§23 ZdG), gegen welche die SODZDL übrigens eine Verweigerungskampagne initiiert. Da die Kreiswehrratsämter alle Daten der Meldebehörden von 18–32jährigen bei jeder An- und Abmeldung, von 33–65jährigen auf Anforderung erhalten, kann man sich der Überwachung nur durch bewußt "illegales" Leben, d.h. ohne An- und Abmeldung der Wohnung, entziehen.

Damit die ZDL im "Verteidigungsfall" ihrer Aufgabe an der "Heimat-

front" gewachsen sind, sieht das Ende 1982 im Bundestag verabschiedete Gesetz zur Neuregelung der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes vor, sie verstärkt im Zivil- und Katastrophenschutz einzusetzen.

Ein weiteres Indiz für den militarierten Zivildienst ist die Tatsache, daß das ZdG in weiten Teilen – so auch im Disziplinarrecht – dem Wehrpflichtgesetz entspricht. Durch die verstärkte Heranziehung zu staatlichen Einführungslehrgängen versucht das Bundesamt eine weitere Indoktrinierung der ZDL zu erreichen. Auch die forcierte Kasernierung der ZDL in Dienstunterkünften ist eine Form der Militarisierung. Verbunden mit dem Entzug von Nacht- und Wochenendausgang müssen ZDL häufig wie in einer Kaserne der Bundeswehr leben.

Es steht zu befürchten, daß das Bundesamt für Zivildienst die Bandbreite der ihm zur Verfügung stehenden Strafen voll ausschöpfen wird, muß doch die Heimfront stehen, wenn die westdeutsche Bourgeoisie sich in solche Abenteuer wie den Überfall auf Libyen stürzen will. – (fen)

Lohnbewegung Chemie

Können Reallohnsenkungen wettgemacht werden?

Im März hat der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik die diesjährige Forderungsempfehlung beschlossen: Im wesentlichen die Anhebung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 7 % für 12 Monate sowie die Anhebung der Mindestverdienstsicherungsklauseln für die beiden höchsten Lohngruppen (Facharbeiter, Handwerker) um 174 DM pro Monat. Diese Empfehlung

tikel mit der Überschrift "Ernst Thälmanns Mörder sind nicht mehr zu finden". Wieder einmal scheint eine Endlösung gefunden zu sein. Es konnte im Verlauf des Prozesses zwar nicht verhindert werden, daß die tatsächlichen Umstände des Todes von Ernst Thälmann ans Licht kamen. – Er war eben nicht, wie behauptet, bei einem Bombenangriff auf das KZ Buchenwald ums Leben gekommen, sondern er wurde in der Nacht vom 17. auf den 18. August 1944 auf Befehl Hitlers in Buchenwald von hinten erschossen. – Doch ansonsten scheint sich das Werk der westdeutschen Justiz zu vollenden, das 40 Jahre darin bestand, einen Prozeß zu verhindern und Mörder zu decken. Typen wie Otto werden auch heute wieder gebraucht als willfähige Elemente für eine Politik, der "eine brennende Discothek genügt, um imperialistischen Terror auf die Spitze zu treiben" (Heinrich Hannover). – (rub)



Westberliner Senat und Besatzer haben sich daraufhin verständigt, nach dem Bombenanschlag auf die Diskothek "La Belle" die Grenzen zu der DDR zu "sichern". 600 Polizisten kontrollieren rund um die Uhr jeden S-Bahn- und U-Bahnzug, der durch die Hauptstadt der DDR fährt, an den Westberliner Grenzbahnhöfen. Vor allem Ausländer werden kontrolliert. Auf dem Weg zur Arbeit vom Norden in den Süden Westberlins müssen sie einen Paß dabei haben. Protestaktionen gegen diese Kontrollen wurden organisiert. – (kla).

liegt den Vertrauensleutekörpern und Tarifkommissionen zur Beratung vor. Zwischen dem 30.6. und dem 31.8.1986 laufen die Tarifverträge in den Bezirken aus.

Die Empfehlung enthält keine Berücksichtigung der Interessen der wenig Verdienenden und hart Arbeitenden in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen. Die Notwendigkeit solcher besonderen Anhebungen wird auch in der IG CPK von nicht unwesentlichen Kräften verfochten. So schlägt z.B. der Vertrauensleutekörper von Boehringer Mannheim, dem größten Chemiebetrieb in Baden-Württemberg, eine Forderung von 7 %, mindestens aber 170 DM für alle vor und begründet sie mit dem Reallohnverlust seit 1980. Hierdurch seien die niedrigsten Einkommen überproportional belastet worden. Zur gleichen Zeit sei die wirtschaftliche Lage der chemischen Industrie glänzend. Ähnlich orientiert der Vertrauensleutekörper der Bayer AG in Wuppertal-Elberfeld. Aufgrund der sehr guten wirtschaftlichen Lage in der chemischen Industrie werde in diesem Jahr ein höherer Abschluß als in den letzten Jahren erwartet. Die Vertrauensleute fordern 9 %, mindestens aber 200 DM, für die Auszubildenden 100 DM im 1. Jahr, 90 DM im 2. Jahr und 80 DM im 3. und 4. Jahr. Beide Gremien lehnen eine Anrechnung auf den zu erwartenden Abschluß eines Entgelttarifvertrages ab.

Ein Prozentabschluß von z.B. 4,5 % würde in den unteren Gruppen nicht einmal 100 DM brutto ausmachen, also kaum mehr als 50 DM Nettolohnsteigerung! Der Hauptvorstand vermeidet auch für die Lohnbewegung 1986 eine Orientierung, die es zur Aufgabe machen würde, die nach 1979 erlittenen Reallohnverluste wenigstens teilweise, aber doch deutlich wettzumachen, obwohl die Bedingungen im Bereich der chemischen Industrie angesichts nochmaligem Anstieg der Produktion, noch höherer Kapazitätsauslastung und Gewinnen auf Rekordhöhe besonders günstig sind. Stattdessen ordnet er die Lohnbewegung dem in 1987 beabsichtigten Abschluß eines Entgelttarifvertrages unter, indem eine Erhöhung der tariflichen Mindestverdienstsicherungsklauseln zum Maßstab eines Verhandlungserfolgs gemacht wird. Durch Verringerung der Spanne zwischen Facharbeiter-/Handwerkerlöhnen und den Gehältern von (technischen) Angestellten mit 3jähriger Berufsausbildung soll ein Schritt in Richtung Entgelttarifvertrag gemacht werden.

Für die Facharbeiter/Handwerker würde dieses zwar die durchaus notwendige tarifliche Absicherung ihres schon jetzt höheren Effektivlohns bedeuten, aber nur in wenigen Fällen eine Erhöhung ihres Bruttolohns. Die ist aber notwendig, weshalb Mindestforderungen auch in ihrem Interesse liegen. — (mio)

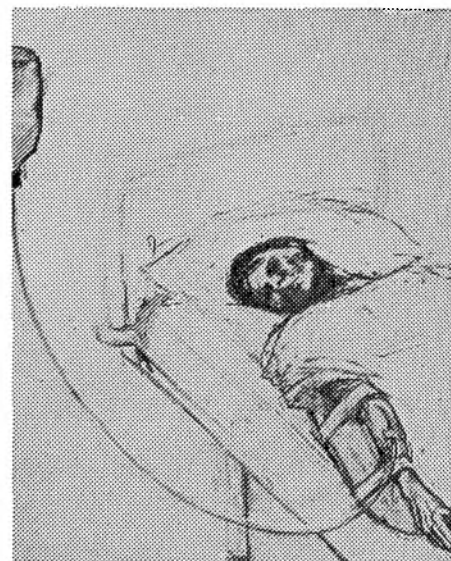
Politische Gefangene

UN-Menschenrechtsausschuß greift die Isolationsfolter in der BRD an

Der Menschenrechtsausschuß der Vereinten Nationen hat vom 3. bis 7. April in New York die Menschenrechtssituation in der BRD behandelt. Der Ausschuß hat dabei gegenüber der Delegation der BRD — zwei leitenden Beamten vom Bundesjustizministerium und zwei vom Auswärtigen Amt — zu zahlreichen Punkten detaillierte und massive Kritik geäußert — z.B. an den Berufsverboten, an polizeilichen Todesschüssen, an der (unbeschränkten) Dauer der Untersuchungshaft, der Kriminalisierung von Meinungsäußerungen z.B. durch die Bezeichnung der BRD als "Geldsackrepublik", an den neuen "Sicherheitsgesetzen", an der Unterstützung der BRD für das südafrikanische Rassistenregime, an der Verharmlosung und Nichtverfolgung von alten Nazis und Neofaschisten u.a. Neben vom ganzen Ausschuß gemeinsam ausgearbeiteten schriftlichen Fragen wurden in den drei Tagen der Anhörung über 100 mündliche Fragen gestellt. Noch in ihrer in der BRD

UN-Pakts über bürgerliche und politische Rechte angeige ... Obwohl Ausschußmitglieder zahlreiche Verletzungen des Pakts aufgezeigt haben, hat die BRD-Delegation lediglich allgemeine Kommentare von sich gegeben ... Die Taktik der Delegation, zu schweigen und die Fragen des Ausschusses zu ignorieren, sind nicht in Übereinstimmung mit internationalen Verfahrensregeln."

Der Menschenrechtsausschuß ist ein Gremium aus 18 von den ca. 80 Vertragsstaaten aller politischer Richtungen (außer USA, Israel und Südafrika) nominierten "unabhängigen Experten" (überwiegend Völkerrechtswissenschaftler). Er hat die Aufgabe, die Einhaltung des 1976 in Kraft getretenen Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte in den Vertragsstaaten zu überwachen. Der Menschenrechtskatalog des Paktes enthält u.a. das Recht auf Leben, das Folterverbot (Art. 7), das Verbot willkürlicher Inhaftierung, das Recht auf



Bilder über Isolationshaft: Links: Nachtkontrolle, rechts: Hunger- und Durststreik.

zuvor verbreiteten Presseerklärung hatte die Bundesregierung großspurig erklärt, die Bundesrepublik stünde in der "tatsächlichen Verwirklichung der Menschenrechte im Alltag im internationalen Vergleichsmaßstab an vorderster Stelle". Am Ende der Anhörung sprach das sowjetische Ausschußmitglied Prof. A. Movchan sicherlich nicht nur in seinem Namen, als er sagte: "Der Ausschuß hat noch nie zuvor eine derart befremdliche Erfahrung gemacht darin, keine Antworten auf seine Fragen erhalten zu haben. Die BRD-Delegation hat ständig behauptet, daß alles in der BRD in Ordnung wäre, was die Wahrung des

Verteidigung (Art. 14), Meinungsäußerung, nicht jedoch den Schutz des Privateigentums. Es drücken sich darin die Kräfteverhältnisse in der UNO aus. Grundlage der jetzigen Menschenrechtsausschuß-Debatte war der 2. Bericht der Bundesregierung zur Menschenrechtssituation in der BRD, den sie mit über 2-jähriger Überschreitung der vorgeschriebenen Frist Ende 1985 vorgelegt hat. Von mehreren Delegierten z.B. aus Jugoslawien, Mauritius, Kenia, Sri Lanka, Norwegen und Großbritannien wurden detaillierte Fragen zur Anwendung von Isolationshaft und zur Einschränkung von Verteidigungsrechten bei politischen Ge-

Die Bundesregierung vor dem UN-Menschenrechtsausschuß

Aus dem 2. periodischen Bericht der Bundesregierung vom 12.11.85: "Zahlreiche Anschuldigungen, daß Gefangene (aus der 'terroristischen Szene') der Einzelhaft unterworfen seien, sind vollständig ohne Grundlage ... Bei vielen Gelegenheiten haben Gefangene aus der terroristischen Szene es abgelehnt, gemeinsam mit 'normalen' Gefangenen untergebracht zu werden oder mit ihnen gemeinsam an Freizeitaktivitäten, Arbeit und Ausbildungsmöglichkeiten teilzunehmen." (S. 13/14).

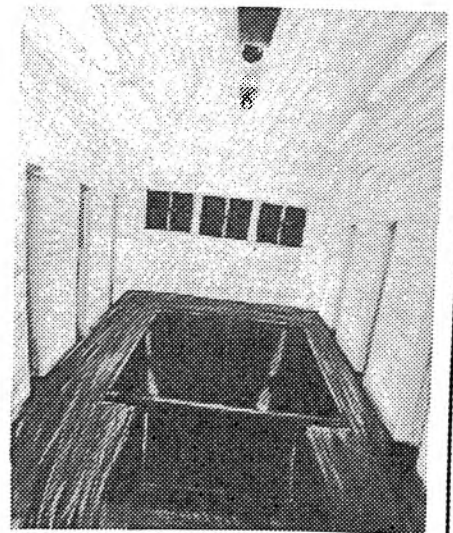
Schriftliche Fragen des Menschenrechtsausschusses zu Art. 7 des UN-Pakts (Folterverbot): "Warum wird eine Sonderhaft für Gefangene 'aus der terroristischen Szene' (Anführungszeichen vom Ausschuß!) vorbehaltlich späterer Überprüfung angeordnet, statt nur angeordnet, wenn sie in dem spezifischen Fall für notwendig gehalten wird? - Für wie lange kann die Anordnung einer Sonderhaft aufrechterhalten bleiben? Für die gesamte Dauer der Untersuchungshaft? Gibt es eine zeitliche Begrenzung der Isolation durch einen Richter? - Erklären sie die Umstände, unter denen eine Sonderhaft, einschließlich Isolation, auch nach der Verurteilung aufrechterhalten bleibt!"

Fragen von Ausschußmitgliedern zur Isolation und Einschränkung der Verteidigungsrechte (Art. 14 des Pakts): Prof. Vojin Dimitrijevic (Jugoslawien): "Ich stelle fest, daß der Bericht der BRD sich bezieht auf Ge-

fangene aus der 'terroristischen Szene'. Ich frage, wer als Terrorist angesehen wird? Es liegen uns Berichte vor, daß solche Gefangene lange Zeit in sensorischer Deprivation verbrachten. Ich bitte um Erklärung, warum demgegenüber im Bericht (sogar) behauptet wird, 'Anschuldigungen' über ... 'Einzelhaft' seien 'vollständig ohne Grundlage'?

Prof. Amos Wako (Kenia): "Ich bitte Sie um Stellungnahme, warum ein Angeklagter nach dem Kontaktsperregesetz nicht seinen eigenen Anwalt als 'Kontaktperson' haben darf, wo doch der Pakt das Recht jedes Angeklagten auf einen Verteidiger seiner eigenen Wahl bestimmt?"

Rajsooner Lallah, Vizekanzler der Universität Mauritius (Mauritius): "Was soll die Rechtfertigung für die Kontrolle der Post zwischen einer terroristischen Aktivitäten angeschuldigten Person und ihrem Verteidiger sein? Nach meinem Eindruck handelt es sich dabei um eine Verletzung des Pakts! - Stimmt es, daß die Sicherheitspolizei Schriftverkehr einschließlich Verteidigungspapieren beschlagnahmt hat? Stimmt es, daß Verteidiger Durchsuchungen unterworfen werden? Stimmt es auch, daß bestimmte Erklärungen von Verteidigern als 'politische Propaganda' gesperrt worden sind? Stellen diese Beschränkungen nicht Eingriffe in die Verteidigungsvorbereitung dar? Eine beschuldigte Partei hat mit Sicherheit das Recht zu sagen, was immer sie zu ihrer Verteidigung sagen will, damit sie davon ausgehen kann, daß sie einem fairen Verfahren ausgesetzt war! Derartige Einschränkungen können die Zahl der Verteidiger, die wegen terroristischer Aktivitäten angeschuldigte Personen zu verteidigen bereit sind, grundlegend ver-



Hochsicherheitstrakt

ringern!"

Antwort der Bundesregierung durch Stöcker, Bundesjustizministerium:

"Was Einzelhaft angeht, müssen wir klarstellen, daß Gefangene aus der terroristischen Szene in einem Sicherheitsflügel eines Gefängnisses getrennt von 'normalen' Gefangenen untergebracht sind. Sie werden aber grundsätzlich nicht in Isolation gehalten, sondern können tagsüber untereinander in kleinen Gruppen kommunizieren ... Die Frage von Isolation ist kein ernsthaftes Problem ... Folter ist bei uns eindeutig durch das nationale Recht und durch die Europäische Konvention für Menschenrechte verboten, daß diese Frage überhaupt nicht weiter geklärt zu werden braucht."

(eigene Übersetzung aus dem Englischen nach UN-Dokumenten)

fangenen in der BRD gestellt. Schon 1982 hatte der Menschenrechtsausschuß erklärt, "daß auch eine Maßnahme wie die Isolation den Umständen entsprechend gegen Art. 7 verstoßen kann."

Nachdem die Bundesregierung in ihrem Bericht noch schlankweg behauptet hatte, verschärfte Haftbedingungen gebe es nur aufgrund der konkreten Umstände im Einzelfall, und es seien die Gefangenen, die den ihnen angebotenen Kontakt mit "normalen Gefangenen" ablehnten, und nachdem aus den schriftlich vorgelegten Fragen des gesamten Ausschusses klar wurde, daß diese Version der Delegation nicht abgenommen wurde, wartete der eigens für diesen Komplex abgestellte Ministerialbeamte Stöcker vom Bundesjustizministerium mit einer völlig neuen, mit der früheren nicht zu vereinbarenden Version auf: Hochsicherheitstrakte ja, aber Kleingruppen für alle Gefangenen. Tat-

sächlich sind nur neun von insgesamt ca. 50 politischen Gefangenen in Kleingruppen von jeweils drei Gefangenen zusammen. Alle anderen sind isoliert. Darüberhinaus ist seit langem die Folterwirkung auch von Kleingruppen belegt. Auch diese Flucht nach vorn wurde allerdings der BRD-Delegation vom Ausschuß nicht abgenommen (siehe Kasten). Schließlich rechtfertigte der Delegationsleiter Bülow sich nur noch mit der Berufung auf den Terrorismus als "Geisel der Menschheit".

Man kann angesichts des Ergebnisses der Menschenrechtsausschuß-Debatte sicher sein, daß die Bundesregierung eine breite Veröffentlichung darüber unbedingt wird umgehen will. Die BRD weigert sich bisher, dem sog. Fakultativprotokoll zum UN-Pakt beizutreten, nach dem Individualbeschwerden an den Menschenrechtsausschuß gerichtet werden können. Ebenso verweigert die BRD bisher den

Beitritt zur UN- und zur Europäischen Antifolter-Konvention. Unter diesen Umständen hat der Menschenrechtsausschuß über die Befragung selbst und die Weiterleitung der Unterlagen an alle UN-Mitgliedsstaaten hinaus keine rechtliche Handhabe gegen die BRD. Entscheidend wird sein, daß in der BRD selbst die Bewegung gegen die Isolationshaft und zur Unterstützung der Forderung der Gefangenen nach Zusammenlegung in großen Gruppen ausgeweitet wird. Dafür kann das Öffentlichmachen der Menschenrechtsausschuß-Kritik nützlich sein.

Quellenhinweis: 2. periodischer Bericht der BRD zur Menschenrechtslage v. 12.11.85; UN-Press-Release HR/2960-2964, vom 3.-7.4.86; Bericht von amnesty international zur BRD vom 20.02.86, EUR 23/01/86; P. Bakker Shut u.a., Todesschüsse, Isolationshaft, Eingriffe ins Verteidigungsrecht, 2. Aufl. 1985 - (mis)

USA

Proteste gegen Überfall auf Libyen vereinzelt und schwach

Siebzig Prozent der US-Bürger unterstützen, laut Meinungsumfragen, den Bombenangriff auf Libyen. Einige Prozente wird man abziehen können für suggestive Fragen. Dennoch, eine gute Mehrheit für einen Schlag gegen den "verrückten" Ghaddafi kann einen nicht verwundern nach einer fünfjährigen Propagandakampagne gegen Ghaddafi, die "Wurzel alles Bösen". Seit einem Jahr ist diese Kampagne in Presse und Fernsehen intensiviert worden, und seit dem Überfall auf Grenada vor zwei Jahren ist die Presse zu einer inländischen Abteilung der "Stimme Amerikas" verkommen. Dazu kommt der traditionelle Isolationsismus, in dem der Großteil der Menschen in den USA verharnt – in starkem Gegensatz zu den weltweiten Aktivitäten ihrer Regierung. Anders als in Europa, wo den Menschen fast täglich zu Bewußtsein kommt, daß hundert, zweihundert Kilometer weiter ein anderer souveräner Staat ist, erstrecken sich die USA über einen ganzen Kontinent, im wesentlichen von Atlantik und Pazifik begrenzt. (Kanada wird kaum als fremder Staat gewertet.) 90% der US-Bürger kommen ihr Leben lang – außer vielleicht zu militärischen Zwecken – nicht aus den USA heraus. Die Aufmerksamkeit ist auf das eigene Land gerichtet. Proteste im Ausland haben geringen Einfluß auf die öffentliche Meinung und den Glauben in die Regierung. Außerdem tun die Medien ihr bestes, die Auslandsberichterstattung auf Sensationelles wie Bomben und Flugzeugabstürze zu reduzieren.

Die Reagan-Regierung war sich die ersten Tage nach dem Angriff wohl nicht ganz sicher, wie die Öffentlichkeit reagieren würde. Unschuldige Kinder unter den Bombenopfern, noch dazu ein Adoptivkind Ghaddafis – statt Ghaddafi –, paßten nicht gut zu der Posse vom langmütigen Gerechten, der schließlich rot sieht und das Recht in die eigene Hand nimmt. Schwierig war auch, den Stolz auf die Treffsicherheit der Bomben und die Behauptung, daß man weder Ghaddafi umbringen noch die französische Botschaft treffen wollte, unter einen Hut zu bringen. Auffällig ist jedenfalls, daß Reagan in der zweiten Woche nach dem Angriff eine Flut von Reden vor den reaktionärsten Klubs und Interviews mit ausgewählten Journalisten über den Angriff auf Libyen gab. Noch am Freitag nach dem Überfall hingegen kam Libyen in Reagans Rede auf einem Gala-Luncheon für den Wahlkampffonds eines republikanischen Senatsbewerbers (1000 Dollar pro Gedeck, 1500 Leute) nicht vor.

Vor dieser Ansammlung von Reaktionen wurde ein Telegramm von dem Chrysler-Vorsitzenden Lee Iacocca an Präsident Reagan verlesen. Inhalt: Lobpreisung für Bomben; Wirkung: stehende Ovationen.

Politiker und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens unterstützen bis auf wenige die Regierung oder halten ihren Mund. Ein einziger Kongreßabgeordneter hat den Angriff verurteilt. Jesse Jackson hat sich in einer Rede auf dem Gründungskongreß der Regenbogenkoalition am 18.4. gegen den US-Angriff auf Libyen und gegen US-Unterstützung an Konterrevolutionäre in Nicaragua und Angola ausgesprochen.

Die Linke ist bisher nicht in der Lage gewesen, eine mächtige Demonstration gegen den Bombenangriff zu organisieren. In den Tagen danach hat

Bige Überprüfung von Beschäftigten mittels Lügendetektor- und Drogentests ist weit verbreitet in Industrie und öffentlichem Dienst und wird ausgedehnt. Wiedereingeführt wird der Loyalitätstest im öffentlichen Dienst. Die reaktionären Kampagnen gegen Abtreibung und für Schulgebet laufen unvermindert; neugestartet wurde kürzlich eine Anti-Pornographie-Kampagne. Zum angeblichen Zweck der Identifizierung entführter Kinder werden in einigen Bundesstaaten von allen Kleinkindern Fingerabdrücke genommen.

Die Linke ist in Hunderte von kleinen und kleinsten Gruppen zersplittert. Sie findet sich zusammen in Aktionseinheiten gegen konkrete Vorhaben der Regierung. Viel schwieriger ist es aber, eine Front gegen die Reaktion aufzubauen. Immerhin, nach Meinungsumfragen lehnen zwei Drittel der US-Bürger die Zentralamerika-Politik der Regierung ab. Nur ist eben die Anti-Interventionsbewegung auf die Bekämpfung der US-Politik in Zentralamerika ausgerichtet. Die Linke hat seit Jahren die US-Politik



Protestdemonstration gegen die US-Aggression gegen Libyen am 25. März in Minneapolis.

es in einem Dutzend Städten Demonstrationen mit 50 bis 500 Teilnehmern gegeben, organisiert von Dutzenden von verschiedenen Gruppen. Proteste hat es auch auf Demonstrationen, die aus anderem Anlaß stattfanden, gegeben. Z.B. haben Redner bei einem Marsch von 20000 für Frieden, Jobs und Gerechtigkeit den Angriff verurteilt, unter ihnen die Vizepräsidentin der Landarbeitergewerkschaft United Farmworkers. Bei einer ähnlichen Demonstration letztes Jahr hat keiner der Redner die US-Politik im Nahen Osten aufgegriffen.

Diese Schwäche spiegelt deutlich die Fortschritte der Reaktion während Reagans Präsidentschaft wieder. Eine neue McCarthy-Ära wird heftig angestrebt. Dazu ein paar Indizien aus letzter Zeit: Die routinemä-

im Nahen Osten umgangen, das rächt sich jetzt. Einige Redner auf dem oben erwähnten Friedensmarsch haben hervorgehoben, daß beide Angriffe auf Libyen jeweils kurz vor den Abstimmungen im Kongreß über Geld für die Kontras stattfand. Reagan selbst hat Nachhilfeunterricht über die Verbindung zwischen den Interventionen gegen Libyen und Nicaragua gegeben, als er erklärte, daß "Nicaragua ein zweites Libyen werden wolle". Diese Linie wurde sofort wieder fallengelassen. Reagans Berater fürchten wohl zurecht, daß sich die Mehrheit gegen die Zentralamerika-Politik zu einer Mehrheit gegen Interventionismus entwickeln kann.

Quellen: Guardian 23. und 30.4.86; New York Times und Philadelphia Inquirer, 15. bis 26.4.86 – (her, ger)

Westliche Pressestimmen zur US-Aggression gegen Libyen

Falsche Strategie der USA (Le Devoir, Kanada, 15.4.86)

"Die Amerikaner haben sich für eine einfache Lösung entschieden, die nicht nur wenig ändert, sondern auch die terroristische Bewegung intensivieren und die Spannungen im Nahen Osten verschärfen dürfte. Die Strategie erinnert an die Politik der USA im Iran, wo sie ein erstaunlich mangelhaftes Verständnis der stattfindenden sozialen Bewegungen und der zentralen Bedeutung der beginnenden religiösen Revolution an den Tag gelegt haben."

Unabhängige britische Politik bedroht (The Guardian, Großbritannien, 16.4.86)

"Es war falsch, es zu tun, und es war töricht, ihnen zu helfen ... Es gibt Möglichkeiten für zivilisierte, belagerte Staaten, sich zu schützen. Sie können ihre Wachsamkeit erhöhen, und sie können ... versuchen, das Meer vor Sympathie trocken zu legen, in dem der Terrorist schwimmt. Nicht die Frage nach der Erlaubnis und die gegebene Erlaubnis sind es, (die Frau Thatcher so schwer schaden können), sondern das Gefühl, daß Amerika in jeder angespannten Lage darauf besteht, die unabhängige britische Politik zur Seite schieben zu können. Mr. Kinnoch war gestern deutlich fröhlicher. Wer sagt denn, daß die Forderungen nach Auflösung der US- Stützpunkte ihn unbedingt die nächste Wahl kosten wird?"

Keine weiteren militärischen Aktionen (Financial Times, Großbritannien, 19.4.86)

"Die Nachrichten dieser Woche wurden von einer Militäraktion und den Morden und Vergeltungsschlägen in ihrer Folge beherrscht. Es kann sich herausstellen, daß dies die Bomben waren, die die Welt veränderten. Die Vergeltung der USA gegen Libyen hat jetzt den Anti-Amerikanismus des einfachen Arabers auf der Straße entfacht, hat die Beziehungen zwischen den USA und Kontinental-Europa belastet und eine Anzahl von britischen Opfern gekostet.

Das bekannteste unter ihnen ... könnte Frau Thatcher selbst sein. Ihre loyale Unterstützung für einen Verbündeten ... stellte sich als höchst unpopulär heraus ...

Die internationalen Finanzmärkte ... haben ihr Urteil über die ganze Angelegenheit noch nicht abgegeben. Wenn es ein einzelner Zwischenfall bleibt, kann er rasch im Hintergrund verschwinden, wenn jedoch weitere Provokationen zu weiteren militärischen Aktionen führen, könnten die Ergebnisse bedeutend unvorhersehbar und mit allergrößter Sicherheit negativer Natur sein."

Uneffektive Terroristenbekämpfung (Politiken, Dänemark, 19.4.86)

"Libyen ist aber nicht die einzige und wesentlichste Heimatstätte des internationalen Terrorismus. Deswegen ist es sowohl irreführend als auch unzweckmäßig, die Bekämpfung von Ghaddafi zum entscheidenden Element zu machen. ... (Terrorismusbekämpfung) wird überwiegend von Polizei- und anderen Sicherheitskräften ausgeführt ... In besonderen Situationen kann es notwendig sein, Militärkräfte einzusetzen, nämlich Spezialeinheiten für präzise und begrenzte Operationen. Nicht Flugzeugträger und Bombenflugzeuge, die nicht bloß ungeeignet sind, sondern auch direkt zur steigenden Gewaltspirale beitragen. ... Effektive Terrorismusbekämpfung setzt eine solch breite Zusammenarbeit voraus, daß auch die moderaten arabischen Länder eingeschlossen werden. Die Möglichkeiten hierfür, sowie die allgemeine Stellung der USA im Mittleren Osten, sind nach dem Angriff auf Libyen geschwächt worden."

Uneinheitliches Europa (Les Échos, Frankreich, 16.4.86)

Es "ist dies eine etwas bittere Lehre, die uns 15 Jahre zurückwirft, als Europa begann, den Versuch zu machen, in Weltangelegenheiten 'mit einer Stimme' zu sprechen,

übrigens gut vernehmbar. ... Man muß sagen, daß es diesmal wie jedesmal in einer gemeinsamen Bewertung der militärischen Intervention der Amerikaner und ihres Widerhalls in der arabischen Welt einige falsche Töne gegeben hat. Der eine kam aus dem britischen Kabinett, das schließlich die Erlaubnis gab, für den Luftangriff die englischen Flughäfen zu benutzen und sich damit der amerikanischen These der 'legitimen Verteidigung' anschloß. Ein anderer kam aus Bonn, wo sich auch der Bundeskanzler dazu entschieden hat, ein nur einen Moment lang umstrittenes Unternehmen zu rechtfertigen."

Keine Kritik an der US-Aktion!

(Corriere della Serra, Italien, 17.4.86)

"Es mag sein, daß die Feststellung des CIA über die direkte Verantwortung Libyens für die Berliner Aktion eher Indizien ... darstellen. Aber darum ging es längst nicht mehr. ... In einem Moment, in dem der wichtigste atlantische Verbündete unmißverständlich demonstriert, daß er einen neuen offensiven Weg gegen den Terrorismus eingeschlagen hatte, war es ein Beweis unrealistischer Kurzsichtigkeit, weiter Taten durch Worte ersetzen zu wollen ... Wenn Italien und mit ihm die ganze Gemeinschaft mit Recht mäßigend auf den amerikanischen Dickhäuter einwirken müssen, der heute durch arabische Gewalttätigkeit ebenso wie durch europäische Nachsichtigkeit gereizt ist, muß man sich jedenfalls davon überzeugen, daß sich Zweideutigkeit in einer Notsituation, wie jetzt, nicht auszahlt, wo bewaffnete Repressalien als Fortsetzung der moralischen Verurteilung des Terrorismus mit anderen Mitteln erscheinen ... Jede aufregende Distanzierung von den USA würde auf uns selbst zurück schlagen."

Verstoß gegen Völkerrecht (Svenska Dagbladet, Schweden, 16.4.86)

"Die schwedische Regierung hat zu den amerikanischen Aktionen erklärt, 'sie stehen im Gegensatz zu dem Völkerrecht, wie sie auch das UN-Statut widerspiegeln'. Das ist für ein Land wie Schweden ganz natürlich, darauf hinzuweisen, daß die UN-Mitglieder internationalen Streit mit friedlichen Mitteln beilegen sollen ... Aber wenn Amerika nicht überzeugende Beweise vorlegen kann, müssen sie auf viel schwierigere Art und Weise die Berechtigung überzeugend darstellen."

Sturz Ghaddafis nicht erreicht (Die Presse, Österreich, 16.4.86)

"Freilich: die heute so kritische Weltöffentlichkeit würde applaudieren, wenn Ghaddafi im Gefolge solcher Kommandounternehmen tatsächlich von seinen eigenen Offizieren gestürzt würde ... Doch solange Ghaddafi fest im Sattel sitzt, stehen seine Kritiker hinter ihm – und er scheint noch länger zu sitzen."

Europa und USA gemeinsam (Neue Zürcher Zeit., Schweiz, 17.4.86)

"Der libysche Revolutionsführer ... ist zum bevorzugten Objekt von Washingtons Strategie gegen den Terrorismus geworden, weil er als diejenige der verschiedenen 'Quellen' erkannt worden ist, die am wenigsten in globalstrategischen Bindungen eingeordnet ist ... An ihm ein Exempel zu statuieren dürfte mit vergleichsweise geringen Risiken verbunden sein, bringt andererseits den Nachteil mit sich, daß der Schlag ... vorwiegend symbolischen Wert hat. ... Als vor einiger Zeit Washington seine Verbündeten zu ökonomischen und diplomatischen Schritten zur Isolierung Ghaddafis veranlassen wollte, stieß es auf Ablehnung. Kaum hatte es jetzt seine Flugzeugträger auffahren lassen, entdeckten die europäischen Staaten den Wert genau solcher Maßnahmen. Es ist möglich, daß es ihnen nach der 'Lektion', die wohl auch ihnen zugebracht war, etwas leichter fällt, sich mit Washington wenigstens auf Grundzüge einer gemeinsamen Politik gegen den Terrorismus zu verständigen. Könnte nicht allein schon das die amerikanische Operation ein Stück weit rechtfertigen?" – (sie)

Italien

PCI-Parteitag: "Das vereinheitlichende Element ... ist die Arbeit"

Vom 9. bis 13. April hat die Italienische Kommunistische Partei (PCI) in Florenz ihren 17. Parteitag durchgeführt. Die Einberufung des Kongresses war um ein Jahr vorgezogen worden, nachdem die PCI im letzten Jahr kurz nacheinander zwei schmerzliche Niederlagen erlitten hatte. Bei den Regionalwahlen im Mai 1985 hatte die Partei mit 30,2% das schlechteste Wahlergebnis seit 1972 erzielt. Und kurz darauf war der Volksentscheid, den die Kommunisten gegen die regierungsamtlich verordnete Kürzung der Inflationszuschläge zum Lohn angestrengt hatten, ebenfalls verlorengegangen.

Diese Niederlagen hatten die seit 1981 von der PCI angestrebte "demokratische Alternative", also eine Koalitionsbildung gegen die seit 1945 ununterbrochen regierenden Christdemokraten, vorerst in weite Ferne rücken lassen. Der Parteitag stand nun vor der Aufgabe, die soziale und politische Basis der "demokratischen Alternative" durch nähere Ausarbeitung ihrer Inhalte zu verbreitern.

Im Vorfeld des Parteitages gab es sowohl im Zentralkomitee als auch in den Parteigliederungen um eine Reihe von Punkten heftige Diskussionen. Auf dem Parteitag selbst gab es nur noch in einer Frage eine Kampfabstimmung: Ein Antrag, der sich gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke richtete, wurde mit nur 17 Stimmen Mehrheit abgelehnt. Die beiden Hauptdokumente – die "Thesen" des Zentralkomitees und Vorschläge für ein Regierungsprogramm – wurden fast einstimmig angenommen.

Nach dem Parteitag war manchmal zu lesen, die PCI habe sich zur Sozialdemokratie "gewendet". Diese Behauptung scheint uns durch den Inhalt der beschlossenen Dokumente nicht gedeckt. Auch vor dem Parteitag – und schon seit Jahrzehnten – war die PCI keine "revolutionäre" Partei in unserem Sinne. Sie will ihr Programm nicht durch Zerschlagung des bestehenden Staatsapparates, sondern im Rahmen der geltenden Verfassung verwirklichen. Aber sie ist auch weiter nicht bereit, Arbeiterinteressen einfach auf dem Altar der "Regierungsfähigkeit", wie die Verwertungsbedingungen des Kapitals auf politisch heißen, zu opfern. Klarer als früher hat der Parteitag die "demokratische Alternative" ausdrücklich als Klassenbündnis zwischen der Arbeiterklasse, der werktätigen Intelligenz und den verelendeten Massen Süditaliens bestimmt. "Es kommt darauf an, über das Programm ... Bündnisse und Annäherungen zwischen der Arbeiter-

klasse, den Technikern, der werktätigen Intelligenz, den Mittelschichten und den neuen Bewegungen, die von den Bedürfnissen und der Lebensqualität ausgehen, herbeizuführen. Das vereinheitlichende Element dabei ist die Arbeit ..." (These 24, Hervorhebung v. Verf.)

Nicht alle von der PCI jetzt vorgeschlagenen Forderungen und Reformen sind einem solchen Bündnis förderlich; die Befürwortung einer stärker "leistungsorientierten" Lohnpolitik ist es sicherlich nicht. Man muß auch bezweifeln, ob z.B. die weitgehende – und richtige – Kritik an der kapitalistischen Form der Arbeit überhaupt durch Reformen praktisch umgesetzt werden kann. Aber die ausdrückliche Benennung der Klassengrundlagen der Politik erleichtert den in der PCI zahlreich organisierten Arbeitern, konkrete politische Schritte nach den eigenen Klasseninteressen zu beurteilen.

Das ist umso notwendiger, als die PCI nicht einfach als "Arbeiterpartei" einer "Mittelklassenpartei" gegenüber

ternative" hat der Parteitag eine "Programm-Regierung" vorgeschlagen, die bereits unter den jetzigen Mehrheitsverhältnissen gebildet werden könne. Künftig solle, so die PCI, zuerst zwischen allen Parteien über ein mögliches Regierungsprogramm verhandelt und erst dann festgestellt werden, mit welcher parlamentarischer Mehrheit es durchgeführt werden kann. Die bisherige Praxis ist genau umgekehrt: Da die PCI, obwohl zweitstärkste Partei, von vornherein als "nicht regierungsfähig" behandelt wird, bilden immer dieselben Koalitionspartner die Regierung, wie zerstritten sie auch zum Beispiel in der Außenpolitik sein mögen.

Mit ihrem Vorschlag will die PCI offenbar den Regierungsparteien, besonders den Sozialisten, eine inhaltliche Programmdiskussion aufzwingen und sich selbst als möglichen Koalitionspartner ins Spiel bringen. Das ist ein sehr gefährliches Spiel. Denn eine auch nur hypothetische Koalitionsbildung von Kommunisten und Christdemokraten in einer "Programm-Regierung" stellt die Glaubwürdigkeit der gegen die DC gerichteten "Alternative" in Frage und legt programmatische Zugeständnisse nahe. Prompt sind die vom Parteitag beschlossenen Vorschläge für ein Regierungsprogramm überaus "gemäßigt" ausgefallen.



Ausländische Gäste des Parteitags, darunter der Vertreter der SWAPO (Namibia).

tritt oder treten könnte. Vielmehr organisiert sie seit langem selbst einen großen Teil der werktätigen Intelligenz, die einen großen, manchmal maßgeblichen Einfluß auf die Festlegung der Parteilinie gewonnen hat. Von den Delegierten des Parteitags zum Beispiel hatte ein Drittel einen Hochschulabschluß, fast ebensoviel waren Lehrer wie Arbeiter.

Als Zwischenstufe bis zum Zustandekommen einer "demokratischen Al-

Einen Anhaltspunkt hat die These von der "sozialdemokratischen" Wende der PCI noch am ehesten in dem großen Nachdruck, mit dem die Partei auf diesem Kongreß ihre Zugehörigkeit zur "(west-)europäischen Linken" betont hat. Noch der letzte Parteitag hatte mit der Parole des "Dritten Weges" die Distanz der PCI sowohl vom "realen Sozialismus" als auch vom sozialdemokratischen Sozialstaat unterstrichen. Jetzt ist die Hinwendung

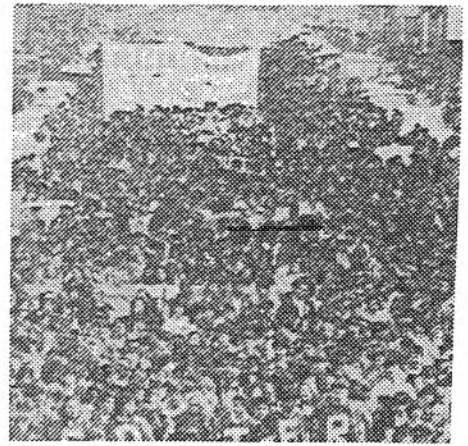
zur Diskussion mit den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien, aus denen die Linke in Westeuropa ja ganz überwiegend besteht, ist unverkennbar. Der Niedergang der kommunistischen Parteien in Frankreich und Spanien hat diese Tendenz wohl noch verstärkt.

Das lautstarke, ja manchmal penetrante Bekenntnis zur EG und sogar zum "atlantischen Bündnis" hat nicht nur den taktischen Grund, sich für den Fall einer Regierungsübernahme in Italien den Rücken vor EG- und US-Interventionen frei zu halten. Die PCI ist davon überzeugt, daß tiefgreifende Reformen wegen der "Internationalisierung" der Wirtschaft nicht in einem einzelnen EG-Land durchgeführt werden könnten und deshalb ein gemeinsames Vorgehen der Linken in der EG nötig sei. Diese Erwägung mischt sich jedoch mit direkt sozialchauvinistischen Begründungen, daß die Konkurrenzfähigkeit der "heimischen Wirtschaft" in der internationalen Ar-

beitsteilung nur im Verbund mit den anderen EG-Mächten zu halten sei.

Um außenpolitische Fragen hatte es vor dem Parteitag besonders kontroverse Diskussionen gegeben. Die Zugehörigkeit Italiens zur NATO wurde zwar von niemandem infragegestellt. Aber ein Änderungsantrag von L. Castellina, die vor anderthalb Jahren mit der linken "Partei der proletarischen Einheit" (PdUP) in die PCI zurückgekehrt war, erhielt auf den Bezirksparteitagen viele Stimmen. Castellina wollte die Kritik am US-Imperialismus weniger auf die Politik der Reagan-Administration einengen und grundsätzlicher fassen. Das ist zum Teil in der Endfassung der Thesen geschehen.

Die kleine prosowjetische Gruppe um das ZK-Mitglied A. Cossutta versuchte, unter Berufung auf den "neuen Kurs" Gorbatschows eine Revision der kritischen Bewertung der sozialistischen Länder zu erreichen. Sie mußte sich von Natta sagen lassen: "Wer



Sofort nach dem US-Luftangriff auf Libyen rief die PCI zu Demonstrationen auf. In Rom (Bild) beteiligten sich mehrere Zehntausend.

nicht beizeiten die Notwendigkeit einer ernsthaften und grundsätzlichen Kritik begriffen hat und das Neue beklatscht, ohne den Mut gehabt zu haben, das Alte zu bekämpfen, der widerspricht sich selbst." Bemerkenswerterweise hat sich diese Gruppe zu den innenpolitischen Aufgaben der Partei nur mit einem Antrag geäußert, durch den die Bedeutung der kleinen und mittleren Kapitalisten als Bündnispartner stärker gewürdigt werden sollte.

Quellenhinweis: l'Unità – (ulg)

Aus Dokumenten des Parteitags

Für sich betrachtet stellen die Merkmale der gegenwärtigen technologischen Revolution den Weg zu einer außerordentlichen Potenzierung und Erweiterung der Fähigkeiten der menschlichen Individuen dar ... Das Ziel einer Überwindung bestimmter technischer Teilungen der Arbeit und der unterdrücktesten Formen der Leitung der Lohnarbeit wird. aktuell – und grundlegend für ein reformerisches Handeln. ... Die konservative Offensive ist ein weiterer Beweis, daß der Prozeß der technologischen Innovation nicht mechanisch mit einem sozialen Fortschritt zusammenfällt. ...

In der Optik der entwickelten Länder stellen sich die italienischen Kommunisten die Überwindung des kapitalistischen Systems nicht in Form traumatischer Brüche vor, wie es in der Vergangenheit der Fall war, sondern über eine komplizierte Durchdringung ökonomischer Formen, bei der eine Produktions- und Lebensweise schließlich die Überhand über die andere gewinnt... (These 1)

Die Teilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern auf dem Markt und in der Familie ist ein konstitutives Element der kapitalistischen Gesellschaft in ihren materiellen Aspekten und in ihrem Wertsystem. Das Recht auf Arbeit für die Frauen und die Vergesellschaftung der individuellen und kollektiven Bedürfnisse sind zwei entscheidende Kriterien für die Qualität der Entwicklung und die Verteidigung und Reform des Sozialstaats. ... (These 6)

Die Entscheidung, auf die sich die Vorstellung einer demokratischen Alternative gründet, besteht in der Anpassung der gesamten Produktionsstruktur des Landes – und nicht nur des fortgeschrittensten Teils – an die neuen Herausforderungen unserer Zeit. Das bedeutet, die Zahl der Produzenten zu erhöhen, Vollbeschäftigung anzustreben, die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen zu schaffen, um den Akkumulationsprozeß auf neuer Grundlage wieder in Gang zu bringen. Das bedeutet, der süditalienischen Frage Vorrang einzuräumen und sie ins Zentrum einer Politik zu setzen, die darauf gerichtet ist, eine große Umorientierung der Produktion und der Wirtschaft ... zu leiten und voranzutreiben. In dieser Perspektive gewinnt die Anerkennung der Tatsache zentrale Bedeutung, daß eine höhere Bewertung der Arbeit für die Qualität der Entwicklung maßgeblich und grundlegend ist, um der wissenschaftlich-technischen Revolution einen Sinn und eine Richtung hin zur Befriedigung der reichsten Bedürfnisse zu geben. (These 21)

Die heutige wissenschaftlich-technische Revolution erhöht tendenziell die Zahl und das Gewicht der Wissenschaftler, Techniker und Angestellten und senkt den Anteil der traditionellen Arbeiterklasse. Das ändert nichts an der grundlegenden Rolle der Arbeiterklasse, führt aber dazu, daß ihre leitende und erneuernde Kraft sich immer mehr als Fähigkeit ausdrücken muß, vorantreibende Kraft einer neuen Solidarität und Einheit zwischen allen Werktätigen zu werden. (These 27)
Quelle: l'Unità 15.12.86 (Beilage)

Palme-Mord

Eindeutige Spuren auf Nazitäter

Nach der Erschießung O. Palmes verlautete zunächst ja nur, daß ein Kommando Holger Meins oder die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) die Tat begangen haben könnte. Letzteres wurde in der Presse direkt suggeriert, insbesondere aus der Türkei heraus lancierte dies die "Hürriyet". Sie stützte sich auf das von Bundeskriminalamt Wiesbaden gefertigte Phantombild. Man hatte den schwedischen Botschafter in Ankara darauf verwiesen, daß das Bild frappante Ähnlichkeit mit einem gesuchten Mitglied der PKK hat und präsentierte die Namen von drei Verdächtigen. Westdeutsche Presseorgane konstatierten dazu, Palme sei tot und Ghaddafi lebt. Lange ließ sich diese Theorie nicht halten. Am 12. März wurde der erste Verdächtige festgenommen und präsentiert. Es war ein Schwede mit antisozialistischer Einstellung und Mitglied der EAP. Am 15. März vermeldet die Presse einen Bekennerbrief der ENU (Europäischen Nationalsozialistische Union). Der Verdächtige der EAP wurde wieder freigelassen, da nichts weiter als die Anwesenheit in Nähe des Tatortes vorlag. Anfang April war

klar, welche Tatwaffe verwendet worden war: es kam nur eine Smith & Wesson mit langem oder kurzem Lauf in Frage. Polizeichef Holmer setzte eine halbe Million skr. Belohnung für den Fund der Waffe aus. Für die Suche wurden Fotos von Aufklärungsflugzeugen verwendet. Am 4. April verbreitete die Polizei eine neue Theorie: das Hauptquartier der Täter wurde in Stockholm vermutet. Bereits einen Tag später gab die Polizei bekannt, daß sie eine geheime Nazi-Gruppe untersucht. Es handelt sich um eine bis dahin in Schweden unbekannte Organisation, die ihre Zentrale außerhalb Europas hat. "... aber sie hatte ebenfalls eine 'Reicharbeitsgruppe' in mehreren europäischen Ländern, darunter Westdeutschland und Schweden errichtet". "Es ist eine geheime nazistische Organisation in Europa vorhanden, mit Repräsentanten auch in Schweden. Die Organisation wird von alten Nazis von einem Land außerhalb Europas gesteuert". Bei den Ermittlungen des Todes von Palme kamen die Spuren für diese Erkenntnisse der Polizei zusammen. Diese Organisation arbeitet nicht wie angenommen mit der EAP zusammen, sondern ist nach dem Vorbild der NSDAP und SA organisiert. Ein Vorbild ist für sie Ernst Röhm. Den Mord an Palme hat sie begangen, weil er das sozialistische Regime in Nicaragua unterstützt und klar demonstriert hatte, daß er das südafrikanische Apartheidregime ablehnte. Laut Aussagen der Faschisten führen die Weißen in Südafrika einen Kampf gegen den Kommunismus.

Quellen: Svenska Dagbladet verschiedene Ausgaben März, April – (uwb)

Norwegen

Flexibilisierungsmöglichkeiten nach Tarifabschlüssen

Nach einwöchigen Streiks und Aussperrungen wurde in den großen Tarifbereichen Eisen- und Metallindustrie, Hotel- und Gaststättengewerbe sowie Chemieindustrie Mitte April unter der Mitwirkung eines Schlichters abgeschlossen.

Die Tarifaufeinandersetzung begann mit dem Streik der 675 Mitglieder des Küchenpersonals auf den Bohrinseln, deren Gewerkschaft 28% Lohnerhöhung und damit eine Angleichung an das Lohnniveau des technischen Personals auf den Ölfeldern forderte. Daraufhin sperrten die Kapitalisten am 7.4. 3600 Ölarbeiter aus. Dieser Streik des zum Gaststättengewerbe gehörenden Versorgungspersonals wurde auch nach Abschluß in den anderen Tarifbereichen fortgesetzt.

Seit geraumer Zeit beklagen die Kapitalisten, unterstützt von den seit

1981 regierenden Konservativen, die zu niedrige Arbeitsproduktivität und die zu geringe Flexibilität bei den Löhnen, die zum Verlust der Konkurrenzfähigkeit der norwegischen Wirtschaft geführt hätten.

Die Verhandlungen um den allgemeinen Tarifrahmen zwischen dem Gewerkschaftsdachverband LO und dem Kapitalistenverband NAF scheiterten: Die Kapitalisten lehnten die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und eine Anhebung der Mindestlohngarantie von 85% des Durchschnittslohnes eines Industriearbeiters auf 90% ab und sperrten 100000 Beschäftigte in der Werft-, Textil- der Maschinenbau- und der elektronischen Industrie sowie im Bau- und Hotel- und Gaststättengewerbe aus. Daraufhin streikten in verschiedenen Branchen Tausende von Beschäftigten, so z.B. 11300 Werftarbeiter, die aus Protest gegen die Aussperrungen der Kapitalisten und für die Forderung ihrer Gewerkschaft nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 37,5 Stunden die Arbeit niederlegten. Große Teile der Wirtschaft und des öffentlichen Lebens waren lahmgelegt. Infolge der Streiks und Aussperrungen verloren die Kapitalisten rund zwei Mrd. nkr, allein die Erdölkapitalisten 250 Mio. nkr pro Tag (umgerechnet 83 Mio. DM). Daran gemessen handelte es sich um die größte Tarifaufeinandersetzung seit 55 Jahren in Norwegen.

Der jetzige Abschluß konnte die Flexibilisierungsvorhaben der Kapitalisten vor allem beim Lohn nicht ganz zurückschlagen. Die Auseinandersetzung ist nun zum Teil in die Branchen und die Betriebe verlagert.

Die Fachgewerkschaften im Hotel- und Gaststättengewerbe und in der Textilindustrie konnten Zuschläge aushandeln, die eine Mindestlohngarantie in Höhe von 85% des Branchendurchschnittslohnes beinhalten. Die Hotelfachgewerkschaft hatte ursprünglich eine Orientierung am Durchschnittslohniveau der gesamten Industrie gefordert. Im Bereich des Textil-Tarifvertrags wird die Höhe des Zuschlags für die unteren Lohngruppen in jedem Betrieb festgelegt. Als allgemeine Tarifforderung wurde in beiden Branchen eine nkr pro Stunde ausgehandelt. In der Metallindustrie wird die Wochenarbeitszeit ab 1.1.87 von 40 auf 37,5 Stunden pro Woche verkürzt. Die Lohnerhöhung beträgt hier zwei nkr pro Stunde ab 1.4. Damit haben die Gewerkschaften den von der Regierung empfohlenen "maßvollen Lohnrahmen" von 4,5 bis 5%, auf das Jahr gerechnet, durchbrochen. Einschließlich der Lohnerhöhungen im Herbst letzten Jahres liegen die Lohnerhöhungen bei rund 9%.

Quellenhinweis: Nachrichten für Außenhandel vom 18.4.86, Financial Times versch. Ausgaben – (sie)

Frankreich

Umfassende Privatisierungskampagne geplant

Seit dem 16. März dieses Jahres regiert in Frankreich eine neue rechte Parlamentsmehrheit unter Premierminister Jacques Chirac. Bis jetzt funktioniert die "Cohabitation", das Zusammenwirken zwischen dem Gaullisten Chirac einerseits und dem sozialistischen Staatspräsidenten Mitterrand andererseits. Beide demonstrieren zumindest in nationalen Fragen Einigkeit, wie jüngst bei dem gegen die USA ausgesprochenen Überflugverbot im Zusammenhang mit der Aggression gegen Libyen. In der Innenpolitik wird der rechte Kurs der Regierung inzwischen deutlich. In der



Premierminister Chirac wie ihn ein Zeichner der "Le Monde" sieht.

Nationalversammlung wird Chiracs umfassendes Privatisierungsprogramm diskutiert. Un dieses in den nächsten fünf Jahren durchziehen zu können, fordert Chirac von der Nationalversammlung und dem Staatspräsidenten die Ermächtigung, die Privatisierung auf dem Verordnungswege durchzusetzen. Im einzelnen sollen privatisiert werden: Sämtliche Konzerne, die von den Sozialisten 1982 verstaatlicht worden sind, d.h. CGE (Elektrizitätsgesellschaft), Rhône-Poulenc, Péchine, Saint-Gobain, Thomson, weiter 36 kleinere Banken, zwei Finanzgesellschaften. Die drei französischen Großbanken, BNP, Société Générale und Crédit Lyonnais, die nach 1945 verstaatlicht wurden, sowie mehrere staatlich kontrollierte Versicherungskonzerne sollen ebenfalls privatisiert werden, ebenso der staatliche Erdölkonzern Elf-Aquitaine. Einige Konzerne, bei denen der Staat die Mehrheit des Kapitals besitzt, z.B. Dassault, stehen auch auf der Privatisierungsliste. Nur die Stahlkonzerne Usinor und Sacilor sowie der Renault-Konzern, alle in den roten Zahlen, werden nicht priva-

ten Kapitalisten angeboten. Hier stehen Rationalisierungspläne seitens des Staates noch aus. Staatspräsident Mitterrand hat angekündigt, er wolle nur der Privatisierung der nach 1981 verstaatlichten Betriebe zustimmen, die nach 1945 von gaullistischen Regierungen verstaatlichten Betriebe aber in staatlicher Hand belassen.

Weitere nächste Ziele der Chirac-Regierung sind: Aufhebung der Kündigungsschutzbestimmungen; Gehaltsstopp für alle Staatsbediensteten für 1986; Aufhebung der staatlichen Preiskontrollen für industrielle Fertigwaren; Verabschiedung eines Nachtragshaushalts im Mai, der Einsparungen von 15 Mrd. FF beabsichtigt sowie die Wiedereinrichtung des Mehrheitswahlrechts. Eine verschärfte Gangart von Seiten der gaullistischen Regierung ist im Bereich der Justiz zu erwarten. So soll als Ersatz für die von den Sozialisten abgeschaffte Todesstrafe eine Freiheitsstrafe von 30 Jahren treten, die nicht verkürzt werden kann. Gegen "kriminelle Vereinigungen" sollen härtere Strafbestimmungen in Kraft treten, Terrorismus soll ein eigenes Delikt im Strafgesetzbuch werden, Prozesse gegen Terroristen sollen zentral von einer Spezialkammer beim Appellationsgericht geführt werden, dies hätte den Charakter einer Sondergerichtsbarkeit. Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung sollen ohne Gerichtsverfahren sofort von der Polizei abgeschoben werden können.

Die Äußerungen der Gewerkschaften sind bisher wenig hoffnungsvoll: Die CGC (Angestellte) begrüßt das Vorhaben der Regierung, staatliche Eingriffe zurückzuziehen; die CFDT will einen Forderungskatalog aufstellen; die CGT stellt fest, daß sie "noch offensiver" ihre Forderungen vorbringen muß.

Quellenhinweis: Le Monde vom 24.4.86; Le Nouvel Economiste Nr. 537; Handelsblatt vom 7.4.86; Börsen-Zeitung vom 10. und 11.4.86 – (sur)

Südafrika-Azania

Krise des Apartheid-Erziehungssystems

Das Erziehungssystem war und ist ein wesentlicher Pfeiler der rassistischen Herrschaft der weißen Minderheit in Südafrika. Seit den hauptsächlich von Jugendlichen getragenen Aufständen 1976/77 der "Schwarzen Bewußtseinsbewegung" ist der Kampf gegen die rassistische Indoktrination an den Schulen und für ein Erziehungssystem, das der Bevölkerungsmehrheit nützt, nie abgebrochen. Die lächerlich geringen Ausgaben der Regierung für die Ausbildung schwarzer Schüler zeigen beispielhaft die Zahlen von 1985 für den Vorschulbereich: Für

Weißer sind 865 Vorschulen eingerichtet, für die Mehrheit der Schwarzen nur 59. Das Schüler-Lehrer-Verhältnis beträgt bei Weißen 10,4:1, bei Schwarzen 33,2:1. Diese Zahlen beschönigen. Sie verdeutlichen nicht die rassistische Unterdrückung durch Lehrer und Lehrinhalte, sie zeigen auch nicht die minderwertige Ausstattung der Schulen für Schwarze. Mindestens seit 1984 ist das Erziehungssystem Teil und Ausdruck der tiefen politischen Krise Südafrikas. In einem Flugblatt der Schülerorganisation COSAS vom Okt. 1984 heißt es: "Arbeiter, unterstützt den Schülerkampf in den Schulen! ... Wir Schüler haben uns in massiven Boykottaktionen vereinigt, um für unsere Forderungen zu kämpfen: Schülervertretungen in jeder Schule ... Für freie Bücher und Lernmittel. Für ein Ende aller körperlichen Züchtigung."

Seit dem Ausnahmezustand kam die Ausbildung schwarzer Schüler und Studenten fast völlig zum Stillstand. COSAS und andere Jugendorganisationen wurden gebannt, Versammlungen von Schülern mit größter Brutalität zerschlagen. Im Februar hat eine

Frauendelegation dem Minister für Recht und Ordnung ein Memorandum überreicht, das sich mit der Mißhandlung von verhafteten Kindern und Jugendlichen befaßt. Über 2000 Kinder unter 16 Jahren werden in Haft gehalten. Physische und seelische Mißhandlungen sowie schlechte Ernährung sind kennzeichnend. Das Soweto Parents Crisis Committee forderte Ende 1985: "Wiedereinstellung aller entlassenen Lehrer, Rückzug der Armee aus den townships, Anerkennung der Studenten- und Schülervertretungen und Aufhebung des Ausnahmezustandes." Dringende Fragen des Erziehungssystems wurden behandelt: Unterrichtsablauf für 1986, Volkserziehung, Zusammenschluß von Eltern-, Schüler- und Lehrerorganisationen, Schulgeldfreiheit. Das National Education Crisis Committee hat 1986 diese Forderungen bekräftigt; der Aufbau einer vom Staat unabhängigen antirassistischen Erziehung für die Mehrheit wird von den Betroffenen selbst in Angriff genommen.

Quellen: Div. AZAKO-Nachrichten; issa 8/85. – (and)

VR China

Volkskongreß bestätigt Wirtschaftsreformen. Probleme in der Landwirtschaft?

Der Nationale Volkskongreß, Parlament der VR China, hat auf seiner im April beendeten Tagung hauptsächlich wirtschaftspolitische Entscheidungen gefällt, darunter den Fünfjahrplan für den Zeitraum 1986 – 1990 beschlossen. Daneben beherrschte die seit den marktwirtschaftlichen Reformen der letzten Jahre grassierende Korruption die Debatten des Volkskongresses. In den Diskussionen war keine Opposi-

tion gegen den gegenwärtigen Kurs der KP Chinas erkennbar, im Gegensatz etwa zu dem "kleinen" Parteitag im vergangenen Herbst, als Politbüromitglied Chen Yun vor den möglicherweise katastrophalen Folgen der Landwirtschaftsreformen und vor der Erosion des politischen Bewußtseins der Parteimitglieder und der Bevölkerung gewarnt hatte.

Ministerpräsident Zhao Ziyang cha-



Getreideernte. Die großen Steigerungsraten der letzten Jahre sind nicht wiederholbar. Es bedarf jetzt enormer Investitionen, um das Agrarprodukt planmäßig zu steigern, z.B. der Erschließung neuer Anbauflächen und einer Änderung der Düngung.



In den Niederlanden haben die Metallgewerkschaften mit Streikaktionen begonnen, um eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden zu erreichen. In der vergangenen Woche traten die ersten 6000 Lohnabhängigen in den Streik. In Betrieben mit weiteren 225000 Lohnabhängigen sind die Tarifverträge ausgelaufen, so daß die Kapitalisten weitere Streiks befürchten. Wie in der BRD haben sie auf die Forderung der Gewerkschaften mit der Forderung nach mehr Arbeitszeitflexibilität reagiert: Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 36 Stunden nur, wenn die Gewerkschaften die 5-Tage-Woche tarifvertraglich aufgeben! – (rül)

USA/Israel/BRD: Waffengeschäfte mit Iran

Für mehr als zwei Mrd. US-\$ sollte US-Kriegsgerät in den Iran geschmuggelt werden. US-Behörden veröffentlichten eine Woche nach dem Angriff auf Libyen die Pläne, nach denen unter Vorspiegelung falscher Bestimmungen Exportgenehmigungen u.a. für 64 Jagdbomber, Transportflugzeuge und Panzerabwehrraketen erschlichen werden sollten. Diese Art Waffengeschäfte und der offizielle Rüstungsexport laufen glänzend. Die BRD deklariert ihre Lieferungen als "zivil". Von 1981 bis heute lieferten v.a. MAN und Daimler-Benz für mehr als 6,1 Mrd. DM Fahrzeuge an den Iran, für 6,3 Mrd. DM an den Irak,

meist schwere LKWs und Sattelzugmaschinen; das G3-Gewehr wird im Iran in Lizenz produziert. – (bar)

FIAT erhöht Kapital gegen Automobilkonkurrenz

Der italienische FIAT-Konzern hat die größte Kapitalerhöhung seiner Geschichte angekündigt. 1,6 Mrd. DM sollen durch Verkauf neuer Aktien erzielt werden, um auf diese Weise die Schlagkraft des Konzerns auf dem Automobilmarkt zu steigern. Hier droht FIAT zunehmende Konkurrenz von VW, seitdem VW mit dem Erwerb von SEAT über große Werke im Niedriglohnland Spanien verfügt. Mit dem neuen Kapital will FIAT bis 1988 ein Investitionsprogramm von 14,5 Mrd. DM finanzieren. – (rül)



1985 erreichte die Verschuldung der Türkei 24,9 Mrd. Dollar. Unter dem Druck der imperialistischen Gläubiger erwägt die Regierung von Premier Özal (Bild), nun sogar den erbärmlichen gesetzlich festgesetzten Mindestlohn (derzeit umgerechnet knapp 100 DM im Monat) aufzuheben, um den Kapitalisten weitere Lohnsenkungen zu ermöglichen. – (rül)

akterisierte bei der Vorstellung des Plans das wirtschaftspolitische Ziel als "eine sozialistische Wirtschaftsstruktur mit chinesischen Besonderheiten, die sich von dem verknöcherten oder halbverknöcherten Modell der Vergangenheit und fundamental von den kapitalistischen Modellen unterscheidet." Die "chinesischen Besonderheiten" sind eine in der Propaganda der KPCh gebräuchliche Floskel für die Adaption wirtschaftspolitischer Modelle z.B. der ungarischen oder der jugoslawischen Ökonomie. Im neuen Plan wird konsequenterweise der bisherige vage Begriff "sozialistische Modernisierung" durch "sozialistische Warenökonomie, basierend auf dem öffentlichen Eigentum an Produktionsmitteln" ersetzt.

Der Fünfjahrplan bekräftigt die bislang eingeleiteten Wirtschaftsreformen und hebt noch einmal hervor, daß die Staatsbetriebe bis 1990 wirtschaftlich selbständige Einheiten mit

voller Verantwortung für Gewinne und Verluste werden sollen. Der Staat soll in der Wirtschaftslenkung weiter zurücktreten, die Planung zunehmend durch auch in den kapitalistischen Ökonomien gebräuchliche Instrumente wie Besteuerung und Zinsentwicklung wahrgenommen werden. In den letzten Jahren aufgetretene gravierende Probleme, wie ein Rekorddefizit im Außenhandel, Rückgang der Getreideproduktion oder ein außer Kontrolle geratenes Wirtschaftswachstum, seien unvermeidliche Begleiterscheinungen der Reformen. "Wir können bei unseren Reformbemühungen nicht alle Fehler vermeiden ... Die Reform ist eine großangelegte, tiefgreifende und langandauernde Umwälzung ... es wird eine Zeit dauern, bis die Menschen ihr Bewußtsein an diesen großen Wandel angepaßt haben", erklärte Zhao Ziyang.

Bis 1990 sieht der Plan ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum

von 6,7% vor; die Industrieproduktion soll jahresdurchschnittlich um 7,5% und die Agrarproduktion um 4% wachsen. In der letzten Planperiode 1981 – 1985 wuchs das Wirtschaftsprodukt im Jahresdurchschnitt um 11% gegenüber geplanten 4%, 1985 sogar um über 20%. Ein wesentlicher Grund dafür waren die enorm gewachsenen investiven Ausgaben, darunter für Maschinen- und Anlagenimporte. Es ist nicht erkennbar, wie der chinesische Staat im laufenden Planzeitraum das Wachstum unter Kontrolle bekommen will – angesichts der weitergehenden Liberalisierung der Führung der Staatsbetriebe und angesichts des Fehlens "erprobter" kapitalistischer Instrumente wie Zinssatz und Geldmenge und der bisherigen Unmöglichkeit von Unternehmenspleiten mit entsprechender Kapitalvernichtung bei unwirtschaftlichen Investitionen.

Ein weiteres Problem ist die zunehmende regionale Differenzierung im

Argentinien: Gewerkschaften gegen Niedriglöhne

Der argentinische Gewerkschaftsdachverband CGT hat den sechsten für den 25./26.4. anberaumten Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung ausgesetzt. Der Grund: In Verhandlungen hat die Regierung angekündigt, den Mindestlohn um 18-25 % auf umgerechnet 85 US-\$ zu erhöhen. Damit wäre den Gewerkschaften ein Teilerfolg gelungen. Sie haben erklärt, daß zur Ernährung einer Familie jedoch etwa das Vierfache nötig sei. Lohnerhöhungen verlangen ebenfalls die Polizisten. – (sie)

Botha-Regierung will die Apartheid reformieren

Botha will die Paßgesetze suspendieren – und stattdessen zahlreiche neue Gesetze schaffen, die dieselben Zwecke erfüllen sollen wie die Paßgesetze. Nachdem die südafrikanischen Regierungen über die Hälfte der Azanier in "homelands" angesiedelt hat und damit zu Ausländern im eigenen Land erklärt hat, kündigt sie nun einen einheitlichen Personalausweis für alle "Südafrikaner" und ein Ende der Zwangsumsiedlungen an. Ob sie die Millionen bereits umgesiedelten Azanier als "Südafrikaner" betrachtet, ist unklar. Die Kontrolle über die Wanderarbeit will die Regierung mit Hilfe von Wohnungsbaugesetzen behalten: Künftig müssen Azanier nicht nur einen Arbeitsnachweis, sondern auch einen Nachweis für eine "ordentliche" Wohnung in der Stadt erbringen, um eine Zuzugsgenehmigung zu erhalten. Neue Städte für Schwarze sollen gebaut werden. Damit bleibt die Mehrzahl der Azanier in "homelands" oder Ghettos gezwängt. Kürzlich hatte ein Bergwerkskapitalist erläutert, daß die Abschaffung der Paßgesetze für städ-

tische Schwarze möglich sei, wenn gleichzeitig sichergestellt werde, daß die Wanderarbeit erhalten bleibt; auf anderem Wege würden die Bergwerksbesitzer keine Arbeiter für Untertage-Arbeit finden. – (uld)

Brasilien: Gewerkschaftsspaltung nicht überwunden

Ende März nannte sich der Gewerkschaftsverband CONCLAT auf einem zweitägigen Treffen in CGT (Allgemeine Arbeiterkonföderation) um. Der Gründung der CGT war ein dreijähriger Gewerkschaftsaufbau vorausgegangen, und er wurde un-

terstützt von der größten Regierungspartei und zweier kommunistischer Parteien. Auf dem Gründungskongreß waren Vertreter von 5546 Gewerkschaften des Landes anwesend. Daneben existiert ein anderer Gewerkschaftsverband, die CUT, kaum schwächer als die neue CGT. Sehr viele Einzelgewerkschaften sind Mitglied in beiden Dachverbänden. Eine Einigung der beiden Gewerkschaftsdachverbände scheitert an starker parteipolitischer Bindung und an der unterschiedlichen Einschätzung der Regierungspolitik. – (sie)



Am 20.4. demonstrierten ca. 450000 Bauern in Madrid. Aufgerufen hatten alle spanischen Landwirtschaftsverbände. Die Protestaktionen richteten sich gegen die Auflösung der bisher bestehenden 8500 kommunalen Landwirtschaftskammern und ihrer Ersetzung durch 50 Provinzkammern. Ein Vertreter der Bauernverbände: "Sie wollen uns die wichtigsten landwirtschaftlichen Rechte nehmen." Gleichzeitig werden die ersten massiven Auswirkungen des EG-Beitritts spürbar. Der spanische Markt wird von ausländischen Lebensmittelimporten überschwemmt. Die Erzeugerpreise für alle landwirtschaftlichen Produkte sinken rapide. Um die Wahlen zu gewinnen, bevor der Protest gegen Folgen des EG-Beitritts sich ausweitete, hat die Regierung Gonzales kurzfristig beschlossen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen bereits im Juni, nicht erst im Herbst dieses Jahres, abzuhalten. – (chc)

Wirtschaftswachstum, aber auch in den Einkommen der Bauern, der Arbeiter und der Angestellten. Der Wirtschaftsboom hatte sich auf die Küsten- und küstennahen Provinzen konzentriert. Der neue Fünfjahrplan sieht ausdrücklich in diesen Gebieten den Investitionsschwerpunkt, weil Investitionen dort schnelle Erträge bringen.

Nachdem die chinesische Regierung das bislang praktizierte System des staatlichen Getreideaufkaufs zu Garantiepreisen abgeschafft hatte aufgrund der großen Steigerung der Getreideproduktion seit 1980, Chinas Wandel vom Getreideimporteur zum Getreideexporteur und vor allem aufgrund der enormen Kosten der Subventionierung, fiel die Getreideproduktion 1985 sofort um 7%. In vielen Provinzen verlegten sich die Bauern auf den Anbau einträglicherer Wirtschaftsfürchte wie Baumwolle oder Sojabohnen. Zwar ist die Selbstversor-

gung des Landes mit Getreide nicht direkt in Frage gestellt, aber in einzelnen Provinzen, vor allem in der bevölkerungsreichsten Provinz Sichuan, drohen Engpässe bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln. In dieser Provinz sind zudem die Investitionen in der Landwirtschaft fast um die Hälfte zurückgegangen; unerläßliche Aufgaben wie die Instandhaltung und Ausweitung des komplizierten Bewässerungssystems sind teilweise unterblieben. Ursachen dafür sind die Auflösung der Kommunen und die Teilprivatisierung der Landwirtschaft, wodurch die kollektiven Fonds für den landwirtschaftlichen Investbau liquidiert wurden, sowie das Preissystem in der Landwirtschaft, das immer mehr Bauern zur Ausweitung des Nebengewerbes bzw. zur Aufgabe der Landwirtschaft und in den Handel oder ins Handwerk zwingt.

Der Fünfjahrplan sieht deshalb höhere landwirtschaftliche Investitio-

nen und besondere Anreize wie verbilligten Bezug von Dünger und Steuerbefreiungen für die Getreideproduktion vor. Außerdem sieht der Plan eine Preisreform vor. Das dürfte in den nächsten Jahren große Auseinandersetzungen hervorrufen, denn konkret geht es um folgendes: weitgehender Abbau von Subventionen für Grundnahrungsmittel, Strom, Wohnungen etc. mit der Folge einer rapiden Verteuerung der Lebenshaltungskosten in den Städten und auf dem Land; Reform des Entlohnungssystems mit dem Ziel weiterer Differenzierung der Löhne. Erste Schritte zum Aufbau eines Sozialversicherungssystems, immer dringender angesichts des Abbaus bisheriger kollektiver Sicherungen, sieht der Plan nicht vor.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Beijing Rundschau, div. Ausgaben; Weltbank: Länderbericht China, New York 1985 – (wom)

* Veröffentlichungen *

GRÜNE zum Ausländer- und Asylrecht

Die Arbeitsgruppen der GRÜNEN, die sich regelmäßig mit Ausländer- und Asylgesetzgebung befassen, haben ihre Auffassungen und Erfahrungen in einer Broschüre zusammengefaßt. Die dort vertretenen Forderungen sind oft weitgehender als die z.B. von der GRÜNEN-Bundestagsfraktion in Gesetzentwürfen zum Niederlassungsrecht für Ausländer und zum Asylrecht verlangten Rechte für Ausländer in der BRD, weil sie – wenn auch nicht ausdrücklich – darauf abzielen, jegliche Sonderbehandlung für Ausländer in der BRD abzuschaffen. Eindeutig setzen sich alle beteiligten Arbeitsgruppen gegen jegliche Verschärfung der Ausländergesetze zur Wehr und treten gegen die staatliche Ausländerhetze auf. Sie berichten über ihre Tätigkeit in Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Westberlin und Hamburg. Die Broschüre verschafft einen Überblick über die Tätigkeit und die Ziele der GRÜNEN im Bereich der Ausländerpolitik. Absicht der Veröffentlichung ist, Grundlagen für die Tätigkeit der Bundestags- und Landtagsfraktionen zu bieten, den Aufbau von Ausländerfachgruppen in den Ortsgruppen der GRÜNEN vorzubereiten und einen "bundesweiten Arbeitszusammenhang im ausländerpolitischen Bereich zu schaffen". Leider äußern sich die Autoren nicht zu bestehenden "Arbeitszusammenhängen" wie z.B. dem "Frankfurter Appell". (Immigranten- und Asylfragen, Leitlinien und Diskussionsansätze der BAG bei den GRÜNEN, zu beziehen über: Bundesgeschäftsstelle der GRÜNEN, Postfach 1422, 5300 Bonn 1, 3,00 DM + Porto – uld)

Gerhard Schröder, "Der Herausforderer"

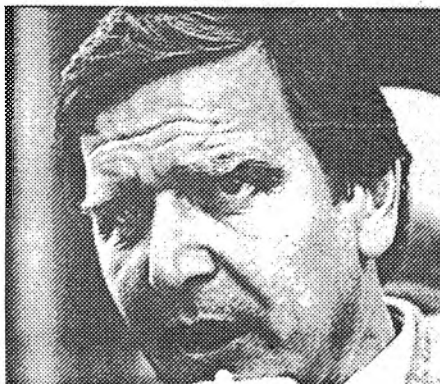
Eben noch rechtzeitig zum niedersächsischen Landtagswahlkampf hat der Kindler-Verlag ein Buch des SPD-Spitzenkandidaten und Ex-Juso Gerhard Schröder auf den Markt geworfen. Darin äußert sich Schröder im Gespräch mit dem Fernsehjournalisten Peter Gatter zu Wahlkampfthemen wie beispielsweise Medienpolitik, Ökologie, Friedensbewegung, Sicherheitspolitik, die Grünen u.a. Schröder bemüht sich darin sehr um einen linken Anstrich. Gleich im ersten Kapitel sollen auch die Lebensumstände seiner Kindheit, ein "typisches Nachkriegsleben" mit "engen Verhältnissen, Armut, manchmal Not", den nötigen "Stallgeruch" der Sozialdemokraten, die Herkunft aus der Arbeiterklasse, hervorheben.

Das Buch verleitet zum Überfliegen, denn seine Aussagen verströmen

die Langeweile eines beliebigen SPD-Wahlprogramms, so daß auch deutlich eingenommene Standpunkte leicht übersehen werden können: Keine Anerkennung der DDR oder ihrer Staatsbürgerschaft, höchstens Auflösung der zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter. – Bau des Dollart-Hafens in Wilhelmshafen trotz der zu erwartenden Umweltschäden. – Die CDU, die Reaktionäre? "Wenn konservativ heißt, das, was überkommen und schön ist, zu erhalten, dann bin ich natürlich ein Konservativer" (Schröder über Schröder). – Zusammenarbeit mit den Grünen? "Nein, das hat keinen Sinn."

Schröder steht für eine SPD, die grüne Kreide gefressen hat. Aufsau-

Schröder Der Herausforderer im Gespräch mit Peter Gatter



gen der Grünen ist das eine Ziel, Angebote an konservative Kräfte zwecks Zusammenarbeit in der Europa-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik ein anderes. Zum Beispiel propagiert er die Stärkung der EG gegenüber den USA und der Sowjetunion und die Vorherrschaft der BRD in der EG. Bezeichnenderweise nennt er nicht eine einzige Gewerkschaftsforderung, die er unterstützt. Dagegen scheut er sich nicht, Arbeitnehmer und Gewerkschaften anzugreifen: "Es kommt eine Verstärkung der Macht des Kapitals hinzu, die Sozialdemokraten besonders große Schwierigkeiten macht, nämlich die Mobilisierung der Beschäftigten, auch der Gewerkschaften zum Nutzen der kurzfristigen Interessen der Unternehmer."

Man kann das Buch nützen, um eventuell noch vorhandene Illusionen zu beseitigen und Entgegnungen auf sozialdemokratische Argumente im Wahlkampf vorzubereiten.

(G. Schröder: Der Herausforderer im Gespräch mit Peter Gatter. München: Kindler, 1986; 19,80 DM – ibm, bef)

"Der erfahrene Partner in der Sozialversicherung"

Unter diesem Wahlkampfmotto veröffentlicht der DGB-Bundesvorstand Daten und Fakten zu den Sozialwahlen 1986 als Argumentationshilfe für Funktionäre des DGB und seiner Einzelgewerkschaften. Angeboten werden weiter ein Musterreferat nebst Folienvorlagen, das sozialpolitische Programm des DGB sowie ein Vortrag von Gerhard Muhr zum Thema "neue Armut". Man sollte annehmen, daß das Material sich auch ausführlich mit der Programmatik der DAG und der "Versicherten-Wählergemeinschaften" auseinandersetzt. Denn gegen diese Organisationen konnte der DGB bei den Wahlen zu Vertreterversammlungen der Angestellten-Ersatzkassen und der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte bisher nur in Ausnahmefällen Mehrheiten erzielen. Die BfA und Ersatzkassen sind im übrigen die Bereiche, in denen überhaupt gewählt wird, in den AOKs, den Berufsgenossenschaften und den Landesversicherungsanstalten finden mangels Gegenkandidaturen "Friedenswahlen" statt. Angesichts dieser Bedeutung erscheint der Satz "Achtung: DAG ist keine DGB-Gewerkschaft!" etwas dürftig zur Behandlung des Problems. – (has)

"Förderung der räumlichen Vorstellungskraft"

Das muß Aufgabe der "ostdeutschen Kulturarbeit" sein, damit der Begriff "Deutschland" nicht länger nur das Bild BRD und DDR erzeugt, sondern es soll "mehr umfassen als nur die beiden Teilstaaten", es sollen auch Pommern, Schlesien und Ostpreußen hinzutreten. Mit dieser Forderung leitet Jörg-Dieter Gauger den Forschungsbericht 51 der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema "Flucht und Vertreibung in der Nachkriegsliteratur" ein. Der Forderung Innenminister Zimmermanns folgend, "ostdeutsche Kultur" verstärkt in den Lehrstoff der Schulen und Universitäten einzubringen, wird in diesem Band eine Art Bestandsaufnahme der "ostdeutschen Literatur" gemacht. Sie beginnt nach Ansicht der Autoren mit der "Geschichte des Ritterordens" – "auf das Schwert folgte die Pflugschar, auf die Pflugschar die Feder" – um bei Christa Wolf und Wolfgang Koeppen zu enden. Bei dieser Definition von "ostdeutscher Literatur" wird strikt rassistisch-völkische Germanistik betrieben, der "Volksstamm" des Autors reicht als Ordnungskriterium.

Bei der Vorstellung der "Vertreibungsliteratur" im engeren Sinn ist auffällig, daß viele Titel erst in den letzten Jahren erschienen sind. Als Beispiel werden Christa Brückners Romane – "Jauche und Levkojen" (1975), "Nirgendwo ist Poenichen" (1977) und "Die Quints" (1985) – ge-

nannt. Frau Professor Wisniewski (Uni Heidelberg) hebt hervor, daß solche Romane "als Hintertür" genutzt werden können, "das Geschichtsbild zu korrigieren". Zu diesem Zweck wurden die Romane Christa Brückners wohl auch geschrieben und verfilmt. Jugenderinnerungen sind es jedenfalls nicht, die Brückner stammt nicht aus Pommern, der Gegend des Romangesehens.

"Das Ostdeutsche hat etwas Anrühendes", meint Heinrich Hupka in seiner Eigenschaft als Präsident der "Stiftung Ostdeutscher Kulturrat". Um das zu korrigieren, gäbe es die "Ostdeutschen Kulturpreise". "Sie tragen zum Überleben der deutschen Stämme bei." Der Innenminister hat erst wieder einen gestiftet: das "Immanuel-Kant-Stipendium" für Doktoranden. – (rub)

Bundeswehr und Demokratie – geht das?

In schüchternem zeitlichen Abstand zum Bundeswehrjubiläum haben sich nachträglich verschiedene Freunde der Bundeswehr kritisch zu Wort gemeldet. Gewissermaßen als Hüter des Modells "Innere Führung" machen sie sich in einem Sammelband von Aufsätzen daran, den "Staatsbürger in Uniform" zu retten. Die Innere Führung besteht seit Gründung der Bundeswehr, ist aber nicht gesetzlich oder vorschriftenmäßig geregelt, sondern stellt eher einen Anspruch dar, den Soldaten zu überzeugtem Gehorsam zu bewegen. Initiativer Gehorsam, kritische Mitverantwortung sind Stichworte dieses Konzepts, wobei Befehl und Gehorsam weiter gelten sollen. In einer Armee aber, in die die Soldaten nicht freiwillig eingetreten sind und an deren Einsatzbereitschaft sie kein eigenes Interesse haben, kann solch ein Modell gar nicht aufgehen. In der Praxis erlebten die Soldaten den "gruppenspezifischen Prozeß" von Befehl und Gehorsam als Schikane, Unterdrückung und Willkür. Mit Bedauern erkennen das auch die Autoren. Mehr noch aber beklagen sie, daß die aktuelle Armeeführung gar nicht mehr den Anspruch der Inneren Führung hat, sondern ausschließlich Härte, Gefechtstüchtigkeit, Ordnung und Pflichterfüllung bis zum Tod vom Soldaten fordert. Darüber hinaus sehen sie den Bundeswehrzweck als Friedenssicherung; "Der Frieden ist der Ernstfall." Auch das hält der konsequenten Logik der Bundeswehrführung nicht stand: der Soldat ist zum Kriegsführen da, die Kriegsverhinderung ist Sache der Politik. "Kriegsnahe Ausbildung" ist das Motto der letzten Zeit. Für die Bundeswehr sein und gleichzeitig gegen Unterdrückung und Kriegsvorbereitung – das geht eben nicht.

(Franz H.U. Borkenhagen, Hrsg.; Bundeswehr – Demokratie in oliv, Westberlin, Bonn 1986 – jok)

"Die Reichen sind auch die Armen!"

Der Papst bekräftigt seine Ablehnung von antiimperialistischen religiösen Strömungen

Am 5. April 1986 präsentierte der westdeutsche Kurienkardinal Joseph Ratzinger im Auftrage des Papstes im Vatikan eine "Instruktion über die christliche Freiheit und die Befreiung". Es ist dies seit 1984 die zweite Stellungnahme des Lehramtes der katholischen Kirche zur "Theologie der Befreiung", einer religiösen Bewegung insbesondere in Lateinamerika, die ausgeprägt in vielerlei Spielarten, von Alphabetisierungsprogrammen bis zur Teilnahme an bewaffneten Aktionen, den Kampf gegen Imperialismus und Neokolonialismus unterstützt.

Daß der Papst, der für sich beansprucht, selbst unfehlbar Denken und Glauben der Menschheit zu bestimmen, auf das Stichwort Befreiung allergisch reagiert, liegt nahe. Verstärkt gilt dies aber, wenn von Befreiung an der Basis einer traditionellen Bastion der katholischen Kirche, wie z.B. in Brasilien, geredet wird.

Das lateinamerikanische Komitee der christlichen Gewerkschaften (CLASC) schrieb schon 1968 während des Eucharistischen Kongresses in Bogotá einen Brief an Papst Paul VI., in dem es hieß: "Nimm dich in acht, Bruder Paul, Religion und Kirche sind in Lateinamerika fortwährend dazu benutzt worden, Ungerechtigkeit, Unterdrückung, Ausbeutung, Verfolgung und Mord an den Armen zu rechtfertigen und zu stützen." Der Theologe Pablo Richard definiert das Anliegen derart rebellierender Christen so: "Die Theologie der Befreiung ist lateinamerikanisch, weil die Befreiung der tiefste menschlichste, christlichste und lateinamerikanischste Kampf in Lateinamerika ist. Wir haben unsere lateinamerikanische Identität entdeckt, weil wir unsere Abhängigkeit und unsere Unterentwicklung entdeckt haben, die durch die imperialistische und kapitalistische Beherrschung unseres Kontinents verursacht sind."

Dieses Bewußtsein hat sich eng mit der südamerikanischen Volksfrömmigkeit verbunden, die sich bei aller oftmals mystischen und fatalistischen Religiosität grundsätzlich mißtrauisch zum feudalistisch organisierten Klerus verhält. Die Gefährlichkeit dieser Bewegung für die Herrschenden besteht darin, daß sie theoretisch und praktischen den Klassenkampf auf Seiten der Masse der Armen unterstützt. Der entfaltetste organisierte Ausdruck hierfür sind die etwa 70000 "Basisgemeinden" in Brasilien, Zusammenschlüsse armer Bauern und Arbeiter zu gegenseitiger Hilfe und gemeinsamem Kampf.

Der Papst ist nun schlau genug, sich

nicht einfach hinzustellen und zu sagen: So wie die gesellschaftlichen Verhältnisse nun einmal sind, sind sie ihm und dem lieben Gott gerade recht. In der "Instruktion" gesteht er Erscheinungen der Ungerechtigkeit, des Elends, ja der Entfremdung durchaus zu und zeigt zunächst einmal viel Verständnis:

"Das Bewußtsein von Freiheit und Menschenwürde, verbunden mit der Bejahung der unveräußerlichen Rechte der Person und der Völker, ist eines der hauptsächlichsten Kennzeichen unserer Zeit. Nun erfordert die Freiheit aber Bedingungen wirtschaftlicher, sozialer, politischer und kultureller Art, die ihre volle Ausübung ermöglichen. Die lebhafteste Wahrnehmung der Hindernisse, die sie in ihrer Entfaltung behindern und die die Menschenwürde verletzen, steht am Anfang der starken Sehnsucht nach Befreiung, die unsere Welt bewegt. Die Kirche Christi macht sich diese Sehnsucht zu eigen." Aber dann kommt es dicke: "Der Wille, frei zu sein, ist in jedem lebendig. Und dennoch führt dieser Wille fast immer zur Knechtschaft und Unterdrückung."

Das ist also gemeint: Nicht Strukturen einer Gesellschaft bewirken Unfreiheit. Die Gesellschaft ist nicht in Klassen gespalten, nicht die Kapitalistenklasse beutet die Arbeiterklasse aus. Daß es auf der einen Seite Arme und Unfreie, auf der anderen Reiche und Besitzende gibt, hat keine politischen Ursachen. Nein: "Die schuldhaftige Verleugnung Gottes entfesselt die Leidenschaften, verursacht ein gestörtes Gleichgewicht und Konflikte im Inneren des Menschen. Von dort gibt es unausweichlich die Unordnung, die den Bereich der Familie und Gesellschaft beeinträchtigt: sexuelle Freizügigkeit, Ungerechtigkeit, Mord." Man beachte hierbei allein die Reihenfolge, in der der Heilige Vater die Probleme der armen Campesinos sieht!

Aber er dringt noch weiter vor: Schon immer sahen die Propheten in den "Mißgeschicken des Volkes eine Züchtigung für seine Sünde des Götzendienstes und in ihrem Herzen voller Bosheit die Quelle für die radikale Knechtung des Menschen und für die Unterdrückungen, die er seinen Mitmenschen auferlegt." Da haben wir den Salat! So ist aus der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung Sünde und persönliche Verstrickung geworden. Doch der Stellvertreter Christi auf Erden versteht sein Handwerk noch besser. Aus der programmatischen und klassenbewußten "Op-

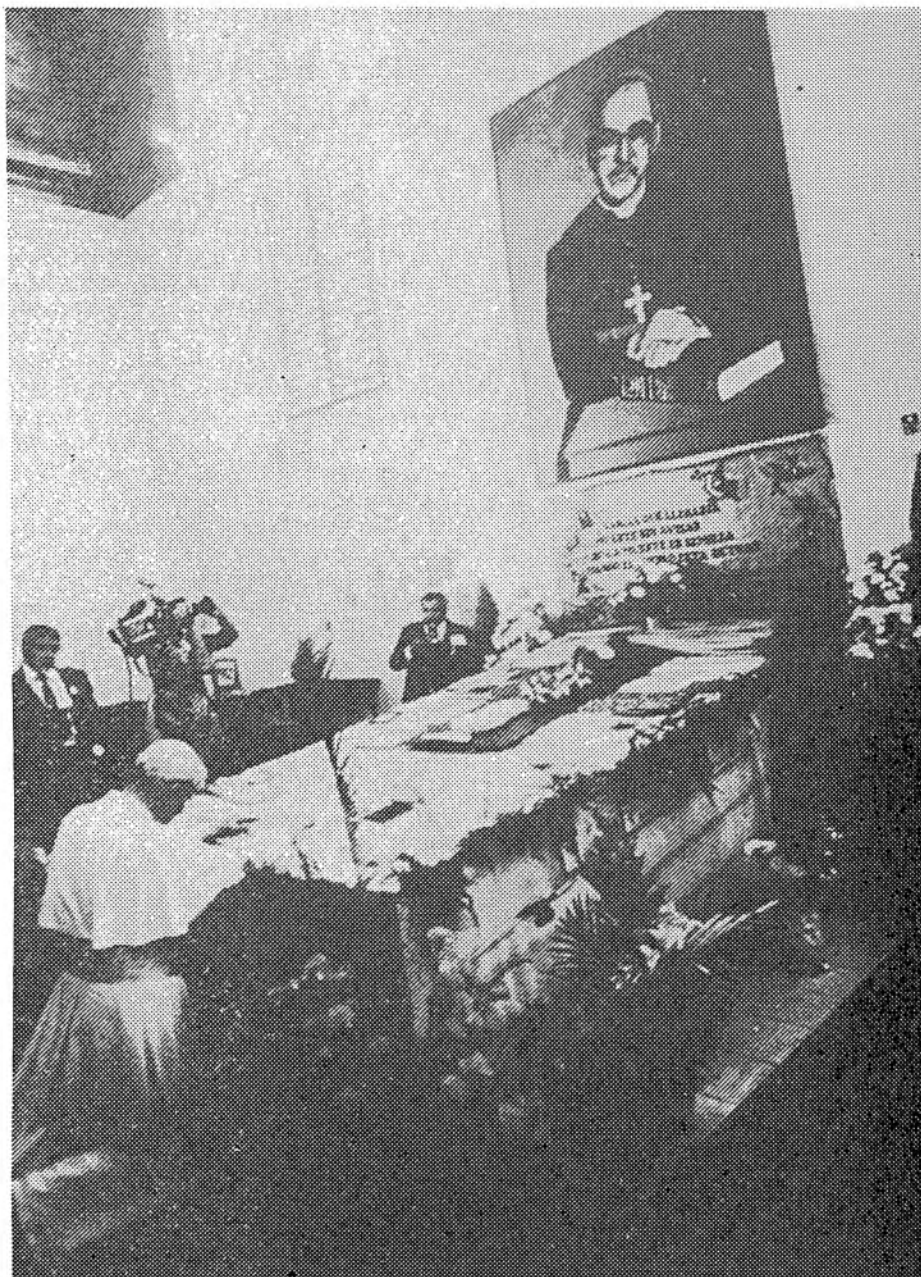
tion für die Armen" der Theologie der Befreiung macht er das gerade Gegenteil:

"Durch die Propheten als Messias der Armen angekündigt, hat er (Jesus) gerade unter diesen, den Niedrigen, den 'Armen Jahwes', die nach der Gerechtigkeit des Gottesreiches dürsteten, die Herzen gefunden, die ihn aufnahmen. Aber er wollte auch denen nahe sein, die obwohl reich an irdischen Gütern, als 'Zöllner und Sünder' von der Gemeinschaft ausgeschlossen waren; denn er war gekommen, sie zur Bekehrung zu rufen. Eine solche Armut, geformt aus Verzicht, Gottvertrauen, Gelassenheit und Bereitschaft zum Teilen, hat Jesus selig gepriesen... Die Option für die Armen ... schließt niemanden aus. Das ist der Grund, warum die Kirche diese Option nicht mit Hilfe von einengenden soziologischen und ideologischen Kategorien zum Ausdruck bringen darf; sie würde aus dieser vorrangigen Zuwendung eine parteiische Wahl konfliktbetonter Art machen."

Am Ende sind die Reichen auch die Armen. Beide stehen sie vor dem allmächtigen Gott gleich da: der Ausbeuter und sein Opfer. Und die Kirche bekommt noch einmal mehr Zugriff auf die Elenden und Unterdrückten, indem sie in ihnen das schlechte Gewissen pochen läßt – ihr Mißgeschick ist ja begründet in ihrer Sünde und Trennung von Gott: "Die Sünde des Menschen, das heißt sein Bruch mit Gott ist der entscheidende Grund für die Tragödien, die die Geschichte der Freiheit kennzeichnen. Um sie zu verstehen, müssen viele unserer Mitmenschen zuerst das Gespür für die Sünde wieder neu entdecken."

Bleibe es doch wahr, so der Papst, daß "Strukturen, die für das Wohl der Personen geschaffen worden sind, von sich allein her nicht in der Lage sind, dieses Wohl hervorzubringen und zu garantieren". Dies gilt für ihn besonders dann, wenn es Statthaltern des Imperialismus an den Kragen gehen soll: "Der systematische Rückgriff auf Gewalt, der als angeblich notwendiger Weg zur Befreiung hingestellt wird, muß als eine zerstörerische Illusion angeprangert werden, die den Weg zu neuer Knechtschaft eröffnet... Die Handlungsweise, die sie (die Kirche) befürwortet, ist nicht der Kampf einer Klasse gegen eine andere, um den Gegner auszuschalten; sie geht nicht aus von der absurden Bindung an ein angebliches Gesetz der Geschichte... Der Christ wird stets den Weg des Dialogs und der Mitsprache bevorzugen."

Der Papst weiß, daß Tausende seiner Gläubigen im Untergrund und in der Guerilla kämpfen. Aus dem Evangelium für die Armen, das die Theologie der Befreiung predigt, ziehen sie ihre moralische Legitimation. Sie arbeiten eng mit Marxisten zusammen.



Der Papst 1983 in der Kathedrale von San Salvador, betend am Grab des von Todesschwadronen ermordeten Erzbischofs Oscar Romero. Damals noch hatten viele Theologen der Befreiung auf ein erlösendes Wort des Vatikans gehofft.

Er weiß auch, wie emanzipatorisch diese Praxis wirken kann, wenn er schreibt:

"Das wird besonders deutlich, wenn der Sünder meint, seine eigene Freiheit nicht behaupten zu können, ohne Gott ausdrücklich zu leugnen. Der Mensch will also souverän über Gut und Böse oder über Werte entscheiden und gleichzeitig weist er mitunter die Idee von Gott und von der Sünde zurück. Durch diese verwegene Grenzüberschreitung beansprucht er also, erwachsen und frei zu werden, und fordert diese Emanzipation nicht nur für sich, sondern für die ganze Menschheit."

In diesen Dokumenten gegen die religiösen antiimperialistischen Strömungen reagiert die katholische Kirche nach dem gleichen Muster wie in den zurückliegenden hundert Jahren auf die Arbeiterbewegung in Europa:

Sie behaftet Not, Elend und Ausbeutung der unteren Klassen mit persönlicher Schuldhaftigkeit und der Bosheit des Menschen. Zur materiellen Plage soll das gedrückte Gewissen derer treten, die sich wohl nach Befreiung sehnen dürfen, deren größtes Verbrechen es aber wäre, sich selbst aus dem Elend erlösen zu wollen.

Ein andere Botschaft aus Rom erwarten hieße, vom Papst verlangen, er solle sich selbst aufgeben. Sein Job ist es nun mal, die Gründe der Unfreiheit religiös zu verdunkeln und den Kampf dagegen zu verhindern. Bereits bei den verschiedenen Besuchen des Papstes in Lateinamerika hatten sich noch viele fromme Befreiungskämpfer ein unterstützendes Wort des Vatikans erhofft. Zum zweiten Male sind sie nun enttäuscht worden.

Quellenhinweis: L'Osservatore Romano, 11. April 1986 – (hel)

DGB-Landesbezirk für Kommunalwahlrecht für Ausländer

Stuttgart. Die 13. o. Landesbezirkskonferenz des DGB Ba-Wü im Januar 1986 hat zur Ausländerpolitik beschlossen: "Die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis und die Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung muß auch bei Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug und Wohnungsnot erfolgen ... Nach fünf Jahren Aufenthalt ist ausländischen Arbeitnehmern, die sich nicht nur vorübergehend in der BRD aufhalten, ein Rechtsanspruch auf Aufenthaltsberechtigung ohne Nachweis sogen. Integrationsleistungen ... zu gewähren. Nach acht Jahren Aufenthalt sollen Ausländer als Vorstufe oder Alternative zur Einbürgerung ein Niederlassungsrecht erhalten. Danach fallen sie nicht mehr unter den Geltungsbereich des Ausländergesetzes ... Nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik erhalten volljährige Ausländer, deren Aufenthalt nicht von vornherein vorübergehend ist, das kommunale Wahlrecht ... Die Delegierten ... fordern den Bundesvorstand auf, auf die Bundesregierung einzuwirken, die besondere Benachteiligung für ausländische Arbeitnehmer durch das Steuerentzugsgesetz 1986 rückgängig zu machen." – (rac)

Erstmalig: Anhörung Verfolgter des Faschismus

Westberlin. Zum ersten Mal seit der Befreiung vom Faschismus wurden Organisationen ehemaliger Verfolgter des Faschismus auf Antrag der AL vor dem Innenausschuß des Senats angehört. Daß sich auch CDU und FDP nicht gegen die Anhörung, wenn auch nur vor dem Innenausschuß, wandten, ist auf dem Hintergrund der gegenwärtigen Senatskrise zu sehen. Gehört wurden die Jüdische Gemeinde, der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN), der Bund politisch, rassistisch, religiös Verfolgter (prV), die Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten (AVS), die VVN, die Sinti und Roma, der Arbeitskreis gegen die Diskriminierung von Homosexuellen und die Lagergemeinschaft Kinder- und Jugendkonzentrationslager Mohrungen/Uckermark. Alle Vertreter bedauerten, daß über 40 Jahre vergehen mußten bis zu einer solchen Anhörung. Der Vorsitzende der VVN, Szepansky, nannte zahlreiche Beispiele von Verfolgten, die keine Entschädigung erhalten hätten. Er erklärte, er fühle sich noch immer angeklagt und zur Verteidigung seiner Person und seiner Kameraden gezwungen. Während 18000 Beamte, die im Faschismus tätig waren, nach 1945 wieder in Amt und Würde kamen, hätte er aufgrund der noch anhaltenden Diffamierungen wie auch seiner KZ-Leiden noch heute schlaflose Nächte – insbesondere vor einer solchen Innenausschußsitzung. – (gug)



Flensburg. An den Aktionen gegen das Skinhead-Treffen, die sich in der letzten "Reichshauptstadt" zum "Führergeburtstag" trafen, beteiligten sich bis zu 300 Antifaschisten. Mit faschistischen, ausländerfeindlichen Parolen, Hitlergruß, Deutschlandlied, Überfällen, Stein- und Flaschenwürfen stellten die bis zu 250 Skins sich unter dem Schutz der Polizei zur Schau. – (ale)

Rekrutengelöbnis in Dachau

Dachau. Am 2. Mai findet um 18.00 Uhr ein Rekrutengelöbnis auf der Volksfestwiese in Dachau statt. Den Stadträten wurde eine Einladung geschickt, in der OB Reitmeier und der zuständige Kommandeur dazu einladen. Vereidigt werden sollen ca. 800 Rekruten aus Münchner Kasernen. OB und CSU begrüßen die Vereidigung ausdrücklich. Die SPD-Fraktion bedauert, daß der Stadtrat nicht befragt wurde. Eine Aktionseinheit, an der sich unter anderem die Friedensinitiative Dachau, der Stadtrat der GRÜNEN, eine SPD-Stadträtin und R. Titze vom Präsidium der Lagergemeinschaft Dachau (BRD) beteiligen, ruft zu einer Gegenkundgebung und Demonstration auf. Die VVN – Bund der Antifaschisten protestiert mit einer Erklärung, in der es u.a. heißt: "Demonstrationen von militärischer Macht und von Gewaltpolitik verbieten sich ... erst recht dort, wo Zehntausende dem faschistischen Terror der Mordelitte der SS zum Opfer gefallen sind." – (lsc)

HBV-Antrag: Auflösung von Faschistenverbänden

Kiel. Die Kreisdelegiertenkonferenz der Gewerkschaft HBV Kreis Kiel/Plön beschloß am 12.04. einstimmig einen Antrag der Fachgruppe Großhandel, der die Auflösung der "Kieler Liste für Ausländerbegrenzung" (KLA) und der FAP durch den Innenminister fordert. In der Begründung wird festgestellt, daß diese neofaschistischen Organisationen die Niederlage des Faschismus rückgängig machen wollen, daß alle rassistischen Vorstellungen aus der Nazi-Zeit ungehindert durch die Kieler Post verteilt werden, daß außerdem an die Propaganda der "Blutreinheit des deutschen Volkes" wieder angeknüpft wird. Weiter wird

klargestellt, daß die KLA und die FAP illegale Organisationen sind: "Immer noch gelten, und dies wird in Kiel jetzt namhaft belegt durch ein Rechtsgutachten, folgende Kontrollratsgesetze". Die Gesetze 2 und 8 sowie das Grundgesetz Artikel 139 folgen dann in den wesentlichen Auszügen. – (dam)

Verbot politischer Betätigung für Ausländer

München. Das Verwaltungsgericht München hat dem ägyptischen Staatsangehörigen M. Gohary aufgrund Art. 6 Abs. 3 Ausländergesetz verboten, als Redner auf Veranstaltungen der VVN und der "Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung" sowie anderer Organisationen, die im Verfassungsschutzbericht aufgeführt sind, aufzutreten. In dem Urteil heißt es u.a.: "Der Kläger muß aufgrund seiner Intelligenz, seiner rhetorischen Fähigkeiten und seiner speziellen Kenntnisse in 'Marxistischer Philosophie' sowie aufgrund seines Engagements zur politischen Situation in den verschiedensten Ländern als Persönlichkeit angesehen werden, die bei ihrer Teilnahme an Veranstaltungen dieser Organisationen durchaus entsprechende Werbewirksamkeit haben kann, zumal der Kläger offenbar auch in demokratischen Vereinigungen als geschätzter Redner gilt." Auch wenn von ihm keine konkreten Gefährdungen für die öffentliche Sicherheit und Ordnung der BRD ausgingen, brauche es der Rechtsstaat nicht zuzulassen, "daß Organisationen, die ihrerseits, unmittelbar oder mittelbar, kurz- oder langfristig, gewaltsam oder gewaltlos die bestehende Staatsform und Gesellschaftsordnung beseitigen wollen, durch den Zulauf von Ausländern noch gestärkt werden". M. Gohary hat Rechtsmittel beim Verwaltungsgerichtshof eingelegt (AZ: M 7 K 84.5365). – (ulb)

Boehringer Mannheim (BM)

Werden die Kapitalisten ihr neues Schichtmodell durchsetzen?

Mannheim. Seit Herbst 1985 drängt die Geschäftsführung von Boehringer Mannheim (BM), der Betriebsrat solle einer "versetzten Arbeitszeit" in den Abteilungen Teststreifenentwicklung und -herstellung zustimmen. Gemeint ist: Arbeiten von 11.15 Uhr bis 20.00 Uhr. Neben zig verschiedenen Regelungen im Rahmen der Gleitzeit und einer seit Jahren existierenden sogenannten Hausfrauenschicht von 15.00 bis 20.00 Uhr wäre dies eine neue Arbeitszeitregelung für rund 180 Beschäftigte bei einer Gesamtbelegschaft von inzwischen 6000 im Werk Mannheim.

Die BM-Kapitalisten fordern eine Ausdehnung der Anlagennutzungszeit der Tränk- und Beschichtungsanlage (TBA), auf der sowohl die Herstellung als auch die Entwicklung neuer Test-

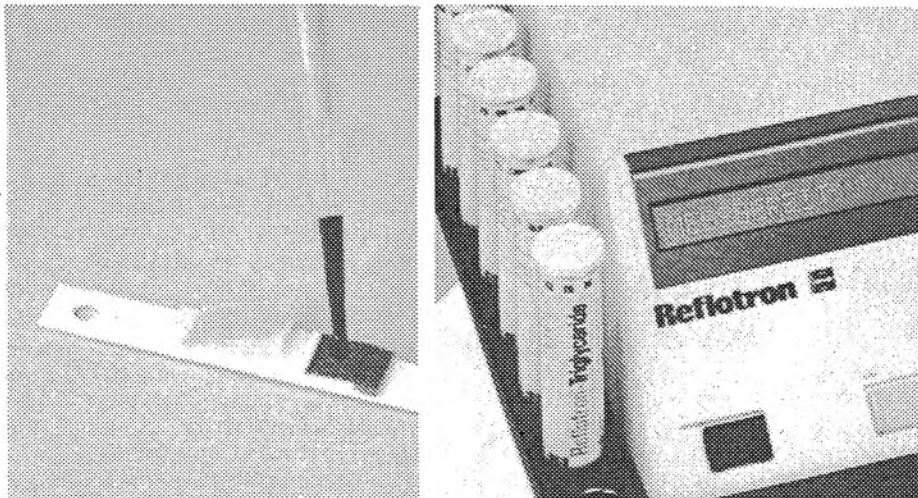
jetzt mit enormem Arbeitsdruck die Produktion hochgefahren. Für die "Entwickler", die die TBA nach 14.45 Uhr benutzen, dehnte sich der Arbeitstag danach häufig bis auf 22.00 Uhr aus. Die Geschäftsführung wollte nun eine Regelung, die die Anlagennutzungszeit von 6.00 bis mindestens 20.00 Uhr festschreibt, und statt Überstunden zu fahren, Teile der Belegschaft im wöchentlichen Wechsel von 6.15 bis 14.45 Uhr und 11.15 bis 20.00 Uhr antreten läßt. Die "Hausfrauenschicht" sollte neu eingerichtet bzw. ausgebaut werden.

Ohne Zustimmung des Betriebsrates wurden hierfür Stellenausschreibungen rausgehängt, ein beträchtlicher Teil dieser "Flexibelebschaft" sollte nach dem Beschäftigungsför-

etriebsrat sämtliche Register aus dem Betriebsverfassungsgesetz gezogen hatte, nach Betriebsversammlungen und Betriebsratsinfos zu diesem Thema, nach Abteilungsversammlungen mit den Betroffenen, schien das neue Schichtmodell "versetzte Arbeitszeit" politisch nicht mehr durchsetzbar. Die Geschäftsführung suchte nun die Entscheidung juristisch zu erzwingen.

Der Einigungsstellentermin fand statt; doch der "unabhängige" Vorsitzende empfahl eine "gütliche Einigung" vor dem nächsten Termin. Offenbar hat ihn das Ergebnis der Fragebogenaktion des Betriebsrates nicht unbeeindruckt gelassen: Die Mehrheit der Betroffenen lehnte die "versetzte Arbeitszeit" ab; neben gesundheitlichen Gründen wurden genannt: negative Auswirkungen auf das Familienleben, Fahrgemeinschaften, die dann nicht mehr funktionieren und damit finanzielle Mehrbelastung, schlechte Verkehrsverbindungen, lange Fahrtzeiten.

Dennoch stehen Belegschaft und Betriebsrat vor einer schwierigen Entscheidung: Soll der Spruch der Einigungsstelle abgewartet werden – dieser bezieht sich dann nur auf die Frage "versetzte Arbeitszeit" ja oder nein –, oder soll eine Betriebsvereinbarung vorgeschlagen werden, die dann "mehr rausholen" kann: z.B. Befristung, verkürzte Arbeitszeit, voller Nachteilsausgleich. – (itt)



Aus der Boehringer Werbung: "... Reflotron erlaubt es, die laborbezogenen Lohnkosten auf ein Minimum zu senken." Schicht und Überstunden bei Boehringer Mannheim, Arbeitslosigkeit für Arzthelferinnen – dafür gab es den Innovationspreis der Deutschen Wirtschaft 1985.

streifen abgewickelt werden muß. Die bisherigen Belegzeiten würden nicht ausreichen, um die nachgefragte Menge herstellen zu können. 1440 Teststreifen können theoretisch auf dem neuen Analysegerät "Reflotron" täglich ausgewertet werden. Das Gerät, wird "möglichstweise das erfolgreichste BM-Produkt überhaupt" (BM-Zeitung 9/85). Dahinter verbergen sich ungeheure Profiterwartungen vor allem bei den Teststreifen.

In den oben genannten Abteilungen wurden bislang in der Zeit von 6.00 bis 14.45 Uhr immer mehr Chargen angefahren, so daß für diese Gruppe der Beschäftigten regelmäßig Überstunden angefallen waren. Das wurde auf der März-Betriebsversammlung von einem dort Beschäftigten heftig angegriffen: Statt rechtzeitig eine zweite TBA anzuschaffen, werde

derungsgesetz (BeschFG) mit befristeten Verträgen über 18 Monate geheuert werden. Aufgrund des massiven Widerstandes von Belegschaft und Betriebsrat seit Inkrafttreten des Gesetzes (s. Politische Berichte Nr. 21/85), sah sich die Geschäftsführung gezwungen zu erklären, nur noch "in begründeten Einzelfällen" davon Gebrauch zu machen. In Sachen "versetzte Arbeitszeit" setzte sie jedoch den Betriebsrat weiter unter Druck: Personaldirektor Schmidt ging im November 1985 mit einer BM-Bekanntmachung in die Betriebsöffentlichkeit: "Um einen Millionenschaden zu vermeiden, hat die Unternehmensleitung ein Einigungsstellenverfahren eingeleitet, da dies die einzige Möglichkeit ist, die Erlaubnis für die Durchführung der versetzten Arbeitszeit zu erhalten." Nachdem der Be-

Personalratswahlen

Erfolg für die Kandidaten aus dem Pflegebereich

München. Vom 21.4.–23.4.86 fanden für alle Angestellten, Arbeiter und Beamten der Stadt München – insgesamt über 40000 Beschäftigte – die Personalratswahlen statt. In den städtischen Krankenhäusern wurde der örtliche Personalrat, der Betriebs- und Krankenhausreferatpersonalrat sowie der Gesamtpersonalrat der Stadt gewählt. Im Bereich der städtischen Krankenhäuser – hier sind von insgesamt 6732 Beschäftigten fast 74% Angestellte – ergaben sich besonders im Schwabinger Krankenhaus größere Veränderungen.

Fast der gesamte alte Personalrat stellte sich wieder auf und besetzte auf der Liste 1 der Angestellten – einer offenen Liste der ÖTV – die ersten 10 Plätze. Auf die Plätze 11–22 wurden die Kandidaten aufgestellt, die noch nicht Mitglied im Personalrat sind und fast ausschließlich aus dem Pflegebereich kommen. Soviel Interesse für die Personalrats Tätigkeit verbunden mit gewerkschaftlichen Interessen ergab eine neue Situation. Auf dieser offenen Angestellten-Liste der ÖTV kandidierten auch fünf

Ärzte.

Eine halbe Stunde vor Annahmeschluß für die Kandidatenlisten konnte der Marburger Bund (Ärzteverband) noch eine Liste 2 für den Bereich der Angestellten einreichen. Erst diese neue Entwicklung bewog den noch amtierenden Personalrat – acht Tage vor den Wahlen – mit einem Wahlauftrag für die Liste 1 zu werben. Die neuen Kandidaten gingen zum Teil über die Stationen und stellten sich selbst vor in den jeweiligen Bereichen.

Das Ergebnis der Personalratswahlen: eine hohe Wahlbeteiligung sowohl aus dem pflegerischen wie aus den ärztlichen Bereichen und eine völlig neue Zusammensetzung des Personalrats im Angestelltenbereich. Nur noch ein Mitglied des alten Personalrats (freigestellter erster Vorsitzende) schaffte den Sprung in den neuen Personalrat. Sieben Krankenschwestern und Pfleger sind neu gewählt worden. Von der Liste 2 wurden drei Ärzte und ein Pfleger gewählt und somit kein Arzt von der Angestellten-Liste der ÖTV.

Der Erwartungsdruck auf den neuen Personalrat dürfte groß sein: Auseinandersetzungen mit der Krankenhausleitung im Bereich der Stellensituation, der Dienstplangestaltung, der Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen, der Weiterbildung und der Münchener Krankenhausreform stehen an. – (ru)

Seehäfen

Fast alle 3,9% mehr Lohn Für 2 800 keine Lohnerhöhung

Hamburg. Am 10.4. haben die Vertreter des Zentralverbands der deutschen Seehafenbetriebe dem Schlichterspruch von 3,9% Lohnerhöhung und Erhöhung des Urlaubsgeldes um 100 DM zugestimmt. Erstmals waren die Haustarifverhandlungen mit der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG (HHLA) abgekoppelt worden. D.h. die Lohnerhöhung für die Seehäfen war abgeschlossen, und der Tarif für die HHLA war noch offen.

Auf der Betriebsversammlung des Gesamthafenbetriebes wurde der Abschluß für die Lohngruppe 6 (Vorarbeiter/Hafenfacharbeiter) ausgerechnet. Von den 110,72 DM brutto blieben in Steuerklasse I oder IV gerade 51,44 DM netto übrig. In Steuerklasse III waren es 67,94. Im Vergleich zu den vorhergehenden Lohnabschlüssen konnte mit dieser Lohnerhöhung der Kaufkraftverlust des letzten Jahres ausgeglichen werden. Mehr war ohne Streik für die Hafenarbeiter nicht herauszuholen. Aber die Lage der Hafenarbeiter hat durch diesen Abschluß keinesfalls den Stand von 1980 wieder erreicht. Nach

wie vor haben wir einen erheblichen Nachholbedarf.

Das dicke Ende jedoch kam erst durch den Lohnabschluß bei der HHLA. Der Aufsichtsrat hatte bereits vor den Verhandlungen eine "Nullrunde" gefordert. Wegen der schlechten finanziellen Lage könnte dieses Jahr keine Lohnerhöhung gezahlt werden. In den Verhandlungen wurde die Tatsache ausgespielt, daß die Lohngruppen der HHLA im Vergleich zu den entsprechenden Lohngruppen in den anderen Seehafenbetrieben höher sind und durch den Haustarif abgesichert. Nur bis zur Lohngruppe VI Vorarbeiter, Hafenfacharbeiter wurde der 3,9%-Abschluß/Jahr übernommen. Das Urlaubsgeld wurde für alle um 100 DM erhöht. Alle höheren Lohngruppen wie Kranfahrer, Containerbrücken-Fahrer und Handwerker erhalten dieses Jahr keine Lohnerhöhung, sondern nur 12 mal eine Zahlung von 50 DM. Der Stundenlohn von 1985 bleibt gleich und damit auch Lohnfortzahlung, Jahreszuwendung usw.

Durch diesen neuen Haustarif, der mehrheitlich von der ÖTV-Tarifkommission bei der HHLA angenommen wurde, erhalten nur etwa 800 der 3 600 Gewerblichen eine Lohnerhöhung.

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Kapitaleigner diesen Abschluß erpreßt. Unter der Androhung von Arbeitsplatzvernichtung kam die mehrheitliche Zustimmung der HHLA-Tarifkommission zustande. Gegen einen Streik wurde die schlechte wirtschaftliche Lage der HHLA angeführt. Aber gerade der Seeleutestreik hat doch bewiesen, daß auch bei ungünstiger wirtschaftlicher Lage Forderungen durch Streik durchgesetzt werden können.

Durch diesen Abschluß bei der HHLA ist tarifpolitisch eine Angleichung der HHLA-Lohngruppen an das allgemeine Hafenniveau beabsichtigt. Die Bestrebungen, das allgemeine Hafenniveau an die HHLA anzugleichen, haben dadurch einen schweren Rückschlag erlitten. – (obj)

Asylbewerber

Verweigerung der Gemeinschaftsverpflegung

Neumünster. Seit der Einführung der zwangsweisen "Gemeinschaftsverpflegung" im September 1983 haben sich Asylbewerber in Neumünster dagegen gewehrt. Da ihre Betreuung fest in DRK- und damit CDU-Hand lag, die Kontakte unter den Asylbewerbern verschiedener Nationalität schlecht waren, konnte individueller Widerstand immer wieder mit Erfolg gebrochen werden. Das Bild hat sich gewandelt: Der "Arbeitskreis Auslän-

derpolitik" hat sich am Ort festigen und den Kontakt zu den Asylbewerbern verbessern können.

Jetzt schlossen sich 57 Asylbewerber aus dem Iran, aus Polen, Pakistan und Indien zusammen. Nachdem sie auf zwei Offene Briefe an das DRK, Sozialamt und Sozialministerium keine Antwort erhalten hatten, verweigerten sie für eine Woche die Annahme der Gemeinschaftsverpflegung. Ihre Forderung nach Auszahlung der ungekürzten Sozialhilfe in bar unterstrichen sie durch Aktionen. An drei Tagen zogen sie gemeinsam mit dem Arbeitskreis ins Rathaus zur So-



zialdezernentin (SPD), zum DRK-Vorsitzenden (CDU) und zum SPD-Büro (die SPD hat seit der Kommunalwahl die Ratsmehrheit) und postierten dort die auf zwei Schubkarren geladene Verpflegung. Presse und Fernsehen berichteten ausführlich.

Bei den Vertretern der SPD stießen die Forderungen der Asylbewerber auf "volles Verständnis", allerdings verbunden mit dem penetranten Hinweis auf das Bundessozialhilfegesetz (§ 120) sowie den Erlaß der CDU-Landesregierung, der den Kommunen bei Nichterfüllung drohe, die Kosten für die Asylbewerber nicht zu erstatten. Die Landesregierung ließ ihren zuständigen Beamten erklären, sie wolle an Sachleistungen festhalten, um Asylmißbrauch einzudämmen.

Unter einem Transparent und den Blicken der Asylbewerber behandelte die erste Ratsversammlung am 22.04. einen Antrag der Grünen, der die Forderungen der Asylbewerber uneingeschränkt unterstützte. Die SPD, unterstützt von der CDU, verwies den Antrag in den Ausschuß. Da soll bis zur nächsten Ratsversammlung Ende Mai "gerechnet" werden. – Die Asylbewerber sehen im Hungerstreik ihr letztes Druckmittel. Inzwischen werden die Asylbewerber auch durch die DGB-Kreisjugendkonferenz und durch mehrere Initiativen in Schleswig-Holstein unterstützt. – (far)

Ausländische Seeleute

Kriminalpolizei und Ausländerbehörde betreiben Massenausweisungen

Hamburg. Gegen 120 türkische Seeleute ermittelt die Fachdirektion 624 der Kriminalpolizei Hamburg, verantwortlich für Wirtschaftskriminalität, in Zusammenhang mit Verstößen gegen das Ausländergesetz. Einige von ihnen wurden auf dem angeheuertem Schiff von der Wasserschutzpolizei festgenommen und sofort der Kriminalpolizei übergeben. Nach schimanskyhaften Verhören, für deren Auswirkungen ärztliche Atteste vorliegen, wurden bisher sieben Seeleute in die Türkei abgeschoben. Gegen 15 von bisher 30 Verhörten hat die Ausländerbehörde Ausweisungsverfahren eingeleitet. "Unter dem Vorwand, gegen über 200 ausländische Seeleute wegen des Verdachts der illegalen Er-

läßt es z.B. wegen niedrigerer Löhne oder schlechterer Arbeitsschutzbestimmungen unter fremder Flagge fahren, ist der ausländische Seemann gezwungen, ausschließlich in der Seeschifffahrt eine neue Arbeit auf einem westdeutschen Schiff zu suchen.

Den Schnitt machen die Reedereien. Mit 206 Reedereien ist Hamburg das Zentrum der westdeutschen Seeschifffahrt. Hier sind 47% aller westdeutschen See-Handelsschiffe mit 72% der gesamten Bruttoregister-Tonnage registriert. In der Regel stellen die Reederkapitalisten türkische Seeleute als Decksmann ein. Decksmann wird in der Schifffahrt der Lehrling genannt. Nach fünf Decksmannjahren wird man zum Seemann. Ent-

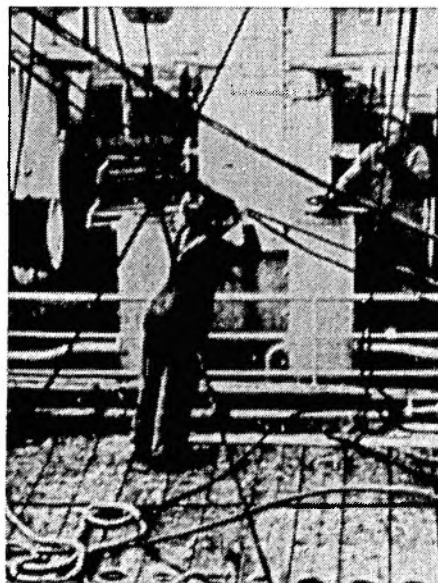
die Hungerlöhne zu immensen Überstunden gezwungen sind, um überhaupt überleben zu können. Die Verfolgung durch die Hamburger Kriminalpolizei paßt da nur zu gut. Sie soll die Unsicherheit unter den ausländischen Seeleuten noch mehr verstärken, damit sie jede Arbeit zu jeder Bedingung annehmen.

Die Einziehung der Seefahrtsbücher hat für die 200 Seeleute vernichtende Wirkungen. Sie sind nicht nur "Paßersatz", sondern auch Nachweis für gezahlte Sozialversicherungsbeiträge. Die Seeleute können jetzt weder einen Anspruch auf Arbeitslosengeld noch auf Sozialhilfe geltend machen. Auf jeder Dienststelle wird nach ihrem Seefahrtsbuch verlangt. Selbst ärztliche Versorgung wird ihnen verweigert. Ein türkischer Seemann, auf dessen Schiff ein Fall von Lungentuberkulose aufgetreten war, verlangte von der See-Berufsgenossenschaft eine Vorsorge-Untersuchung. Die wurde ihm mit dem Hinweis auf das nichtvorhandene Seefahrtsbuch abgeschlagen.

Die Anklage der Kriminalpolizei ist fadenscheinig. Es ist bekannt, daß in der Ausländerbehörde und im Seemannsamt häufig nichts läuft, bevor nicht einige Scheinchen über den Tisch gewandert sind. Der Kripo geht es auch nicht um die Aufklärung von Bestechungsfällen. Sonst hätte sie nicht sofort die wichtigsten Zeugen, nämlich die ausgenommenen Seeleute, abgeschoben. Sie soll durch Anwendung der Sondergesetze diese Waffe der Kapitalisten scharf halten. Die Hamburger Behörden setzen sich seit längerer Zeit für die Übernahme ihrer brutalen Praxis durch die anderen Länderregierungen ein.

Das Komitee Ausländische Seeleute drang im März mit über 1500 Unterschriften mutig zu Bürgermeister v. Dohnanyi durch. Sie forderten die Freigabe der beschlagnahmten Seefahrtsbücher, Aufenthaltsrecht für alle ausländischen Seeleute, materielle Unterstützung der Seeleute und ihrer Familien und die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission. Der Herr Bürgermeister konnte "nicht mit ihnen reden, da es auf meinem Terminkalender nicht eingeplant war" (Dohnanyi). Vielleicht mußte er auch gerade zu einem Empfang des Reederverbandes? Die Grün-Alternative Liste hat in einer Kleinen Anfrage an den Senat die Forderungen der Seeleute übernommen. Die ÖTV allerdings hat bis heute ihren Mitgliedern noch nicht mal Rechtsschutz gewährt.

Quellenhinweis: Seeleute im Abseits, Hrsg. Komitee Ausländische Seeleute; NDR-Rundfunksendungen; Stat. Taschenbuch Hamburg 1985; Jammer & Wind, eine Alternative Geschichte der deutschen Seeschifffahrt, VAR-Verlag Hamburg. — (mij)



Ob Arbeiten an Deck oder beim Festmachen im Hafen – mit Hans-Albers-Romantik hat Seemannsarbeit überhaupt nichts zu tun.

langung des Aufenthaltes zu ermitteln, beschlagnahmte sie kurzerhand die Seefahrtsbücher und vernichtete damit die Arbeitsplätze dieser Seeleute", schreibt das Komitee Ausländische Seeleute.

Das Seefahrtsbuch ist für den ausländischen Seemann sowohl Arbeitswie Aufenthaltserlaubnis. Es wird vom Seemannsamt des jeweiligen Bundeslandes ausgestellt, in dem der Seemann den Heuerschein einer westdeutschen Reederei für ein westdeutsches Schiff nachweist. Die Arbeits-erlaubnis beschränkt sich auf Arbeiten in der Seefahrt. Die Hamburger Ausländerbehörde: "Ausländische Seeleute können Seeleute bleiben, solange wie sie wollen, aber wenn sie nicht mehr Seeleute bleiben wollen, nicht mehr bleiben können, dann wird ihnen der Wechsel an Land verwehrt." Flaggt eine Reederei ein Schiff aus,

sprechend sind die Heuertarife: Zwischen 1000 DM im ersten und 1200 DM im fünften Jahr. Da eine Berufsausbildung in der Türkei generell von den westdeutschen Kapitalisten nicht anerkannt wird, erhalten die Reederkapitalisten so vollausgebildete, erfahrene Seeleute zu Lehrlingslöhnen. Und nicht nur das. Ein ehemaliger türkischer Seemann berichtete, daß auf Schiffen mit veralteter Technik, auf denen z.B. die tonnenschweren Decks-luken nur per Hand verschoben werden können, bis auf das Führungspersonal rein türkische Besatzungen fahren. In anderen Fällen konnte nur durch Einschalten der ÖTV der tariflich zustehende Urlaub erstritten werden.

So sorgen die Ausländergesetze für Seeleute dafür, daß den Reedereien für schwerste Knochen- und Drecksarbeit erfahrene Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, die auch noch durch

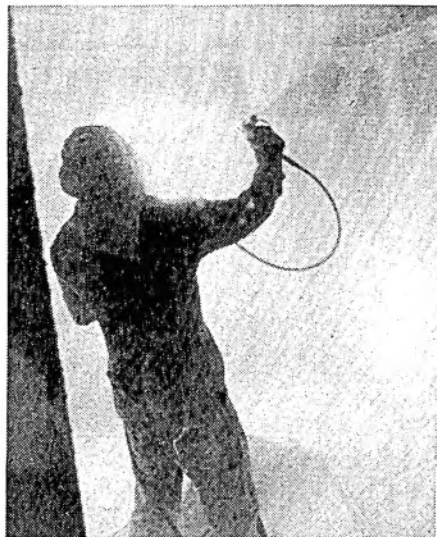
Arbeitsschutz

DGB-Veranstaltung zur Arbeitsmedizinertagung

Hamburg. Anlässlich der Arbeitsmedizinertagung vom 7.-10.4. in Hamburg führte die Kooperationsstelle des DGB zum gleichen Zeitpunkt eine Veranstaltungsreihe durch als Kritik an der in der BRD herrschenden Arbeitsschutzpraxis. Die Themen waren: 1. Arbeitsschutz auf Deponien; 2. Lösemittel; 3. Strahlenschutz; 4. Leiharbeit.

Zum Thema Lösemittel z.B. waren Vertreterinnen der Gewerbeaufsicht aus Dänemark eingeladen. Ihr Bericht zeigte, daß die dänischen Schutzbestimmungen weit besser sind als die in der BRD. Dort wird grundsätzlich anerkannt, daß Schäden durch chronisches Einwirken von Lösemitteln an Nerven und Gehirn entstehen, in der BRD wird dies nicht. Seit 1976 wurden dort 1400 Berufskrankheiten als Folge von Langzeiteinwirkung von Lösemitteln anerkannt, in der BRD waren es wegen akuter Vergiftung 1984 erstmals 17 anerkannte Fälle. Hochgerechnet auf die Verhältnisse in Dänemark müßte sich in der BRD eine jährliche Anerkennung von 1500-2500 Fällen von Berufskrankheiten ergeben. Die dänische Gewerbeaufsicht hat weitgehende Rechte. Aufgrund von Beschwerden von Arbeitern z.B. prüft sie, ob der entsprechende Betrieb alles technisch Machbare getan hat, um die Schadstoffbelastung so gering wie möglich zu halten. Die Einhaltung der MAK-Werte, die im übrigen dort weit niedriger als in der BRD liegen, reicht für den Kapitalisten als sog. "Beweis" für die Unschädlichkeit von Schadstoffen nicht aus.

Einer der führenden "Vollstrecker" der herrschenden arbeitsmedizinischen Praxis in der BRD ist Prof. Lehnert. In der Auseinandersetzung um die Schließung der Boehringer Werke wurde aufgedeckt, daß er durch Gutachtentätigkeiten die Bedeutung der Schadstoffbelastung des Betriebes heruntergespielt hatte. Laut Gerichtsurteil darf er als "Experte für Unbedenklichkeit" bezeichnet werden. Aber Prof. Lehnert ist nicht irgendwer. Er verfilzt in seiner Person wichtige Funktionen: Er ist Leiter des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin in Hamburg und Professor an der Uni Hamburg. Er sitzt in mehreren nationalen und internationalen Expertengremien, er legt z.B. die MAK-Werte mit fest, er berät den Gesundheitsminister in Hamburg und den Arbeitsminister in Bonn, er fertigt Gutachten für die Genossenschaften über die Anerkennung von berufsbedingten Erkrankungen an und, nicht zuletzt, ist er der Präsident der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin. Die GAL hat eine Dokumentation über die



wissenschaftliche Tätigkeit des Prof. Lehnert veröffentlicht, die u.a. zeigt, daß er vor Untersuchungen von Arbeitern Fragestellung und Zielsetzung mit den Betriebsleitungen abgesprochen hat. Die GAL fordert die Gesellschaft für Arbeitsmedizin auf, diesen Mann nicht mehr zum Präsidenten zu wählen. In die Hamburger Bürgerschaft brachte die GAL den Antrag ein, gegen ihn ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung als Direktor des Zentralinstituts für Arbeitsmedizin einzuleiten.

Quellenhinweis: "Nervenschäden durch Lösemittel" in "Muß Arbeit krank machen?", VSA-Verlag 1986; GAL: "Arbeitsmedizin in Sachen Professor Lehnert", 7.4.1986 - (wiw)

Kommunalwahlen

DKP sagt Bündnis ab: Anlehnung an SPD?

Lüneburg. Im März hat die DKP in Lüneburg bekanntgegeben, als Partei zu den niedersächsischen Kommunalwahlen am 05.10.86 zu kandidieren. Damit sind die Bemühungen gescheitert, ein Kommunalwahlbündnis gegen die Reaktion zu bilden. (siehe PB 5/86 S.24) Begründung: Das Bündnis sei zu eng, da nur Kandidaten von Seiten der DKP und des BWK zur Verfügung ständen. Notwendig sei es, jetzt an den Aufbau eines "wirklich breiten" Bündnisses zu den Kommunalwahlen 1991 zu gehen.

Das Bündnis war nicht "eng". Von den sozialen Interessen her, die in den bisherigen Ausarbeitungen vertreten werden, war es sogar sehr breit, insofern die Interessen der Lohnabhängigen, insbesondere der gedrücktesten Teile der Arbeiterklasse gegen unsteuerte Arbeitsverhältnisse, "Arbeitstraining" für Sozialhilfeempfänger und Einschränkungen der kommunalen Leistungen vertreten wurden, um nur einiges zu nennen. Schwierigkeiten bei der Aufstellung von Kandidaten

haben die Grünen in Lüneburg auch, und es erfordert ja auch einigen Mut, bei der gegenwärtigen Zersplitterung der Linken für ein Bündnis zu kandidieren.

Durch den Beschluß der DKP wurde eine gute Möglichkeit vertan, im Zusammenschluß der Kräfte gegen die Reaktion einen erheblichen Schritt voranzukommen und praktisch zu beweisen, daß Einigung möglich ist. Im Gegenteil: Der Beschluß der DKP bewirkt weitere Zersplitterung und schwächt die Vertretung von Arbeiterinteressen.

Der Verweis auf 1991 scheint so mehr als Vorwand, um nicht ein "breiteres", sondern ein anderes Bündnis herzustellen. Konkret: Nicht nur die - keineswegs auf den BWK beschränkten - Beteiligten, sondern auch die Plattform des Bündnisses waren für die DKP offensichtlich ungeeignet, um ein Bündnis mit der "neuen" SPD, wie sie sich selbst in Lüneburg nennt, hinzubekommen. Bei dem Werben um die SPD bleiben die Arbeiterinteressen auf der Strecke. So z.B. beim Aufruf zum Ostermarsch, den auch die SPD unterschrieben hat. Statt - wie vereinbart - gegen die Unterhöhlung arbeitsrechtlicher Grundlagen aufzutreten, fordert der Aufruf ein kommunales Beschäftigungsprogramm, ohne die Arbeitsbedingungen überhaupt zu erwähnen. Ebenso wird im Ostermarschaufruf mit keinem Wort angegriffen, daß die Reaktion zunehmend gerade in der großen Garnisonsstadt Lüneburg wieder Militärparaden durchführt. Dies erlaubte es der SPD, den Aufruf zu unterschreiben und kurz darauf beim Kommandeurswechsel der Panzerbrigade erneut ein Bekenntnis zur Bundeswehr abzulegen.

Das Kommunalwahlbündnis wurde abgesagt. Vereinbart wurden zwei gemeinsame Veranstaltungen, möglichst mit den Grünen, und eine Erklärung sowie vierteljährliche Seminare des Arbeitskreises Demokratische Kommunalpolitik. - (thr)



Sozialamt: Viele werden zum "Arbeitstraining" verpflichtet.

Siemens AG

Expansionspolitik mit "Zukunftstechnologie unangefochten" – Friedensinitiative kritisiert Beteiligung an SDI

München. Die Siemens AG gehört nach Umsatz und Mitarbeiterzahl zu den sechs größten Konzernen der Weltelektroindustrie. Rund die Hälfte des Geschäfts wird mit ausländischen Kunden getätigt, und von den insgesamt 348000 Mitarbeitern entfallen auf Fabriken in Europa (ohne BRD) 15%, Asien und Australien 4%, Lateinamerika 5%, Nordamerika 5% und Afrika 2%. Auf die BRD und Westberlin entfallen 69%. Im neuen Geschäftsbericht wird angekündigt, daß die Siemens AG für Innovationen fast fünf Milliarden DM aufwendet und ein Wachstum von 7% erwartet. Im Vergleich der letzten beiden Geschäftsjahre ergab sich eine Steigerung der Investitionen um 72% und der Dividende um 30% und der Ausgaben für Forschung und Entwicklung um 26%. Schon heute ist die Siemens AG mit 108000 Mitarbeitern in 127 Ländern tätig, hat 99 eigene Fabriken in 24 Ländern und außerdem 55 Fabriken in 30 Ländern, an denen Siemens bis zu 50% beteiligt ist. Ein kleiner Eindruck des Imperiums dieses Elektrokonzerns.

Fortschritt für die Menschheit?

Die Siemens AG umgibt sich mit diesen Erfolgszahlen und beschreibt eine Firmenpolitik, die nur am Fortschritt der Menschheit ausgerichtet sei. Den Kunden soll mit einer überlegenen Technik besondere Vorteile geboten werden. Die Siemens AG ist fast ausschließlich auf dem Gebiet der elektronischen und elektrotechnischen Investitionsgüter tätig, die Kunden sind deshalb zum größten Teil andere Kapitalisten, Kapitalistengruppen oder Länder, die durch ihren Staat Großtechnologie wie z.B. Kraftwerke einkaufen lassen. Die Beherrschung anderer Länder – direkt oder indirekt und ein dichtes Netz von Einflußsphären – ist elementar, wenn die Siemens AG ihre auf den Weltmarkt ausgerichteten Kapazitäten voll zur Geltung kommen lassen will. Die Unabhängigkeit von Ländern und Staaten – ökonomisch wie auch politisch – ist ein Greuel für die angestrebte Unternehmenspolitik.

Die Siemens AG hat mit langer Tradition ein solch großes Netz von Einflußsphären geschaffen, die von ausländischen Fabriken, Beteiligungen an ausländischen Kapitalgesellschaften bis zu Vertriebs- und Servicestationen reichen und Bestandteil der jeweils errichteten Infrastruktur sind. Die Siemens AG greift so in allen Weltgegenden in die politischen Entschlü-

se von Regierungen ein, wie dies bezüglich des Forschungsprogramms oder des Energieprogramms in der BRD auch üblich ist. So kann der Eindruck entstehen, daß ohne Siemens-Technologie alles nur viel schlechter ginge, und so eine Unterwerfung unter imperialistische Expansions- und Beherrschungsbestrebungen stattfindet. Die Siemens AG kann die größten Umsätze gerade in den Bereichen des Produktspektrums vorweisen, die für Fortschritt und Zukunft stehen.

Die westdeutschen Imperialisten sind an solchen Nachrichtenverbindungsnetzen weltweit interessiert, um ebenfalls ihre Geschäftstätigkeit auf dem Weltmarkt besser ausrichten zu können. Überall wo die Siemens AG mit ihren Vermittlungssystemen Fuß faßt, ist die Eingliederung des betreffenden Landes in den imperialistischen Weltmarkt ein Stück besser gelungen.

Die Kritik an dieser imperialistischen Konzernpolitik ist eher schwach



"Wirksame Verteidigung hängt entscheidend von der ständigen und lückenlosen Kenntnis der militärischen Lage ab. Unser für die Bundeswehr konzipiertes System Heros gewährleistet den schnellen Informationsfluß innerhalb der Truppe und zu den Nato-Partnern. In der Befehlszentrale werden alle Informationen erfaßt, verarbeitet und ausgewertet." (Siemens-Geschäftsbericht 1984)

Die größten Umsatz-Renner

Die größten Umsatz-Anteile konnten im Kraftwerksgeschäft (23%), in der Energie- und Automatisierungstechnik (22%), in der Nachrichten- und Sicherungstechnik (16%) und in der Kommunikationstechnik (15%) erzielt werden. Im Bereich der Nachrichten- und Sicherungstechnik macht nicht die Landesverteidigung den größten Anteil aus, sondern die nachrichtentechnischen Übertragungs- und Vermittlungssysteme. Hier hat die Siemens AG den dritten Platz auf dem Weltmarkt erkämpft. So konnten z.B. für das digitale Vermittlungssystem EWSD aus Brasilien, Paraguay und Taiwan größere Aufträge hereingeholt werden und für das Text-Datenvermittlungssystem EDX aus Singapur, Südafrika und den USA. Insgesamt haben sich schon 21 Länder für das EWSD-System von Siemens entschieden und Postangehörige aus der ganzen Welt werden im Münchner Ser-

entwickelt. Eine Auseinandersetzung mit den Interessen der Siemens-Aktionäre, die nicht wenig Personal für diese weltweiten Geschäfte in der Art moderner, ziviler Fremdenlegionäre um den Erdball hetzen, wäre angebracht. Siemens kann zwar seine Kunden zufriedenstellen, wenn jetzt mit mehrfacher Geschwindigkeit wie früher die Ausbeutungsrate der schwarzen Minenarbeiter in Südafrika an die Börsen der Finanzmetropolen per Satellit und digital übermittelt werden kann – wobliegt aber der Fortschritt? Das Argument, daß die imperialistischen Konzerne nicht nur hier, sondern weltweit Arbeitsplätze schaffen sollen und dies ein Glück für die Arbeiter wäre, wird nicht nur von der Reaktion vertreten – auch die Gewerkschaftspolitik ist davon geprägt. Schon entwickelter ist die Kritik an militärischen Abenteuern, die mit großer Wahrscheinlichkeit auch von der Siemens AG beabsichtigt sind – Für oder Gegen SDI? Was sind die Argumente?

Siemens-Mitarbeiter gegen Mitarbeit an SDI

Schon über 1000 Mitarbeiter der Siemens AG in München haben in den letzten Monaten in einer Unterschriftensammlung der "Friedensinitiative Beschäftigter der Siemens-Betriebe" erklärt, daß sie den "Offenen Brief der 350 Münchner Naturwissenschaftler gegen SDI" unterstützen und die Mitarbeit an diesem Projekt ebenfalls ablehnen. Als Zielsetzung der Unterschriftensammlung nennt die Friedensinitiative:

"Unterstützen Sie den Offenen Brief und lehnen Sie die Mitarbeit am SDI-Projekt ebenfalls ab,
– damit die Bundesregierung den begonnenen internationalen Dialog konstruktiv fördert und eine bundesdeutsche Beteiligung an SDI eindeutig ablehnt,
– damit sich die Siemens AG im Interesse einer zivilen Ausrichtung des Konzerns nicht am SDI-Projekt beteiligt."

Diese letzte Zielsetzung – zivile Ausrichtung des Konzerns – findet in die-

sem Offenen Brief der 350 Münchner Naturwissenschaftler ihre Begründung u.a. mit der folgenden Passage:

"– Wir finden es unverantwortlich, ein solch riesiges Potential an wissenschaftlicher Kraft und finanziellen Mitteln den soviel notwendigeren Arbeiten, wie zum Beispiel der Beseitigung von Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit, vor allem aber des Hungers in der Dritten Welt, zu entziehen."

Generalunternehmer Siemens
Auftraggeber: Bundeswehr

Im Geschäftsbericht 85 der Siemens AG findet sich zur militärischen Ausrichtung des Konzerns nur im Bereich der Nachrichten- und Sicherheitstechnik ein kleiner Hinweis: "Für die Anpassung des künftigen Flugabwehr-Systems Patriot an die Forderungen der deutschen Luftwaffe wurden wir als Generalunternehmer ausgewählt. Das von uns entwickelte Heeresführungs-Informationssystem bestand seine Bewährungsprobe bei der letzten Nato-Stabsübung Wintex. Derzeit errichten wir mit einem Aufwand von etwa 200

Mio. DM im Norden Münchens einen neuen Standort, in dem wir alle Aktivitäten des Bereichs Funk- und Radarsysteme zusammenführen werden; sie waren bisher auf mehrere Standorte verteilt."

Diese eher schlicht aufgemachte Information der Konzernstätigkeit wurde bei den antimilitaristischen Aktionen – Ostermarsch 86 – nicht von den einschlägigen Organisationen berücksichtigt, vermerkt oder angegriffen. Die Beteiligung der BRD an SDI oder nicht, scheint solche tatsächlichen Vorbereitungen zu weiteren gigantischen Rüstungsprojekten in den Hintergrund gedrängt zu haben – eine Beurteilung dieser Zentralisation des Bereichs Funk- und Radarsysteme im Hause Siemens, die Errichtung eines neuen Standorts und die damit verbundene Funktion als Generalunternehmer lassen eine üppige militärische Ausrichtung des Konzerns vermuten. Quellen: Siemens-Geschäftsberichte, Siemens-Zeitschrift 1/86, DFVLR-Nachrichten 3/86, Materialien des "Dritte Welt"-Kongresses der Hanns-Seidel-Stiftung – (acr, dar, dil)

Hanns-Seidel-Stiftung diskutiert Entwicklungshilfe

Die Hanns-Seidel-Stiftung – CSU-zugehörige Akademie für Politik und Zeitgeschehen – veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wissenschaftliche Zusammenarbeit im Juni 1985 in der Freiheitshalle in Hof einen "Dritte-Welt-Kongreß". Ein Ergebnis dieser Tagung war die Formulierung eines Positionspapier "Entwicklungshilfe – Vorurteile und Tatsachen".

Mit dieser programmatischen Diskussion wird der Versuch von den Unionsparteien unternommen, der imperialistischen Expansion, dem ungezügelten Treiben westdeutscher Konzerne auf dem Weltmarkt den inneren Anhang zu sichern und zu vergrößern. Die materiellen Möglichkeiten der hochentwickelten, industrialisierten Länder zur Linderung der "Unterentwicklung" werden hierzu positiv aufgegriffen.

Hierzu soll ein neuer "Partnerbegriff" gefunden werden und zwar in deutlicher Abgrenzung zur überholten "Kolonialismus- und Dependenzdebatte der 60er und 70er Jahre":

Ein neues Bild vom Partner

"Die Zeit ist reif für eine neue Diskussion dessen, was wir in unserer Zusammenarbeit mit der 'Dritten Welt' für uns und unsere Partner erreichen wollen. Unsere Bürger sind durch die Ökologiebewegung und durch die Friedenthematik in hohem Maße für Globalzusammenhänge sensibilisiert und bereit, in systematischen Abhängigkeiten und In-

terdependenzen zu denken oder die Existenz derartiger Problemkonfigurationen anzuerkennen.

Kernpunkt des neuen Partnerbegriffes muß die gemeinsame Bemühung um die Sicherung der globalen Überlebensgrundlagen sein. Der Begriff der Unterentwicklung muß dabei als ein ausschlaggebender Faktor eines internationalen Szenariums gesehen werden...

Partnerschaft in der
Interdependenz

Bestimmende Theorie der neuen Partnerschaft muß die Einsicht in die wechselseitige Abhängigkeit von 'Nord' und 'Süd' sein. Dabei tritt bereits klar die mangelnde Aussagekraft althergebrachter Begriffe wie 'Dritte Welt', 'Vierte Welt', 'Nord-Süd-Konflikt' usw. hervor. Wir haben es hier



Arbeitsplätze für mexikanische Frauen – Elektromotorenproduktion

mit einem komplexen Bild von Wechselbeziehungen zu tun, in dem jedes Land seinem spezifischen Entwicklungsstand nach eine ganz bestimmte Rolle spielt bzw. zu spielen hat ...

Gleichzeitig liefert er (der Interdependenzbegriff) die plausibelsten Argumente gegen die Auffassung der politischen Rechten, die die Entwicklungspolitik insgesamt für sinnlos hält und die hierfür vorgesehenen Gelder lieber 'dem deutschen Volke zugute kommen lassen' möchte...

Partnerschaftliche
Marktwirtschaft

Wir müssen in unserer Zusammenarbeit mit der 'Dritten Welt' das marktwirtschaftliche Element als wesentlichen Bestandteil in unsere Entwicklungsstrategien einbringen und letztlich auf eine internationale marktwirtschaftliche Ordnung hinarbeiten; dies wird langfristig nur möglich sein, wenn die marktwirtschaftlichen Grundsätze durch soziale Grundsätze glaubwürdig ergänzt werden... Es wird erforderlich sein, einzelne Branchen weitgehend leistungsfähigen Anbietern aus den Entwicklungsländern zu überlassen... Auf der anderen Seite müssen wir dafür sorgen, daß unsere eigene Wirtschaft nicht den Anschluß an die rasante wirtschaftliche Entwicklung vor allem gegenüber den Wachstumszonen Südasiens verliert. Partnerschaftliche Marktwirtschaft bedeutet eben auch, daß wir am Aufschwung dieser vielversprechenden Regionen partizipieren. Dies hat nichts mit Ausbeutung zu tun..."

Essen: Gegen private Putzfirma

Essen. Ende 1985 haben die IG Bau Steine Erden und die ÖTV die Kündigung der Verträge der Stadt Essen mit privaten Putzfirma und Einstellung eigener Reinigungskräfte verlangt. Jetzt hat die IGBSE enthüllt, daß die in Schulen eingesetzte Firma Vereinigte Gebäudereinigung die Wahl eines Betriebsrates behindert. Viele Frauen werden nicht sozialversichert beschäftigt und erhalten 6,48 DM/Stunde, Tarif ist 9,09 DM. Die Ratsfraktion der SPD forderte inzwischen die Überprüfung der Verträge, was der Oberstadtdirektor zusicherte. — (wof)

Streiks bei Fernmeldeämtern der Post

Hannover. Zu Streiks der Arbeiter und Angestellten in den Linien- und Zeichenstellen der Fernmeldeämter rief die Deutsche Postgewerkschaft auf. Damit soll das Postministerium zur Aufnahme von Tarifverhandlungen über die Arbeitsbedingungen und Tätigkeitsmerkmale gezwungen werden. Die DPG begründet ihre Forderungen nach "Zeitzuschlägen zum Schutz der Beschäftigten vor Überforderung und gesundheitlichen Beeinträchtigungen

Mannheim ÖTV und Personalrat des Klinikums organisierten eine Protestversammlung gegen die beabsichtigte Kürzung von 315 Planstellen (ca 10%). Eine von den Krankenkassen bestellte Rationalisierungsfirma hatte die Kürzung "errechnet". Die ÖTV möchte zu den bevorstehenden Pflegesatzverhandlungen, bei denen die Kassen den Satz um 50 DM senken wollen, 3500 Unterschriften gegen die Pläne vorlegen. Im Klinikum hängen überall Protestplakate der Gewerkschaft aus. — (tht)

sowie zur Vereinbarung neuer Tätigkeitsmerkmale" mit Maßnahmen der Post, die zu einer drastischen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und der tariflichen Eingruppierung führen. An den Streiks beteiligten sich: am 9.4. alle Linien- und Zeichenstellen in den Ämtern des OPD-Bezirks München, am 10. in Düsseldorf, Karlsruhe, Mannheim, Kiel, am 11. in Gießen, Fulda, Frankfurt, am 14. in Göttingen, Braunschweig, Uelzen und Hannover. Eine vom Ministerium beantragte einstweilige Verfügung gegen die als rechtswidrig behaupteten Streiks wurde vom Arbeitsgericht in Frankfurt am 14.4. abgelehnt. — (kar)



Seit dem 16. April streiken in Belgien 16000 Bergarbeiter in den Kohlerevieren um Limburg. Tags zuvor hatte die Regierung die Schließung von drei Minen angekündigt. Daraufhin traten die Arbeiter dieser Minen — Winterslag, Beringen und Waterschei — in den Streik. Zwei Tage später formulierte das zentrale Streikkomitee der Bergarbeiter ihre Forderungen: Keine Schließung der Minen, keine Entlassungen, Baustopp für das (achte) belgische Kernkraftwerk, Bau eines weiteren Kraftwerks auf Kohlebasis, Arbeit für die 75000 Arbeitslosen im Limburger Revier. Die Solidarität mit den streikenden Bergarbeitern ist groß. Wenige Tage vor Beginn des Streiks hatten bereits 20000 Lohnabhängige gegen die geplanten Schließungen demonstriert (Bild). — (rül)



Streik bei WERZALIT beendet

Westberlin. Die Indus- triegewerkschaft Holz und Kunststoff und die Betriebs- führung von Werzalit haben nach zweiwöchigem Streik einen Haustarifvertrag unterschrieben, der eine Lohn- erhöhung rückwirkend ab 1. Februar um 0,43 DM, ab 1. August um zusätzlich 0,02 DM und ab 1. Februar um 0,27 DM vorsieht. Zum Aus- gleich der Einführung der 38,5 Std. Woche ab 1.7.87 wird der Lohn um 3,9% er- höht. Gefordert hatte die Gewerkschaft eine Lohner- höhung entsprechend dem Tarifvertrag für die West- berliner Holzindustrie ab 1.1.86 um 0,45 DM und ab 1.1.87 um 0,29 DM. — (kla)

Lohn- u. Manteltarif Papierverarbeitung

Stuttgart. Begleitet von Warnstreiks und Aktionen von 3881 Beschäftigten in 37 Betrieben am 22.4. und von 4507 Beschäftigten in 32 Betrieben am 23.4. im Bundesgebiet wurden die zentralen Schlichtungsver- handlungen mit der Verein- barung über einen neuen Manteltarif und Lohn- tarif für die Papier- und Pappe- industrie beendet: Ab 1.11.86 gilt die 38,5 Std.- Woche, wobei bei einer Freistellung in Stunden oder Tagen auf Quartal-, Halb- jahres- oder Jahresebene vorrangig die betrieb- liche Auftrags- und Be- schäftigungssituation be- rücksichtigt werden muß, bei einer regelmäßigen Wochenarbeitszeitverkür- zung dagegen nicht, was den flexibilisierungsfördernden Festlegungen des MTV

Druck entspricht. Für den Leistungslohn konnten einige Mindestbedingungen festgeschrieben werden. Als Lohnforderung hatte die IG Druck 7% gefordert, abge- schlossen wurden 3,5% ab 1.2.86 und 3,0% ab 1.2.87. — (ulr)

Seeleute erstreiken mehr Urlaub

Hamburg. Die ÖTV hatte den Schlichterspruch abge- lehnt, weil damit im we- sentlichen Reederforderun- gen erfüllt worden wären. Sie rief die Seeleute zum unbefristeten Streik, da Ur- abstimmung nicht möglich ist. Am 14.4., Montag, la- gen 27 Schiffe fest, bis 16.4., Donnerstag, erhöhte sich die Zahl auf 35. Die Entschlossenheit der See- leute zeigte Wirkung. Die Reeder wurden an den Ver- handlungstisch gezwungen. Am 17.4. stand das Ergebnis fest: Der Reeder-Forde- rungskatalog ist vom Tisch; die Seeleute erhalten 15 Ta- ge mehr Urlaub, ab 1988 nochmals 2 Tage. Der Streik war beendet. — (pet)

6-Tage-Woche und Arbeit auf Abruf

Hannover. Der Arbeitge- berverband Großhandel in Niedersachsen hat sein An- gebot vorgelegt: 6-Tage- Woche (bisher sind tarifver- traglich 40 Std. an fünf Werktagen festgeschrie- ben), Arbeitszeit flexibel, z.B. im Winter 20 Std., im Sommer 60 Std., keine Überstundenzuschläge mehr. Außerdem wurde kein Angebot für Lohn und Ge- halt gemacht, auch nicht für die Anhebung der unteren Lohngruppen und der Aus- bildungsvergütungen.

Daimler-Benz-Teststrecke

Über Verfassungsbeschwerde soll im Sommer entschieden werden

Boxberg. 38 ha oder 90000 Bäume wurden auf dem geplanten Teststreckengelände seit Mitte Januar gerodet. Mit ca. 1000 Polizisten wurde das durchgesetzt, und 93 Strafverfahren gegen Teststreckengegner sind inzwischen angelaufen. Ca. 500 haben beim regionalen Ostermarsch dagegen und gegen die militärische Nutzbarmachung der Teststrecke demonstriert. Am 9. April hat der VGH Mannheim die weiteren Bauarbeiten untersagt, da das Bundesverfassungsgericht bereits für den 18. Juni die Beratung der Verfassungsbeschwerde des BUNDSCHUH angekündigt habe. Mit der Entscheidung ist ab Mitte Juli zu rechnen. Neuerdings setzen sich gegen die Beschlüsse des VGH z.B. wegen "Überrepräsentanz der Gerichtsbarkeit" CDU-Stadtrat Denzer und CDU-MdL Reuter in Szene. BUNDSCHUH-Geschäftsführer und Kreisrat Oellers hatte ihnen versuchten Verfassungsbruch vorgeworfen. Währenddessen gehen die Bauvorbereitungen auf Flächen der Daimler-Benz AG weiter, und die Arbeitsvergaben an Baufirmen wurden für den Sommer vorbereitet. — (mah)



Ca. 700 demonstrierten am 12. Januar 1986.

VGH: Bundesverfassungsgericht soll selbst urteilen

"... ist die sofortige Vollziehung der vorläufigen Anordnung des Flurbereinigungsamtes Buchen vom 10.12.1985 zum Nachteil der Antragsteller nicht gerechtfertigt. (1) Die Vollziehung führt nämlich zu Maßnahmen, die — wenn überhaupt — nur unvollkommen und unter unverhältnismäßigem Aufwand wieder rückgängig gemacht werden können. (2) Die gegen die vorläufige Anordnung von den Antragstellern eingelegten Rechtsmittel sind nicht offensichtlich aussichtslos. (3) Bei der vorgesehenen Bereitstellung von Flächen für den Bau des Prüfgebietes handelt es sich nicht um eine im Interesse des allgemeinen Wohls oder im privaten Interesse Dritter unaufschiebbare Maßnahme ...

2.) ... Durch die Anordnung der Flurbereinigung Boxberg/Assamstadt (Prüfgebiet) in der hier vorliegenden Fallgestaltung stellt sich erstmals die verfassungsrechtliche Frage, ob eine Enteignung zugunsten eines privatrechtlich organisierten Unternehmers mit Art. 14 GG auch dann zu vereinbaren ist, wenn dem Unternehmer weder durch Gesetz noch aufgrund eines Gesetzes die Erfüllung einer dem Gemeinwohl dienenden Aufgabe ausdrücklich zugewiesen ist. Dabei geht der Senat mit dem Bundesverwaltungsgericht davon aus, daß die Anordnung der hier in Rede stehenden Unternehmensflurbereinigung nur rechtmäßig und damit letztlich aufrecht zu erhalten ist, wenn aus Anlaß der Errichtung des Prüfgebietes der Beigeladenen Nr. 3 (die Daimler-Benz AG, der Verf.) eine Entscheidung zulässig ist. Gerade dies läßt sich aus der bisherigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu



Beim Rodungsgelände

Art. 14 GG ... nicht ohne weiteres herleiten ...

3.) ... Weder die Dringlichkeit einer möglichst schnellen Verbesserung der wirtschaftlichen Regionalstruktur noch die innerbetrieblichen wirtschaftlichen Notwendigkeiten und Sachzwänge der Beigeladenen Nr. 3 noch der bisher geleistete Aufwand können die chaotischen Verhältnisse rechtfertigen, die entstehen müßten, wenn dem Vorhaben in einem fortgeschrittenen Stadium des Ausbaus die jetzt erreichte rechtliche Grundlage wieder entzogen wird. Es nicht dahin kommen zu lassen, ist für den Senat der entscheidende Gesichtspunkt. Gemessen daran ist es dem Antragsgegner und den Beigeladenen zumutbar, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts abzuwarten ..." (Auszug aus: Beschluß des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 9.4.1986, Az. 7 S 3361/85)

Kriegsflughafen Boxberg

Erich Schmidt-Eenboom, ehemaliger Bundeswehrhauptmann und heute beim Forschungsinstitut für Friedenspolitik in Starnberg, hat im Rahmen des Boxberg-Tribunals im Oktober 1985 erneut auf die Bedeutung der Teststrecke als Militärprojekt und die bereits vorhandene militärische Infrastruktur hingewiesen:

Radarflugmelde- und Luftfahrzeugleitzentrale "Gustav" bei Lauda-Königshofen, Autobahnnotlandeplatz Osterburken, Nato-Tanklager Boxberg, ein kanadisches Gerätedepot bei Niederstetten. Außerdem gibt es im Umkreis von ca. 30 km um Boxberg sechs Bundeswehrkasernen. Die geplante Teststrecke besitzt gegenüber Autobahnnotlandeplätzen eindeutige infrastrukturelle Vorteile: "Zwei ebene Start- und Landebahnen von jeweils 4 km Länge und der Breite von jeweils 16 Autobahnfahrspuren erlauben sogar den Flugbetrieb mit Großraumtransportern wie Galaxy und Starlifter. Ein separater Hubschrauberlandeplatz erleichtert den Verbindungsflugbetrieb. Verwaltungs- und Führungsgebäude wären in ausreichender Zahl vorhanden. Gut eingerichtete Werkstattgebäude ermöglichen flugplatzgerechte Luftfahrzeuginstandsetzung. Die sogenannte 'Teststrecke Stadt' und der 'Handlingkurs' schaffen die Verkehrsinfrastruktur für eine bei Bedarf schnell zu errichtende riesige Kasernenanlage ...

Diese Summe der externen und internen Vorteile der Daimler-Benz-Teststrecke für die Einplanung als Kriegsflughafen, die Logik der Verwendung ziviler Infrastruktur für militärische Zwecke und die neuerlichen Baumaßnahmen aus dem NATO-Infrastrukturprogramm, wie etwa das Gerätelager Wermutshausen, die Anpassung der übrigen Verkehrsstruktur an Teststrecke und Kriegsflughafen erhärten den Verdacht über die militärischen Hintergründe des Teststreckenbaus zur Gewißheit ... Die Teststrecke ist unter der Voraussetzung, daß in der Bundesrepublik eine Kapazität zur überlegenen Luftkriegsführung bereitgehalten und ausgebaut wird, ein Baustein im Sinne dieser Aufrüstungslogik."

"Jenseits von Afrika"

Kolonialidylle und rassistische Verachtung für Afrikaner



Die Blixen treibt "ihre Leute" in den Krieg. Treck zur Versorgung der Soldaten.

Dem Regisseur Sydney Pollack ist es gelungen, eine kitschige Liebesromanze mit kolonialistischem und rassistischem Inhalt zum Kassenschlager in den USA und in Westeuropa zu verfilmen. "Jenseits von Afrika" erzählt die Geschichte einer dänischen Bürgerstochter, die sich nach Kenia begibt, um dort als Baronin, Farmersfrau und Geliebte eines Großwildjägers tätig zu sein. Die Geschichte spielt in den ersten zwei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts und fußt auf der Autobiographie und den Erzählungen der dänischen Autorin Karen Blixen, die ihre Erfahrungen als koloniale Kaffeeplanterin in Kenia berichtet. Die Rassistin Karen Blixen schreibt in ihrem Buch "Jenseits von Afrika": "Was ich von den Tieren des Landes gelernt habe, war nützlich für mich in meinem Umgang mit Afrikanern." Der Film versucht, nicht ganz so plump, Afrikaner und Afrika als wilde und ursprüngliche Welt abzustempeln, vorhanden, um den weißen Siedlern eine zeitlang das Vergnügen von Safari – verfeinert durch europäische Weine und Mozartschallplatten – zu gönnen. Zwar wenden sich die Helden des Films gegen die Mißhandlung von Afrikanern und gegen die Umsiedlungen der Kolonialregierung, die die Schwarzen längst in Reservaten zusammengefaßt hat. In der Bildführung je-

doch sind die einzigen Produzenten, die den Kaffee pflanzen und die Arbeit organisieren können, die weißen Siedler. Die afrikanischen Sippen werden als willige Arbeitskräfte dargestellt, so schlau wie Tiere, die die Dressur ausführen, und nach europäischer Ausbildung vielleicht fähig, selbst einen Teil der Produktion zu leiten. So filmt Pollack die Afrikaner zwar nicht als Urwaldtiere, wie sie die Rassistin Karen Blixen betrachtet hat, wohl aber als Leute, denen die Weißen im Zuge der Kolonisierung immerhin die Zivilisation, das Lesen und Schreiben beigebracht haben. Lange und ausführliche Landschaftsaufnahmen legen den Schluß nahe, daß Kenia zu Beginn des 20. Jahrhunderts nahezu unbesiedelt und unberührt war, daß die dort lebenden Afrikanern keinen Ackerbau und keine Viehzucht kannten, sondern wie die Tiere von den Früchten der Natur lebten. Die kolonialen Arbeitsbedingungen der schwarzen Arbeiter, die zur Arbeit bei den Farmern gezwungen wurden, sind einfach geschönt. Die Farmerin verhandelt mit dem Häuptling, der Häuptling sagt zu, und die Kikuyu ziehen singend auf die Felder. Die Farmersfrau und ihr Verwalter packen mit zu. Dafür dürfen die Kikuyu-Kinder lesen lernen und die Väter im ersten

Weltkrieg mit in den Krieg gegen den deutschen General von Lettow-Vorbeck ziehen. Zwar zweifeln die Helden die Segnungen der kolonialen Zivilisation für die Afrikaner an – aber nur, weil im Zuge der Kolonisation die unberührte Natur zu verschwinden droht. In Ke-

nia ist bereits während der Dreharbeiten gegen den Film protestiert worden. (Literaturhinweis: Isak Dinesen (Pseudonym v. Karen Blixen) Jenseits von Afrika; Al Imfeld (Hg.) Verlernen, was mich stumm macht, Lesebuch zur afrikanischen Kultur, Zürich 1985 – uld)

Kurosawa

RAN: Noch einmal Schlachtengemälde mit Samuraigemetzeln

Nach "Kagemusha – der Schatten des Kriegers", einem Kolossalbild über die Kriege in einer Phase der Zerrissenheit des japanischen Feudalreiches, hat der japanische Regisseur Akira Kurosawa jetzt mit seinem Film "Ran" die filmische Befassung mit der japanischen Kriegerkaste der Samurai am Ausgang der Feudalzeit fortgesetzt. "Ran" kann die Bedeutungen: Aufruhr, Unruhe, Wahnsinn tragen. Es ist die Geschichte eines Fürsten, der nach fünfzig Jahren Krieg, Morden und Intrigen seine Ruhe haben will und seinen Besitz auf seine drei Söhne aufteilt. Die Söhne jedoch, Produkte der Gewalt, bekriegen und vernichten sich gegenseitig. Der greise Fürst muß mit ansehen, wie sein Reich versinkt. Nach dem Gemetzel bleiben nur noch der Narr und ein Blinder übrig. Die Kamera liefert aus der Totalen ein Bild der wüst und leer gewordenen Erde. Der Film besticht durch die technische Brillanz und den ständigen Wechsel zwischen einer beeindruckenden Äs-

thetisierung des Krieges – flatternde Kriegsbanner, blitzende Rüstungen, aufschießende Blutfontänen – und der ständigen Infragestellung dieser Eindrücke durch lange, distanzierte Einstellungen. Will Kurosawa mit dem Film die Gewalt verdammten oder an die Erde nach einem Atomkrieg gemahnen? Es handelt sich bei "Ran" wohl eher um Kurosawa



was Fortsetzung der Aufarbeitung und Mystifizierung der japanischen Kriegerkaste, noch heute ein Moment der japanischen Nationalideologie. – (wom)

Fernsehen

"Hotel Polan und seine Gäste"

So heißt eine dreiteilige Serie des DDR-Fernsehens, die der WDR zur Zeit im 3. Programm sendet. Beschrieben wird die tschechische Familie Polan, die "wegen etwas Politischem" aus dem Habsburgerreich ausgewanderte und jetzt an der deutsch-böhmischen Grenze

ein Kurhotel betreibt. Die Handlung des Films setzt 1908 ein. Die drei Folgen enden in den dreißiger Jahren. Grundlage ist die Erzählung "Hotel Bohemia" von Jan Koplowitz.

Der Film vermittelt ein gutes Bild von der Konkurrenz zwischen dem Hotelbe-

sitzer Polan und seinen nichtjüdischen Konkurrenten, vor allem dem Bürgermeister, der die "Judenburg" mit ihrer zentralen Lage gern in seinen Besitz gebracht hätte, aber dabei nicht auf Polan und seine für den Kurort so wichtigen "internationalen Beziehungen" verzichten will. Er zeigt den Hotelgast, der sich "als Deutscher und Preuße, erst in dritter Hinsicht als Jude" fühlt und begeistert 1914 für Kaiser und Reich in den Krieg zieht, und er vermittelt einiges über die Lebenslage der Bourgeoisie im Vor-

kriegsböhen, vor allem die jüdischen Glaubens.

Dabei hat das DDR-Fernsehen vor allem einen Unterhaltungsfilm produziert, der stellenweise zu glatt und zu sehr "Serie" ist. Das klingt auch in der Besetzung durch: Während einige Darsteller hervorragend zu ihren Rollen passen, sind vor allem die Frauen alle sehr hübsch oder sehr mütterlich. Der Antisemitismus wird zwar gezeigt, aber noch sehr harmlos und vorsichtig. Man kann auf die beiden anderen Folgen gespannt sein. – (hef)

Film

Margarethe von Trotta: Rosa Luxemburg

Margarethe von Trottas Film beginnt mit der Inhaftierung Rosa Luxemburgs in Rußland 1906 und endet mit ihrer Ermordung 1919. Die Regisseurin stützt sich auf Dokumente. Sie zeigt Rosa Luxemburg nicht als Opfer, sondern als mutige Revolutionärin, die durch jahrelange Haft nicht gebrochen werden konnte. Sie zeigt, wie sie den Chauvinismus der SPD bekämpft und sich in Reden und Artikeln an die arbeitenden Massen wendet. Sie stellt sie jedoch hauptsächlich als Vorkämpferin für den Frieden dar. Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts scheint das Ende des Spartakusbundes zu bedeuten. Trotz aller Verdienste ist an dem Film entscheidend falsch, daß in der Darstellung der internationalen Lage die Rolle der revolutionären Sowjetunion nicht gewürdigt und für die Verhältnisse in Deutschland die Gründung der KPD, an der beide maßgebend beteiligt waren, nicht erwähnt wird. Als Appell an das Publikum, das mit bestimmten Erwartungen den Film ansieht, bleibt daher nur übrig, sich für den Frieden einzusetzen und der SPD nicht zu trauen. Dies kommt zustande durch den Kunstgriff, die ganze Filmhandlung aus Szenen zusammenzusetzen, in denen Rosa Luxemburg persönlich anwesend ist. Aus diesen Erleb-

nissen scheint sich ihre Erfahrung zusammenzusetzen. Daher gibt es keine Analyse der Kriegsgründe der Bourgeoisie. Denn diese kann nicht einfach aus der Anschauung gewonnen werden. Daß dazu eine proletarische Wissenschaft und eine proletarische Partei notwendig sind, wird aber nicht ausgedrückt. Diese Entstellung der Gesamttätigkeit Rosa Luxemburgs reizt die bürgerlichen Kritiker, ihre Befriedigung über die Niederlage revolutionärer Bestrebungen unterzubringen. F. J. Raddatz, dem für ein "Porträt" ein "Zeit-Magazin" zur Verfügung gestellt wurde, faßt zusammen: "Der Film ist ein hochwertiges Zeugnis ... Ein Lobpreis der Zärtlichkeit, ein Menetekel der Vergewaltigung." – (anl)



Rosa Luxemburg

Unterdrückte Erkenntnisse

Die Abtreibungspraxis in der BRD im Ländervergleich

Am 23. Dez. 1980 vergab das Bundesministerium für Jugend, Familie und Soziales den Auftrag, die Wirkung des § 218 im Vergleich mit anderen europäischen Ländern zu erforschen. Den Auftrag bekam die Organisation der Stimezo Nederland, die ihren Bericht im Januar 1985 vorlegte. Als nun die Ergebnisse auf den Tisch des Hauses kamen, ließ Familienminister Heiner Geißler sie einfach nicht veröffentlichen. Die Untersuchung wäre für immer verschwunden, wenn nicht Stimezo selbst für die Veröffentlichung gesorgt hätte.

Das Buch befaßt sich ausschließlich mit dem Gesetzesvergleich und dessen Umsetzung in die Praxis. Insgesamt werden neun Länder mit der BRD verglichen, England/Wales, Niederlande, Dänemark, Schweden, Österreich, Frankreich, Italien, USA und die Schweiz. Es kann vorweg gesagt werden, daß Schweden das liberalste Abtreibungsgesetz der Welt hat. Es ist den Schwedinnen möglich, den Abbruch auf eigenen Wunsch bis zur 12. Woche vornehmen zu lassen, danach, bis zur 18. Woche, muß sie vorher ein Gespräch mit einem Sozialarbeiter führen. Generell ist der Abbruch bis zur 24. Woche möglich. Hier hat die Frau das größte Selbstbestimmungsrecht, ihr werden weder Beratungsgespräche, noch verschiedene Ärzte als Gutachter noch Wartezeiten aufgezwungen. Weitere liberale Gesetzgebung herrscht in den USA, Dänemark und Österreich. Auch hier kann die Frau auf Antrag bis zur 12. bzw. 16. Woche, in den USA sogar bis zur 24.–28. Woche einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen. Auch hier ist keine Zwangsberatung mit anderen Lösungen und das Aufsuchen mehrerer Ärzte vorgeschrieben. Die nächste Gruppe bilden Länder, die eine Zwischenform Notlagenindikation/freie Entscheidung haben. Dazu gehören England, Italien, Frankreich und die Niederlande. Hier ist das Gutachten eines zweiten Arztes nötig, oft auch eine Wartezeit, nicht aber die Empfehlung einer anderen Lösung. Ob eine Notlage besteht, entscheidet aber letztendlich die Frau. England ist ein Sonderfall. Hier ist die Gesetzgebung fast so streng wie in der BRD, die Praxis aber ziemlich liberal. Der Abbruch ist hier bis zur 28. Woche möglich. Hier, wie auch bei den o.g., ist die Lebensfähigkeit des Fötus das Kriterium. Schlußlichter bilden die Schweiz und die BRD. Hier gibt es keine Selbstentscheidung der Frau, statt dessen eine Wartezeit, Zwangsberatung und Besuch von zwei Ärzten.

Auch die Art der Behandlung ist unterschiedlich. Während in den meisten Ländern, weil ein frühzeitiger Abbruch stattfindet, "Day care"-Tagesbehandlung angewendet wird, müssen die Frauen in der BRD noch relativ häufig eine Woche ins Krankenhaus. Auch bei den Methoden liegt die BRD ziemlich ungünstig. Es wird noch am häufigsten die Ausschabung angewendet, die risikoreicher ist als die Absaugmethode, die z.T. nicht angewendet werden kann, weil die Frau etwas "spät dran" ist. Auch in diesem Punkt gehört die BRD zu den Ländern, in denen recht spät abgetrieben wird. Grund sind die restriktiven Gesetze, die lange Warteprozeduren verlangen und immer noch einige tausend Frauen pro Jahr ins Ausland treiben.

Da ist es doch erfreulich, daß viele Einzelgewerkschaften und die letzte Bundesfrauenkonferenz den einhelligen Beschluß gefaßt haben nach ersatzloser Streichung des § 218.

Quellenhinweis: Schwangerschaftsabbruch – BRD im internationalen Vergleich, Kettering & van Praag, dgvt – (bea)

Landtagswahlen Niedersachsen

Gemeinsame Erklärung
von BWK, GIM und KPD

Mit der Erklärung wird die Herausgabe einer "Wahlinformation" und die Durchführung örtlicher Veranstaltungen beschlossen. Die Volksfront Niedersachsen begrüßt die Erklärung hinsichtlich der "Entfaltung einer Volksfrontpolitik" und "bekundet ihr Interesse ... an gemeinsamen Tätigkeiten" zu den Wahlen. – (gec)

Keine Stimmabgabe für die CDU und die FDP
Weg mit der Albrecht-Regierung!

Mit den niedersächsischen Landtagswahlen am 15. Juni werden CDU und FDP alles daransetzen, ihre Stellung zur Durchsetzung reaktionärer Politik neuerlich zu festigen und Anhänger für diese Politik zu gewinnen. Die CDU, die in diesem Jahr auf ihre zehnjährige Regierungstätigkeit verweist, konnte jeweils in den letzten Landtagswahlen ihren Stimmenanteil ausbauen. 1982 erhielt sie mit 50,7 % der Stimmen gar die absolute Mehrheit.

Die CDU-Landesregierung hat in den letzten Jahren, mit Unterstützung der FDP, die Schwerpunkte ihrer Politik weitgehend durchsetzen können.

Über Angriffe auf den Lohn, die Sozialversicherungsansprüche und Schutzbestimmungen ist sie vorangekommen bei der "Verbilligung des Faktors Arbeit" (10 Thesen Albrechts). Insbesondere die Ausdehnung von unsteten Arbeitsverhältnissen, der Teilzeitarbeit u.ä. ist durch sie vorangetrieben worden. Mit dem neuen Personalvertretungsgesetz sowie der Novellierung des niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetzes hat sie erfolgreiche Angriffe auf betriebliche Vertretungsorgane und die Gewerkschaften geführt. Mit der Privatisierung öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen, dem Vortreiben von Privatfunk und Verkabelung, dem Ausbau von Atomanlagen und Hafenprojekten verschafft sie den Kapitalisten neue profitable Anlagemöglichkeiten, während die Arbeitslosigkeit enorm zunimmt. Im Schul- und Hochschulbereich betreibt sie Eliteförderung bei gleichzeitigem Absenken des allgemeinen Bildungsstandards. Sie betreibt die Privatisierung und Kommerzialisierung der Forschung (Technologiezentren, Medical Park etc.) bis hin zum staatlich finanzierten Zentrum für Rüstungsforschung in Unterlüß. Hinsichtlich revanchistischer Propaganda und Kriegsvorbereitungen bildet sie eine Speerspitze der Reaktion. Mit "Patenland Schlesien" betreibt die CDU-Landesregierung aktiv die Sammlung revanchistischer Kräfte und unterstützt u.a. mit der Finanzierung des Ostpreußen- und Schlesiernumseums die Propagierung westdeutscher Kriegsziele. Als Bundesland "mit der längsten Grenze zur DDR" beteiligt sich das CDU-regierte Niedersachsen an Angriffen auf die DDR. Die Aufrechterhaltung der "Erfassungsstelle" in Salzgitter sowie die Haltung zum Grenzverlauf belegen dies. Unter dem Schutz der niedersächsischen CDU entfalten sich faschistische Organisationen, angefangen von der Wehrsportgruppe Jürgens über die FAP bis hin zur NPD. Revanchistische, rassistische und nationalistische Propaganda von Lehrern, Richtern und Professoren wird von ihr gedeckt. Dagegen werden von ihr in großem Umfang Kräfte der politischen Opposition aus dem öffentlichen Dienst entfernt und mit Berufsverboten belegt. Mit der Anwendung der Sondergesetze sowie zahlreichen Erlassen geht sie gegen Ausländer und Asylbewerber rigoros vor. Die Albrecht-Regierung ist darüber hinaus eine zuverlässige Stütze der CDU/CSU/FDP-Bundesregierung, im Bundesrat sichert sie ihr die Mehrheit. Von daher haben die Landtagswahlen in Niedersachsen auch bundespolitische Bedeutung. Viele Kräfte der politischen Opposition, so aus der Ge-

werkschaftsbewegung und den außerparlamentarischen Massenbewegungen – wie der Friedensbewegung, der Frauenbewegung und der antifaschistischen Bewegung –, gehen, gerade auch hinsichtlich der bevorstehenden Landtags- und Bundestagswahlen, gegen die CDU-Landesregierung und die CDU/CSU/FDP-Bundesregierung vor. Eine Niederlage der CDU-Landesregierung wäre eine Ermütigung für diese Bewegungen. Wir beteiligen uns an diesen Bewegungen und kämpfen mit diesen u.a. gegen die Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte (u.a. § 116 AFG), gegen die Kriegspolitik der BRD und der NATO, für die Annullierung des NATO-Doppelbeschlusses, gegen die Unterdrückung der Frauen, gegen Atomanlagen in Gorleben, Wackersdorf und anderswo, gegen Faschisten und für gleiche Rechte von Ausländern und Deutschen.

Aber nur wenn Arbeiterinteressen gestärkt und durch Massenaktion zum Ausdruck gebracht werden, kann den CDU-geführten Regierungen eine Niederlage beigebracht werden.

Gewinnen CDU und FDP die Landtagswahlen wieder, wird es – soviel ist sicher – weitere Angriffe auf die Lage der Arbeiterklasse geben. Ein neuerlicher Wahlerfolg Albrechts wird weitere Vorwände und Voraussetzungen schaffen für noch mehr einschränkende Gesetze und Verordnungen, zum Einsatz von noch mehr Polizei, und noch mehr als bisher wird das Eintreten für soziale und politische Interessen zur kriminellen Tat abgestempelt werden.

Ein Wahlsieg von CDU und FDP stärkt die Reaktion und nützt den Kapitalisten. Deshalb rufen wir auf:
Keine Stimmabgabe für die CDU und FDP – Weg mit der Albrecht-Regierung!

Wir wissen, wird die CDU abgelöst, wird eine CDU/FDP-Koalition verhindert, so wird trotzdem die nächste Landesregierung eine bürgerliche Regierung sein. In einer SPD-Landesregierung bzw. einer SPD/GRÜNEN-Landesregierung sehen viele das kleinere Übel gegenüber einer Landesregierung der schwarzen Reaktion. Viele, die eigentlich erkannt haben, daß die sozialdemokratische Reformpolitik gescheitert ist und ein erfolgreicher Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten auf Löhne und Arbeitsbedingungen, gegen Spar- und Aufrüstungspolitik und gegen die Umweltzerstörung auf sozialdemokratischer Grundlage nicht möglich ist, werden zu den Landtagswahlen wieder SPD wählen. Wir verstehen das, sagen aber: Der Vormarsch der Reaktion kann nicht gestoppt werden durch die Wahl des kleineren Übels, sondern nur durch die Entfaltung des Klassenkampfes und des außerparlamentarischen Massenkampfes. Die Politik der SPD aber ist darauf ausgerichtet, den sozialen Frieden zu erhalten, Arbeiterbewegung und Kapital miteinander zu versöhnen und Massenaktivitäten der Arbeiter nur insoweit zuzulassen, als sie nicht an den Schranken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der bürgerlichen Macht rütteln. Ohne daß antifaschistische, antimilitaristische und antiimperialistische Positionen sowie Arbeiterinteressen stärker zur Geltung gebracht werden und dadurch ein größeres politisches Gewicht erhalten, wird es für die Arbeiterklasse keine Fortschritte geben.

Die SPD in Niedersachsen erweckt heute – vor allem mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Ex-Juso Schröder – den Eindruck, völlig mit der Politik der Schmidt-Ära gebrochen zu haben. Wir erinnern an die Politik der SPD als Opposition im niedersächsischen Landtag und stellen fest: Zu oft hat sie mit der CDU und FDP den Schulteranschlag gegen Arbeiterinteressen gesucht. Wir erinnern an das Vorgehen der SPD-Landtagsfraktion im Herbst 1985 gegen einen Gesetzesentwurf der GRÜNEN für "Kommunales Wahlrecht für Ausländer". Anstatt diesen zu unterstützen, suchte die SPD durch das Einbringen eines eigenen Gesetzesentwurfs "Für ein Kommunalwahlrecht für EG-Bürger" erfolgreich das Zusammenwirken mit CDU und FDP in ihrem gemeinsamen imperialistischen Bestreben, die "europäische Integration" voranzubringen.

Unter der Wahllosung "Macht unser Niedersachsen stark" setzt die SPD diese sozialchauvinistische Politik

fort. "Verlorengegangene Exportanteile" der niedersächsischen Industrie sollen – so das Wahlprogramm – zurückerobert werden. Ebenso wie die CDU, die FDP und die Kapitalisten vertritt die SPD die Position, daß, wenn der deutsche Export blühe, es allen besser gehe. Wir wissen, jede Vertretung von Arbeiterinteressen stößt unweigerlich mit den Expansionsinteressen der Kapitalisten zusammen. Die Orientierung auf Stärkung der Exporte der "deutschen Unternehmer" führt unweigerlich zur Spaltung der Arbeiterklasse sowohl im eigenen Lande wie auch gegenüber den Arbeiterklassen anderer Länder. Der mit "Linksimage" aufgebaute Ministerpräsidentenkandidat Schröder rät den Lehrern, Stunden- und Gehaltskürzungen zwecks Arbeitsplatzbeschaffung hinzunehmen. Genau so praktiziert es die CDU-Landesregierung. Schröder befürwortet längere Ladenschlußzeiten zur Hannover-Messe und stellt sich damit in dieser Frage direkt gegen die Gewerkschaftsbewegung. Wir weisen auf die Tatsache hin, daß die SPD den Wahlkampf mit dem Ziel der parlamentarischen Vernichtung der GRÜNEN führt. Ihre Politik und Programmatik liefert zahlreiche Anhaltspunkte für ein Bündnis mit der CDU. SPD-Landesvorsitzender Bruns bringt die Tolerierung einer Minderheitsregierung auch bereits ins Gespräch.

Die GRÜNEN haben im Landtag nützliche Tätigkeiten für fortschrittliche soziale Bewegungen geleistet und der politischen Opposition im Kampf gegen die Albrecht- und Unternehmerpolitik parlamentarische Unterstützung gegeben. Gleichzeitig sind die GRÜNEN Ziel der Bemühungen von CDU, FDP und auch SPD, sie parlamentarisch zu vernichten, was die gesamte fortschrittliche Opposition schwächen soll. Wir stellen aber fest, die GRÜNEN sind keine Arbeiterpartei und im Mittelpunkt ihrer Politik steht nicht die konsequente Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse. An für die Arbeiterklasse entscheidenden Fragen sind die GRÜNEN anfällig und offen für reaktionäre Politik. So, wenn etwa im Landtag vom Abgeordneten der GRÜNEN, Neddermeyer, den hart Arbeitenden und wenig Verdienenden finanzielle Opfer zugemutet werden, um die sozialen Sicherungssysteme zu finanzieren. So, wenn zum zweitenmal der antifaschistische Kampf im Wahlprogramm der GRÜNEN nicht erwähnt wird. Ohne daß Arbeiterinteressen ihnen gegenüber geltend gemacht werden, besteht die Gefahr eines weiteren Nachgebens gegenüber reaktionärer Politik. In der zunehmenden Unterordnung unter "parlamentarische Spielregeln" geben sie diesem Druck bereits nach. Im Kampf um konkrete Forderungen der Gewerkschaftsbewegung und der außerparlamentarischen Bewegungen ist die breitmöglichste Aktionseinheit nötig.

Wir müssen feststellen, gerade auch hinsichtlich der Landtagswahlen, daß die Arbeiterklasse zur Durchsetzung ihrer materiellen und politischen Interessen noch keine politische Partei hat, die diese Interessen konsequent durchsetzen kann. Die Organisationen der revolutionären Sozialisten, die zahlreichen Organisationen und Initiativen, die sich auf die Arbeiterbewegung beziehen, die Arbeiterinteressen zu ihrem Anliegen gemacht haben, sind, wenn auch zusammengekommen nicht wenige, so doch politisch uneinig und zersplittert. Dies ist ein Grund, warum wir nicht zu den Landtagswahlen kandidieren. Die Zusammenarbeit dieser Kräfte muß sich verbessern. Weil wir wissen, daß Fortschritte im Kampf gegen die Reaktion unwahrscheinlich sind, ohne daß Arbeiterinteressen stärker zur Geltung gebracht werden, wollen wir auch gerade zu den anstehenden Landtags-, Kommunal- und Bundestagswahlen dazu beitragen, daß sich die Zusammenarbeit dieser Kräfte in den praktischen Kämpfen der Arbeiterbewegung verbessert.

Ein weiterer Grund unserer Nichtkandidatur findet sich im niedersächsischen Wahlgesetz. Es ermöglicht nicht, daß wir eine Landesliste aufstellen. Nur in den Wahlkreisen (von 100), in denen Direktkandidaten aufgestellt sind, kann auch die Landesliste gewählt werden. Diese Gründe haben es verhindert, daß wir zu den Landtagswahlen kandidieren.

Notwendig ist die Entfaltung des Klassenkampfes und des außerparlamentarischen Kampfes. Notwendig ist das verbesserte Zusammenwirken all der Kräfte, die Arbeiterinteressen geltend machen wollen. Wir beziehen uns dabei auf die Gewerkschaftsbewegung und die außerparlamentarischen Bewegungen. Wir wollen dazu unseren Beitrag leisten und hinsichtlich der anstehenden Landtagswahlen uns auf folgende Schwerpunkte konzentrieren:

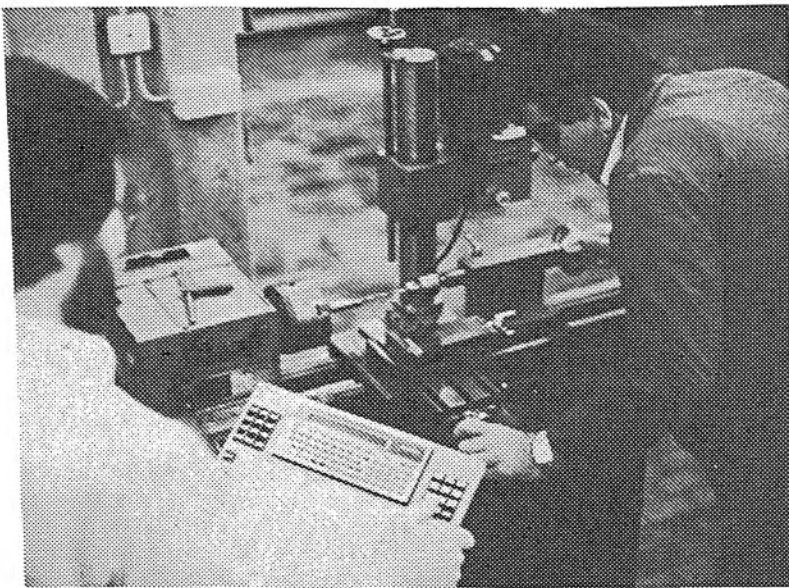
- gegen weitere Lohnsenkungen, Arbeitszeitflexibilisierungen und Ausdehnung der Teilzeitarbeit, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, gegen Ausbildungsverhältnisse unterhalb von Tarifbedingungen und in zwangsarbeitsähnlichen Verhältnissen;
- gegen die weitere Einschränkung demokratischer Rechte, insbesondere der Gewerkschaftsrechte, gegen den weiteren Ausbau der inneren Unterdrückung, für die ersatzlose Beseitigung der Berufsverbote;
- gegen die reaktionäre Ausländer- und Asylpolitik, gegen die zahlreichen Sondergesetze und Erlasse gegen ausländische Arbeiter, für ein eigenständiges Aufenthaltsrecht von Ausländerinnen, für gleiche Rechte von Deutschen und Ausländern, für ein kommunales und allgemeines Wahlrecht für Ausländer;
- gegen faschistische und revanchistische Politik und Kriegsvorbereitungen, für einseitige Abrüstung, für den Austritt der BRD aus der NATO, für die uneingeschränkte Anerkennung der DDR, gegen Förderung und Entfaltung revanchistischer Propaganda wie beim alle zwei Jahre stattfindenden "Schlesiertreffen", für die Auflösung der NPD und aller faschistischen Organisationen, keine Zulassung faschistischer Organisationen zu den Landtags- und Kommunalwahlen;
- gegen weiteren Sozialabbau, für die Rücknahme der Sparmaßnahmen im Sozialbereich, für die Verteidigung der sozialen Rechte, insbesondere für den Erhalt und die Ausweitung der kollektiven sozialen Sicherungssysteme;
- gegen die Diskriminierung und Unterdrückung der Frauen, gegen die reaktionäre Familienideologie und die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, für die ersatzlose Streichung des § 218, für die Streichung der unteren Lohngruppen, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für die bedingungslose Finanzierung selbstverwalteter Frauenhäuser;
- gegen die reaktionäre Eliteförderung und die damit einhergehende Senkung des allgemeinen Bildungsstandards.

Dies sind Schwerpunkte unserer gemeinsamen Politik und unseres praktischen Eingreifens.

Wir wissen, der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist unüberbrückbar. Der Kampf der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte muß deshalb das Ziel haben, den Kapitalismus zu beseitigen. Die revolutionäre Entmachtung der Bourgeoisie und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sind nach unserer Auffassung Voraussetzungen dafür, daß eine soziale Umwälzung der Gesellschaft eingeleitet werden kann, die die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Aufhebung der Klassen und die Beseitigung aller politischen Unterdrückung zum Ziel hat. Sozialismus heißt für uns, daß die politische Macht und die Verfügung über die wesentlichen Produktionsmittel tatsächlich bei den arbeitenden Massen selbst liegen, was auch Voraussetzungen sind für eine funktionierende sozialistische Planwirtschaft. Sozialismus und Herrschaft der Arbeiterklasse sind für uns untrennbar verbunden mit direkter Massendemokratie, einschließlich garantierter demokratischer Grundrechte (wie Meinungs-, Versammlungs-, Organisations- und Streikrecht) für die arbeitenden Massen.

Hannover, den 15. April 1986

Bund Westdeutscher Kommunisten, Landesverband
Niedersachsen/Bremen
Gruppe Internationale Marxisten, Deutsche Sektion der IV.
Internationale
Kommunistische Partei Deutschland, Landesbezirk
Niedersachsen



Erfassen von Akkordzeiten; Frauen, die hart arbeiten in unteren Lohngruppen – "Die Löhne müssen wieder lei-

stungsbezogen werden": so hatte O. Esser den Kurs der gesteigerten Ausbeutung und Senkung der Löhne bestimmt.

BDA-Politik

Otto Essers acht Jahre Arbeit für eine "Vorwärtsstrategie" des Kapitals

Was ist die "Wende" und wie haben die revolutionären Sozialisten darauf zu reagieren? Das ist weiter strittig. Nicht wenige haben berechtigte Sorge vor einer Schonung der SPD, die die Expansion der Kapitalisten fördert und dem alle Ansprüche der Lohnabhängigen unterordnet. Der folgende Artikel ist ein Versuch, die Kritik der "Wende" durch die Kritik der entscheidenden Akteure zu verbessern: der Kapitalisten und ihrer Verbände. Der bedeutendste Verband der Kapitalisten, wenn es um Tarifrecht, Sozialgesetze usw. geht, ist die Bundesvereinigung der deut-

schen Arbeitgeberverbände (BDA). Ihr Präsident Otto Esser, 1978 vom Chemiemonopol Merck an die BDA-Spitze gewechselt, gibt Ende des Jahres nach acht Jahren den BDA-Vorsitz ab. Mit seinem Namen sind für die Lohnabhängigen schwere Lohnsenkungen und Differenzierung der Löhne, Rentensenkungen, Kostendämpfung in der Krankenversicherung, Flexibilisierung der Arbeitszeit und nun der Angriff auf das Streikrecht verknüpft. "Rendite hoch!" – mit diesem Grundsatz traten die Kapitalisten gegen das "Anspruchsdenken" an.

Anfang dieses Jahres wandte sich Esser gegen Lohnforderungen, wenn sie auf Realloohnerhöhungen zielten. In der Begründung wies er auf die Kontinuität hin, die er im Bereich der Lohnpolitik während seiner achtjährigen Präsidentschaft bewirkt hatte: "Nichts wäre verhängnisvoller für den Gesundungsprozeß von Wirtschaft und Arbeitsmarkt, wenn jetzt unter der vorgeschobenen Behauptung eines Nachholbedarfs für die zurückliegenden Jahre von gewerkschaftlicher Seite eine neue Umverteilungsoffensive in der Lohnpolitik eingeleitet würde. Die Malaise, aus der wir nur allmählich herauskommen können, ist zu einem wesentlichen Teil die Folge von verteilungspolitischen Fehlentwicklungen der 70er Jahre, die mit der unvergessenen 'Klunker-Runde' im öffentlichen Dienst im Jahre 1974 ihren Ausgang nahmen. Derartige Fehler dürfen sich im Interesse von Beschäftigung, Stabilität und Wachstum nicht wiederholen" (Arbeitgeber 1/1986). 1974 hatten die ÖTV und die anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst in einem Streikampf eine monatliche Lohnerhöhung von 170 DM durchgesetzt, was eine deutliche An-

hebung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen bewirkte und Auswirkungen auch für die Einheit der Lohnabhängigen in der Industrie hatte.

"Verteilungspolitische Kurskorrektur!"

Eben mit dieser Losung hatte Esser Ende 1977, damals noch Vizepräsident des BDA und absehbarer Nachfolger des erschossenen BDA-Präsidenten Schleyer, die langfristige Perspektive der Kapitalisten-Angriffe auf die Lohnabhängigen in einem Grundsatzreferat bestimmt. Esser hatte damit den offenen Angriff auf den von der Arbeiterbewegung errungenen Lebensstandard als Ziel der Kapitalisten und ihrer Verbände proklamiert. Am 16. März 1978 zum Präsidenten des BDA gewählt, hat er seitdem dieses Ziel kontinuierlich verfolgt.

Wie war die Ausgangslage der westdeutschen Monopolkapitalisten beim Antritt Essers als BDA-Präsident? Die westdeutschen Monopolbourgeois mußten mit einer neuen konjunkturellen Krise rechnen. Diese würde bald eintreten. Schon nahmen die Anzeichen für eine neuerliche Überproduktion von Kapital zu. Mit dieser Über-

produktionskrise war verbunden eine sogenannte strukturelle Krise, d.h. weitreichende Umgestaltungen der kapitalistischen Produktion, Entwertung und Neugestaltung des fixen Kapitals, technischen Umwälzungen. Jeder Kapitalist wußte von dieser absehbaren Entwicklung. Das barg die Gefahr, bei Gelegenheit dieser technologischen Umwälzung den Anschluß zu den imperialistischen Konkurrenten, insbesondere den USA und Japan, zu verlieren. Aber auch die Aussicht, gerade bei einer solchen Umwälzung besonders rasch nach vorne zu stoßen, die eigene Rolle des westdeutschen Monopolkapitals in Westeuropa und weltweit bedeutend zu erhöhen, neue Märkte zu erobern, wenn es gelang, die eigenen Profite maximal zu steigern, große Mengen rasch verfügbaren "Risikokapitals" in die Schlacht zu werfen, wo immer sich eine Gewinnchance auftun würde.

Eine Überproduktionskrise, verbunden mit tiefgreifenden technologischen Umwälzungen, mußte die Kapitalisten anstacheln, die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen, die bei einer solchen Entwicklung der Marktlage anstieg und durch die die Unsi-

BDA zielstrebig gegen gesetzlichen Normalarbeitstag

Der Sicherung und Ausdehnung von flexiblen und überlangen gesetzlichen Arbeitszeiten hat sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände mit Nachdruck gewidmet. Zunächst hat sie dabei die geltende AZO von 1938 gegen eine Reform zur Einschränkung der Arbeitszeiten verteidigt. Gegen den zögerlichen Versuch der SPD in der Schlußphase der sozialliberalen Regierung, die gesetzliche Arbeitszeit einzugrenzen (8/40 Stunden, einschließlich zulässiger Mehrarbeit 10/48 Stunden), hat sie bei Anhörungen und mit Stellungnahmen Front gemacht. Mit Erfolg. Das seinerzeit SPD-geführte Arbeitsministerium schob dem ersten Referentenentwurf prompt einen zweiten nach, in dem längere Mehrarbeit zugestanden wurde. Die BDA wies auch die zweite Fassung zurück:

"Das derzeitige richtige System der Arbeitszeitordnung geht von einem relativ weiten, aber unter dem Gesichtspunkt des Arbeitsschutzes vertretbaren Rahmen von Höchstarbeitszeiten aus. Die Tarifvertragsparteien haben den gesetzlichen Rahmen im Zuge der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in vielfacher Weise ausgefüllt und dabei vor allem branchenspezifische Bedürfnisse berücksichtigt. Sie haben den weiten Rahmen aber nicht nur einschränkend ausgefüllt, sondern

auch von den Möglichkeiten der Arbeitszeitverlängerung Gebrauch gemacht. Zudem genommen ist auf diese Weise genügend Flexibilität für die Bedürfnisse der Praxis gewahrt ... Dieser Zusammenhang zwischen Arbeitszeitrecht und praktizierter Arbeitszeit würde nicht mehr funktionieren ... (1) Mehrarbeit sollte in jedem betrieblich anfallenden Umfang schon durch das Gesetz möglich sein.

Mit dem Regierungswechsel wurde auch die Vorlage zur AZO gekippt. Die CDU/FDP-Koalition begrub den Gesetzentwurf entsprechend der BDA-Forderung sofort.

PROMINENT DAS INTERVIEW ZUR SACHE MEHR FLEXIBLE ARBEITSZEIT

Ein Gespräch mit Otto Esser, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände



Metallinfo: Herr Esser, die Arbeitgeber lehnen eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit ab, weil sie für die Betriebe zu teuer ist und den Arbeitsschutz keine Arbeitsplätze verschafft. Was schlagen die Arbeitgeber denn vor, um die Arbeitslosigkeit zu überwinden?

Esser: Wir haben es für richtiger, den Mangel zu beseitigen, statt ihn nur anders zu verpacken. Das wichtigste ist deshalb die Wachstumschancen überdenken um über mehr Wachstum neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die die Unternehmen dazu in die Lage zu versetzen, muß zunächst aber in den letzten Jahren stark verbesserte Ertragskraft gestärkt werden.

Metallinfo: Reicht denn Wachstum allein?

Esser: Zu einer offenen Wachstums- und Beschäftigungspolitik muß man auch unsere Aufgaben entsprechend Maßnahmen treten, mehr Initiative und mehr Flexibilität der Arbeitgeber, eine verbesserte Arbeitsmarktpolitik und Sonderlösungen für jugendliche Arbeitskräfte. Metallinfo: Wie kann diese Verbesserung der Ertragskraft er-

reuen Wirtschaft abgelehnt und die Existenz neuer Arbeitsplätze verhindert wird.

Metallinfo: Weißt das, daß in dieser Offensive für mehr Beschäftigung die Arbeitszeitverkürzung keinen Platz hat?

Esser: Mehr Freiheit ist immer ein Ausdruck wachsender Wohlstands. Im Moment haben wir ganz andere Sorgen, nämlich stagnierende und flauernde Engpässe vom Staat bis zur Konsumverweigerung. Deshalb hat sich auch noch keine gefunden, die die Kosten von Arbeitszeitverkürzungen überwiegen könnte. Arbeitszeitverkürzungen sind aber nur einmal eine kurzfristige Lösung, wenn man eine dauerhafte Lösung anders und flexible Arbeitszeitverkürzungen, wie z.B. ver-

Esser: In den vergangenen Jahren konnten fast alle ausbildungsrelevanten und ausbildungsfähigen jungen Menschen durch die großen Einströmungen der Wirtschaft eine Lehrstelle bekommen. Daran haben wir sehr auch in diesem Jahr etwas entgegen gesetzt, denn der Erreichte große Knappheit. Und der ersten Einströmung der Zahl der Ausbildungsplätze gilt es entgegen, den Arbeitsmarkt gegenüber zu halten. Wir haben hierfür die Einführung eines berufspraktischen Jahres vorgezogen, um diese Jugendlichen von der Straße zu holen und ihre Chancen, einen Arbeitsplatz zu erhalten, durch eine Stützmaßnahme zu verbessern. Die ersten Maßnahmen beim Betrieb und Bildungsmaßnahmen sind angestrichen.

Die SPD brachte ihn nun in der Opposition im Bundestag und die hessische Landesregierung im Bundesrat ein. Erneut trat die BDA dagegen auf und stellte dabei immer stärker die Forderung nach betrieblich flexiblen Arbeitszeiten in den Vordergrund. Sie verlangte inzwischen eine "Reform" der AZO im Sinne der Öffnung für beliebige flexible Arbeitszeiten und unterstützte in der Öffentlichkeit nachdrücklich die Ankündigung eines entsprechenden Gesetzentwurfs durch das Blüm-Ministerium.

Die Tariffbewegung 1984, die Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche, legte die BDA als ein tarifliches und betriebliches Exempel an für flexible und differenzierte Arbeitszeiten. Das Ergebnis betrachtete sie im Rückblick als Erfolg: "Festzustellen ist, daß der im vergangenen Jahr gefundene Kompromiß eine gesamtgesellschaftliche Friedenswirkung entfaltet hat". (2) Mit dem "Frieden" ist gemeint, daß die Kapitalisten rechtlich für die verlangte Flexibilisierung grünes Licht erhielten. Auf dieser Grundlage betreibt die BDA heute die Verschlechterung der gesetzlichen Arbeitszeit mithilfe des Blüm-Entwurfs für ein neues Arbeitszeitgesetz, das im Bundestag in der Ausschlußberatung steckt. Sie will einen gesetzlichen Rahmen, der den Kapitalisten beliebige zeitliche Verfügung über die Lohnabhängigen läßt, darunter auch am Sonntag.

Quellen: (1) Jahresbericht der BDA, 1982; (2) Jahresbericht ..., 1985.

cherheit der Existenz der Lohnabhängigen bedeutend ansteigen mußte, auch durch gesetzliche Angriffe auf ihre Solidarität weiter zu verschärfen. Die Kapitalistenverbände mobilisierten dafür, daß die Entwicklung der gesamten Gesellschaft sich ihrer Forderung nach Steigerung der Rendite der industriellen Kapitalisten unterordnen müsse. Die Vorherrschaft und Berechtigung des arbeitslosen Einkommens der Kapitalisten sollte unumstritten anerkannt und die bisher geltende Ansicht, daß ein Lohnabhängiger von seinem Lohn existieren können muß, beseitigt werden. Die Kapitalisten schufen eine Schicht der Lohnabhängigen, die vom Lohn nicht existieren kann. Sie bestimmten durch gesetzliche Schritte die ausländischen Arbeiter als rechtlose Unterklasse und strebten danach, insbesondere für die schwer arbeitenden Teile der Lohnabhängigen eine dauerhafte Senkung des historischen Lebensstandards durchzusetzen.

In seinem Grundsatzreferat 1977 begründete Esser, daß der Preis für den Wert der Ware Arbeitskraft gesenkt werden und wieder leistungsbezogen sein müsse, was gerade bei den unteren Lohngruppen nicht mehr der

Fall sei: "Unsere Wachstums- und Beschäftigungsprobleme können überwiegend nicht auf kurzfristige konjunkturelle Schwierigkeiten zurückgeführt werden; sie sind vielmehr das Ergebnis mittelfristiger Fehlentwicklungen. Ihre Ausgangspunkte liegen weiter zurück und zwar in den inflationären Übersteigerungen der Kosten und Ansprüche seit Beginn der 70er Jahre und in dem nachhaltigen Umverteilungsprozeß, den die Lohn-, Sozial- und Steuerpolitik zu Lasten der Unternehmererträge in Gang gesetzt haben ... Die Verschlechterung der Gewinnbasis ist deshalb seit langem das Kernproblem des Investitions- und Wachstumsprozesses."

Esser griff dann die Politik der SPD/FDP-Regierung an: "In diesem Zusammenhang sind die Einkommenspolitik sowie die Steuer- und Sozialpolitik ein besonderes Kapitel. Sie paßten sich nicht etwa den erschwerten Investitionsbedingungen an, sondern der Kostendruck bei Personalaufwendungen und bei öffentlichen Abgaben nahm noch weiter zu ... liegt die Unternehmensrendite seit einigen Jahren fast um die Hälfte unter dem Niveau der 60er Jahre. Für diese Entwicklung war und ist die Verteilungspolitik der ar-

chimedische Punkt." Esser schlußfolgerte: Es "führt kein Weg an einer prinzipiellen verteilungspolitischen Kurskorrektur vorbei".

"Die Schlüsselrolle der Lohnpolitik"

Unter "Verteilungspolitik" faßt Esser Lohn-, Sozial- und Finanzpolitik. Als den entscheidenden Hebel für alle weiteren Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen bestimmte Esser die Senkung der Löhne: "Die Impulse für eine Wiedergesundung erwachsen aus der Kostensenkung und der Verbesserung der Angebotsbedingungen in der Wirtschaft und nicht woanders her! Deshalb fällt der Lohnpolitik, die den Preis für Arbeit bestimmt, die Schlüsselrolle zu." Esser hielt Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit zusammen und forderte: Die Preissenkung für den Wert der Ware Arbeitskraft muß durchgesetzt werden. Denn:

"Der Faktor Arbeit ist zu teuer:
— deshalb sind zahlreiche Arbeitsplätze nicht mehr wettbewerbsfähig
— deshalb fehlt es heute an der investitionspolitischen Basis für neue rentable Arbeitsplätze und
— deshalb verschärft sich der

Angriffe auf die Sozialversicherungen: spätestens 1975 beginnen die "Wendejahre"

Die Sozialpolitik, besonders die Sozialversicherung, gilt als das Feld der "Wende". Nun ist der Begriff zwar mit einer deutlichen Vorstellung versehen: nämlich für "Aufbau des Sozialstaates" und gegen "Abbau des Sozialstaates" und umgekehrt. Aber ist diese von Helmut Schmidt mit der Ankündigung der "Ellenbogengesellschaft" vorbereitete und von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion gepflegte Vorstellung auch richtig und was beinhaltet sie als Programm? Betrachtet man mit diesem Interesse die letzten zwanzig Jahre, so stellt sich als wesentlich heraus: Mit jedem wirtschaftlichen Niedergang in der Vergangenheit nehmen die Angriffe auf die Sozialversicherungen zu.

Dies gilt bereits für den Regierungseintritt der SPD und die Bildung der "Großen Koalition". Das Finanzänderungsgesetz 1967 brachte u.a. die Rentenversicherungen um 10 Mrd. DM durch Kürzung von Erstattung und Zuschüssen des Bundes, führte den (später zunächst zurückgenommenen) Krankenversicherungsbeitrag der Rentner ein und zu Erhöhungen der Rentenversicherungsbeiträge von 14 auf 1973 dann 18% des Bruttolohns. Damit wurde von dem 1957 an die Stelle der Anwartschaftsdeckung gesetzten – bereits fragwürdigen – System der Ab-

schnittsdeckung abgegangen. Wie sich zehn Jahre später erwies, ist dieser Vorgang mehr als eine Protokollnotiz wert: Die Abschnittsdeckung machte einen Ausgleich zwischen voraussichtlichen Rentenleistungen und Beiträgen für zehn Jahre notwendig mit der Auflage, daß am Ende der Periode noch eine Reserve in Höhe der Aufwendungen des letzten Jahres vorhanden zu sein hätte. 1969 wurde diese Regelung ganz und gar ersetzt und eine Reservebildung auf drei Monatsausgaben reduziert.

Im Jahre 1975, nachdem die registrierte Arbeitslosigkeit Ende 1974 auf 1,6 Millionen hochgeschwollen war, zeigte sich wiederum sehr plastisch, daß Sozialversicherungen, die über keine ausreichenden Reservemittel verfügen und auf die die Regierung zugreifen kann, keinen ausreichenden Schutz bieten: was von der Bundesanstalt für Arbeit noch nicht (für überwiegend Zuschüsse an die Kapitalisten) vergeben war, war schnell verbraucht. Die Kapitalisten murrten angesichts der Steigerung des Haushaltsdefizits durch "konsumtive Ausgaben" – u.a. Zuschüsse an die Arbeitslosenversicherung. Schleyer präsentierte die BDA-Denkschrift "Soziale Sicherheit unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen". Diese Stellungnahme erklärt die "Grenzen der Belastbarkeit" für erreicht und

verlangt u.a. "Eigenbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten".

Die Regierung reagierte prompt: das "Haushaltsstrukturgesetz" wurde aufgelegt. Die Gewerkschaftlichen Monatshefte charakterisierten das Gesetz in ihrer Ausgabe vom Dezember 1975 als "nicht nur in quantitativer Sicht, sondern auch im Hinblick auf den Kreis der betroffenen Bereiche einen bisher in der Geschichte der Bundesrepublik einmaligen Katalog von Ausgabenstreichungen und Abgabenerhöhungen".

Wesentliche Punkte dieses Gesetzes betrafen ab Anfang 1976: Beitragserhöhung für die Bundesanstalt für Arbeit, Einschränkung des Begriffs der "unzumutbaren Tätigkeit" mit der Folge einer Zunahme der Sperrzeiten um 40% 1976, Senkung des Anteils des Bundes an der Krankenhausfinanzierung, Kürzung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst, Senkung der Ausbildungsförderung.

1976 zur Bundestagswahl erklärte die SPD: "Weiter arbeiten am Modell Deutschland" und versprach: "Wir werden die soziale Ordnung gerechter und das Netz sozialer Sicherung noch dichter machen". Der Regierungsantritt mit Eklat: die Renten Anpassung war mit den noch vorhandenen Mitteln nicht zu finanzieren. Arendt ließ sich von der Ministerliste streichen und Ehrenberg präsentierte darauf die Gesetze zur Senkung des Rentenniveaus ("Konsolidierung") und zur Verlagerung der Kosten der Krankenversor-

Zwang in den Unternehmen, Arbeitskosten durch Rationalisierung so weit als möglich aufzufangen und einzusparen!"

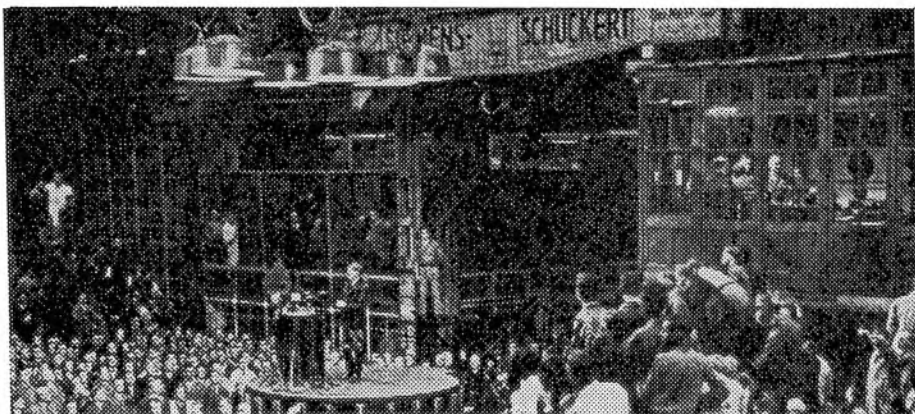
Wo setzte Esser an? Löhne hätten mit Leistung zu tun und nicht mit sozialer Hilfe. Er betonte von Anfang an und hielt über die Jahre hinweg durch, daß insbesondere der Preis für ungelehrte und angelernte Arbeit nicht leistungsgerecht, zu hoch sei und rentable Arbeitsplätze verhindere. Die Betonung lag also darauf, daß die Schranken bei den unteren Lohngruppen weggeräumt werden müßten. Warum war das wichtig für den Angriff auf die Löhne insgesamt? Hier war der Ansatz, um die entwickelte Einheit der Lohnabhängigen, unter einem bestimmten Niveau solle kein Arbeiter leben müssen, zu zerstören und damit das Eintreten für gemeinsame Lebensinteressen im Kern zu treffen: Die deutliche Wiederaufrichtung der Hierarchie bei den Löhnen ist der Weg, den Esser für die Lohnsenkung insgesamt vorzeichnete.

"Sozialen Besitzstand
überprüfen"

Nachdem Esser die Schlüsselrolle des Angriffs auf die Löhne entwickelt

hatte, zeigte er auf, daß die "Besitzstandsrechte" der Lohnabhängigen die Lösung des Kernproblems höhere Rendite hinderten. In einer Ausrichtungsrede auf der Geschäftsführerkonferenz der BDA, 1978, griff er das "Ausufern des Sozialstaates" an: "Ganz allgemein rücken die Probleme, die mit dem Ausufern des Sozial-

staates verbunden sind, erst allmählich in das öffentliche Bewußtsein. Der Dienstleistungsstaat, der Staat der Daseinsvorsorge ist mehr und mehr zum Umverteilungsstaat geworden. Er engt die produktiven Kräfte bis an die äußerste Grenze ein und verkürzt damit die Chancen der Selbsthilfe in vielen Bereichen... Die



BDA-Präsident Esser drohte 1984: "Nach meiner Überzeugung wird die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auch in Zukunft ein wesentliches Element freiheitlicher Politik bleiben. Jedenfalls dann, wenn die Bedingungen für ihre Funktionsfähigkeit erhalten bleiben." Wenn nicht? Käme dann für die Kapitalisten das faschistische Gefolgschaftsprinzip wieder in Frage? Bild: Propaganda-Foto der Nazis.

gung ("Dämpfung" zu Lasten der Versicherten).

Vier Jahre später: das dritte Kabinett Schmidt verlangte ohne Umschweife "Opfer" – angespornt durch den Arbeitsentwurf 1981 der BDA "Leitlinien für die soziale Sicherung unter veränderten wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Bedingungen". Das Haushaltsgesetz für 1982 greift die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit an, kürzt Zuschüsse zur Rentenversicherung, erhöht u.a. Lohn- und Verbrauchssteuern, kürzt die Besoldung im öffentlichen Dienst. Diese "Operation '82" wurde im Herbst 1981 Auftakt für die weitere erhebliche Verschärfung der Angriffe auf die Versicherungsleistungen, Löhne und Gehälter der letzten Jahre.

Ein Jahr weiter: die "Operation '83" wurde von Schmidts Kabinett mit u.a. neuem Finanz- und Arbeitsminister bloß noch geplant: am 1. Oktober 1982 rundete die neue Regierung Kohl/Genscher die von der SPD/FDP-Regierung bereits vorbereiteten Kürzungen insbesondere bei den Leistungen der Arbeitslosenversicherung und bei den Renten noch weiter auf: U.a. wurden die Leistungen für Arbeitslose und Umschüler gekürzt, die Rentenanpassung kurzerhand ausgesetzt, die bereits von SPD und FDP geplante Nettoanpassung der Renten eingeführt, der bereits gesetzlich vorgesehene Krankenversicherungsbeitrag für Rentner in die Höhe getrieben und die Berechnung der folgenden Rentenan-

1977: IG Metall verlangt Neuorientierung der Sozialpolitik

"Die nicht zu leugnende Abhängigkeit der Sozialpolitik von der Wirtschafts- und Finanzpolitik hat die Versuche begünstigt, Leistungen der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zu verschlechtern. Die Auswirkungen der 1973/74 einsetzenden wirtschaftlichen Rezession haben dazu geführt, daß sich die Versuche mehren, mehr oder weniger offen das Netz der sozialen Sicherheit aufzuknüpfen und Sozialleistungen abzubauen oder sogar aufzuheben. Diese Entwicklung hat mit der Verabschiedung der Haushaltsstrukturgesetze im Jahre 1975 begonnen. Mit der gar nicht so neuen Behauptung, die Grenzen des Sozialstaates wären erreicht, haben Unternehmerverbände und konservative Politiker einen Prozeß der sozialen und gesellschaftlichen Deformierung eingeleitet, der den Abbau sozialer Sicherheit der Arbeitnehmer und ihrer Familien zum Ziel hat.

Die Gewerkschaften haben immer wieder vor solchen Entwicklungen gewarnt und statt dessen auf die Notwendigkeit der Fortsetzung einer inhaltlich neu zu gestaltenden aktiven Sozialpolitik hingewiesen. Nach Auffassung der IG Metall erfordert diese Neuorientierung das Recht der Arbeitnehmer auf Selbstbestimmung und Selbstentfaltung, Sicherung der Gesundheit, gesicherte und menschengerechte Arbeitsplätze, berufliche Qualifikation und eine dementsprechende Tätigkeit, ausreichende und gesicherte Einkommen, bedarfsgerechte Versorgung mit sozialen Gütern und Dienstleistungen."

Aus der Präambel der Entschliebung 15 des 12. o. Gewerkschaftstages

passungen aktualisiert, um die Rentner direkter an Lohnsenkungen zu beteiligen. Auch die Sozialhilfe wurde nicht bei der Kürzung übersehen.

Mit dieser kleinen Chronik geht es um den Nachweis dafür, daß die als "Wende" bezeichnete Erscheinung jedenfalls mit Sicherheit in der Sozialpolitik als ein Kapitel betrachtet werden muß, daß spätestens durch die oben angesprochene Erklärung der BDA von 1975 in direktem Sinn und mit bereits unmittelbaren Konsequenzen für die soziale Lage der Lohnab-

hängigen eingeleitet wird. Die in ihrer Präambel nebenstehend zitierte Entschliebung des Gewerkschaftstages der IG Metall von 1977 ist mit ihrer Forderung nach "Neuorientierung" dafür auch eine gewisse Bestätigung. Konsequenzen dieser mindestens (wenn man so will) zehn Wendejahre müssen in der Auseinandersetzung mit den Zielpunkten der Arbeitgeberverbände gesucht werden. Sie dürfen über die Erfahrungen des "Modell Deutschland" nicht hinweggehen.

vielfältigen Ungleichgewichte, die sich sowohl für die Aufkommens- wie für die Verteilungsseite des Sozialstaates ergeben, werden in Finanzproblemen der Renten- und Arbeitslosenversicherung voll deutlich. Hier zu einer Eindämmung der Ausgabenflut ganz allgemein beizutragen, ist ein Gebot der Stunde."

Esser forderte "Bundesregierung und Gesetzgeber" auf, "darauf hinzuwirken, daß im Bereich des Sozialkonsums der Selbstverantwortung des einzelnen und dem Leistungsprinzip mehr als bisher Rechnung getragen wird" (Arbeitgeber 12/1978). Die SPD/FDP-Regierung folgte gehorsam der BDA-Aufforderung und setzte Bundesminister Ehrenberg an die Arbeit. Die Bundesregierung nahm dann schwerwiegende Rentenkürzungen vor und strich Leistungen der anderen Versicherungskassen. Damit hatte die sozialliberale Regierung den Anspruch der Lohnabhängigen auf kollektiven Versicherungsschutz prinzipiell in Frage gestellt, was die Unsicherheit der Lohnabhängigen bedeutend erhöhte. Die Kapitalisten konnten die Konkurrenz unter den Lohnabhängigen schüren und ihre Angriffe gegen das Recht auf kollektiven Ver-

sicherungsschutz verstärken. Die Sozialdemokraten hatten sich um die Ordnung der "sozialen Marktwirtschaft" verdient gemacht. Schon der Vorgänger Essers, H.M. Schleyer, hatte vorgetragen, daß die Selbsthilfe an die Stelle des kollektiven Anrechts auf gesicherten Versicherungsschutz treten solle (Das soziale Modell, 1973). Die BDA vertrat und vertritt in ihren Äußerungen: Kollektiver Schutz verstoße vom Grundsatz her gegen die die Gesellschaft sichernde Grundlage, die soziale Marktwirtschaft. Sozialversicherungen seien nur zum Schutz derjenigen, die in Notsituationen geraten seien. Deswegen habe die Eigenverantwortung die tragende Regel bei dem Schutz gegen Lebensrisiken zu sein.

Bei allen Anstrengungen der Sozialdemokraten in der Regierung, den Forderungen der BDA nachzukommen, die Reformisten konnten eine offene Propaganda für eine Einkommensumverteilung, entsprechende umfassende Maßnahmen und das Eintreten für die Selbsthilfe im Gegensatz zum kollektiven Versicherungsschutz nicht leisten, ohne in Gefahr zu geraten, ihre Funktionen, die Arbeiterklasse und Teile der anderen Lohn-

abhängigen an die kapitalistische Ordnung zu binden, zu verlieren. O. Esser erklärte in einem Vortrag am 25.5.1982 "die zum Teil tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten für unüberbrückbar ... Es kann einfach nicht angehen, daß vorhandene Anspruchspositionen nicht darauf überprüft werden dürften, ob es nicht anderswo dringlichere Bedürfnisse zu befriedigen gilt. Soziale Besitzstände, die in wirtschaftlich besseren Zeiten erarbeitet wurden, müssen in wirtschaftlich schlechteren Zeiten neu bedacht werden können." Esser hatte vor 1982 seine Zufriedenheit mit Wirtschaftsminister Lambsdorffs Einsatz für eine "Einkommensumverteilung" wiederholt geäußert. Als die FDP mit der CDU/CSU koalierte, begrüßte er die Regierungsbildung:

"Weg frei
für einen neuen Anfang"

Esser wiederholte: "Diese Regierung sollte auf marktwirtschaftlicher Grundlage eine wirtschaftspolitische Vorwärtsstrategie in die Wege leiten, die den privaten Investitionen eindeutigen Vorrang gibt und das Investitionsklima stärkt." Dann gab er den dringlichen Auftrag: "Hinzutreten

muß eine nationale Anstrengung zur Konsolidierung der Staats- und Sozialfinanzen ... Dieser Konsolidierungskurs muß auf weitere Erhöhung der Steuer- und Abgabenbelastung verzichten und gleichzeitig die investitionswirksamen Ausgabenanteile erhöhen." (Arbeitgeber 19/1982)

Die konservativ-liberale Regierung ist auf dem vom BDA angegebenen Weg vorangekommen. Esser drängte Anfang dieses Jahres darauf, jetzt Nägel mit Köpfen zu machen: "Für die soziale Sicherung muß der Grundsatz der Subsidiarität einen besonderen Rang erhalten. Die Fähigkeit des einzelnen, für seine eigene Sicherheit zu sorgen, ist im Regelfalle in den zurückliegenden Jahrzehnten ständig gewachsen. Dieser Tatsache muß das soziale Sicherungssystem in Zukunft mehr Rechnung tragen."

Für die Festschreibung der Erfolge gegen die Lohnabhängigen fordert die BDA Gesetzesänderungen, mit denen die Kapitalisten die Gewerkschaften an Arbeitskämpfen hindern können. O. Esser begründete gesetzliche Maßnahmen im Arbeitskampfrecht in einer Rede 1984 damit, das "Gleichgewicht der Kräfte zwischen Gewerkschaften und Kapitalverbänden" sei "empfindlich gestört". "Eine Revision des §116 AFG ... allein wird auf Dauer nicht genügen. Auch das Arbeitskampfrecht wird in seinem Zusammenwirken überprüft werden müssen".

Der mit großer Kraft sozialdemokratisch geführte Kampf für die 35-Stundenwoche hat die von den Kapitalisten erreichten Erfolge gegen die Arbeiterbewegung nicht zurückdrängen können. Die Kapitalisten verwandten das Ergebnis für den Ausbau der Flexibilisierung der Arbeitszeit und für weitere Angriffe auf die Arbeitsbedingungen.

Wie sich über die Jahre, von denen hier berichtet wurde, gezeigt hat, waren die sozialdemokratisch bestimmten Abwehrversuche nicht erfolgreich. Der Kampf der Arbeiterbewegung war auf sozialdemokratischer Grundlage zum Scheitern verurteilt. Die Arbeiterbewegung steht daher vor der Aufgabe, ihre politische und theoretische Einheit von den Grundlagen her zu reorganisieren. Das kann sie nur in kritischer Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie. So kann auch der heftige Widerstand, den weiterhin viele Lohnabhängige gegen die Angriffe der Kapitalisten, z.B. gegen die Unterdrückung der ausländischen Arbeiter, leisten, erfolgreich sein. Quellenhinweis: Arbeitgeber, Jahrgänge 1977-86; H.M. Schleyer. Das soziale Modell, 1973; Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1984; H.van der Meer. Politische Rolle und Funktion der Monopolverbände in der BRD, IPW-Forschungshefte 2/1983 - (alk, gba, haj, rok, rül)

"Rendite wie in den 60er Jahren!"

Die Rendite auf das eingesetzte Kapital müsse wieder so hoch werden wie in den 60er Jahren. Nur so könnten sie ihre "Investitionsschwäche" überwinden und die Arbeitslosigkeit abbauen. Das ist eine offizielle Losung der Kapitalisten, mit der sie ihren Feldzug gegen die Ansprüche der Lohnabhängigen zu rechtfertigen versuchen.

Die "Rendite" der Kapitalisten, das ist der nach Abzug von Steuern, von Zinslasten und anderen Gewinnabführungen bei den industriellen Unternehmen der Kapitalisten verbleibende Teil des Profits, den sie aus ihren Lohnabhängigen herauspressen konnten, bezogen auf das vorgeschossene Kapital aber - verkörpert in Grund und Boden, Fabrikräumen, Maschinerie, Roh- und Hilfsstoffen - ist seit den 60er Jahren, pro Lohnabhängigen gerechnet, stark gestiegen. Um dennoch wieder eine Rendite wie in den 60er Jahren zu erzielen, müßten die Kapitalisten also die Ausbeutung der Lohnabhängigen weit über den in den 60er Jahren erreichten Ausbeutungsgrad steigern. Für viele Lohnabhängige bedeutet diese Losung der Kapitalisten so die öffentliche Ankündigung, daß ihre Lebenslage unter das in den 60er Jahren erreichte Niveau gesenkt werden soll.

Noch in einer anderen Hinsicht ist die öffentliche Anknüpfung der Kapitalisten an ihren in den 60er Jahren erzielten Profiten verräterisch. Ende der 60er Jahre hatten die großen westdeutschen Monopole ihre mit der Niederlage im zweiten Weltkrieg erlittenen Rückschläge so weit überwunden, daß sie erneut zu einer gro-

ßen Offensive im Waren- und Kapitalexport übergehen konnten. Seitdem sind die westdeutschen Kapitalisten zu den größten Exporteuren von Fertigprodukten weltweit aufgestiegen, legten sie 130 Mrd. DM in ausländischen Fabriken an, stiegen zu den größten und mächtigsten Monopolen in Westeuropa auf, stieg der Kurs der D-Mark gegenüber dem Dollar auf fast das Doppelte. Die unten abgedruckte Tabelle dokumentiert diesen Vormarsch der westdeutschen Monopole weltweit: Während 1965 VW als einziges westdeutsches Monopol unter den 25 größten imperialistischen Monopolen der Welt zu finden war, rangierten 1984 bereits sechs westdeutsche Monopole unter den 25 größten imperialistischen Monopolen der Welt. Die gebieterische Forderung der Kapitalisten nach Profiten "wie in den 60er Jahren" ist so auch die öffentliche Ankündigung, daß die westdeutschen Monopole sich nunmehr stark genug fühlen, um ihre Vorherrschaft in Westeuropa endgültig zu sichern und gestützt darauf auch den Kampf mit den größten US- und japanischen Monopolen aufnehmen zu können.

Wie gefüllt die Kassen der Kapitalisten wieder sind, verriet unlängst auch Bundesbankpräsident Pöhl. Gemeinsam mit Finanzminister Stoltenberg verkündete er, das Angebot an Kreditgeld sei so groß, daß die Zinsen möglicherweise schon bald wieder auf ein Niveau sinken könnten, wie es zuletzt in den 60er Jahren bestanden habe. Sinkende Zinsen stacheln die "Risikofreude" der Kapitalisten zusätzlich an, weil damit auch die Aussicht steigt, den erzielten Profit zum größten Teil in die eigene Tasche lenken zu können. Der nächste große Krach kommt damit umso schneller.

"Nach vorn!" - Bilanzdaten großer Monopole in der BRD 1965 - 1984

Unternehmen	Umsatz (Mio. DM)		Lohnabhängige		Eigenkapital (Mio. DM)		Fortune-Rang	
	1965	1984	1965	1984	1965	1984	'65	'84
Siemens	7197	54616	257000	348000	1710	13267	37	15
VEBA	o.A.	49624	o.A.	76795	1362	9247	-	-
Volkswagen	9267	45671	122742	238353	1437	6685	24	16
BASF	4050	43523	47840	115816	2528	8611	82	22
Daimler-Benz	4913	43505	89464	199872	913	8530	58	17
Bayer	6301	43032	99800	174755	2333	8834	41	18
Hoechst	5240	41457	72918	177940	1940	9151	46	21
Thyssen	6899	32430	94207	132954	1784	3113	39	32
Bosch	2900	18373	89700	131882	437	4377	141	64
SUMME	46749	372231	873671	1596367	14444	71815		

Quellen: Geschäftsberichte 1965/66 und 1984/85 der aufgeführten Monopole; "Fortune-Rang": Entnommen bzw. für 1965 berechnet aus der Liste der weltgrößten Industrieunternehmen, abgedruckt in: Fortune, August 1966 und August 1985



Arbeiten, die arbeitstechnisch Teilschritte in möglichst schneller Folge wiederholen. Das im einzelnen Teilarbeitsbereich bewegte Kapital ist niedrig. Akkordarbeit und häufiger Personalwechsel.

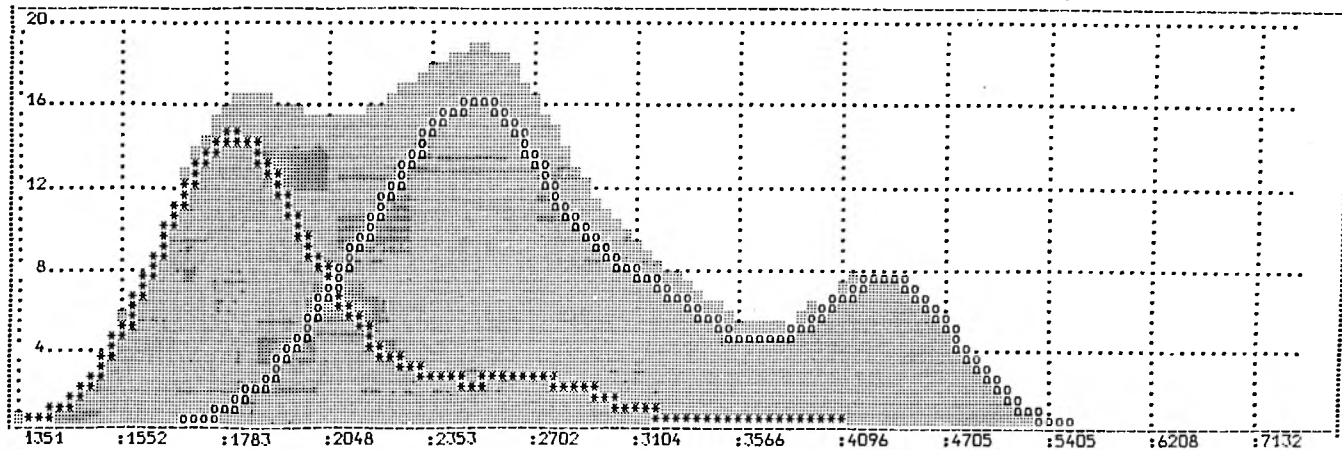
Arbeiten, bei denen Steuerung von Maschinen vorkommt. Die Folgezahl der einzelnen Arbeitsgänge ist bereits deutlich niedriger. Der Wert des pro Arbeitsgang durchlaufenden Kapitals ist höher.

Arbeiten mit Übersicht auf den Gesamtarbeitsprozeß. Sogenannte Facharbeit. Das bewegte und durchlaufende Kapital ist groß. Arbeitsfehler bewirken Stockung im Arbeitsprozeß.

Arbeiten, in denen Verrichtung sich eigene Arbeit mit Organisationsbefugnissen gegenüber anderen Arbeitskräften mischt. Fehlerhafte Anweisungen bewirken geringeren Durchlauf des Kapitals.

Arbeiten, die auf die Beurteilung der Arbeitsergebnisse anderer und das Geben von Organisationsanweisungen reduziert sind. Reflexion über organisatorische oder technisch-wissenschaftliche Fragen.

Tätigkeiten, die nur noch aus dem Erörtern und Schließen von Plänen und Treffen von Verfügungen bestehen. Repräsentationsverpflichtungen gegenüber dem Staat und anderen Betrieben.



■ = Belegschaften der Elektroindustrie nach Lohnklassen : * = Anteil der Frauen : o = Anteil der Männer
Y - Achse = Personen pro Lohnklasse in 1000 : X - Achse = Lohn- oder Gehaltseinkommen pro Monat und Person in DM
Gesamtbelegschaft = 962,8 Tausend : AT - Angestellte; Teilzeitbeschäftigte; Auszubildende sind nicht enthalten



Deckung der Unterhaltskosten, wie sie im Laufe eines Monats anfallen. Staatlicher Mietzuschuß läßt die Lage rosiger erscheinen. Die Wohnverhältnisse sind beengt. Für Kinder kein Platz.

Deckung der Unterhaltskosten, wie sie entstehen, wenn Erhaltung der Arbeitskraft für die ganze Lebensdauer gewährleistet sein soll. Mann und Frau müssen für die Unterhaltskosten einer Familie aufkommen.

Deckung der Unterhaltskosten, wie sie entstehen, wenn Erhaltung der Arbeitskraft und die Erziehung von Nachwuchs ermöglicht werden sollen. Verbesserungen bei Wohnraum, Kleidung, Nahrung möglich.

Deckung der Unterhaltskosten, die den Unterhalt weiterer Personen (z.B. Hausfrau) ermöglicht. Mietwohnungen haben gehobeneren Standard. Der Besitz einer Eigentumswohnung wird möglich.

Deckung, die darüber hinaus die Anschaffung von Sachwerten ermöglicht. Vor allem finden sich diese Sachwerte in einer exklusiven Wohnung und zur Gestaltung von Freizeitmöglichkeiten.

Deckung, die darüber hinaus zur Kapitalbildung ausreicht. Einkünfte aus Aktien usw. erlauben z.B. ein Ferienhaus im Tessin und einen schnittigen Zweitwagen für die Dame des Hauses.

Aus der Entschließung zur Lohnpolitik, beschlossen von der 2. o. DK des BWK, Februar 1982

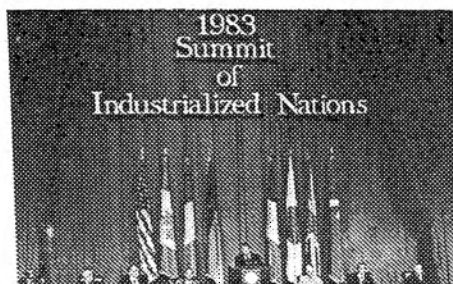
Das bürgerliche Lager in geschlossener Frontstellung gegen Gleichmacherei beim Lohn

Ende der sechziger Jahre kamen in der Arbeiterbewegung verstärkt Forderungen auf, die sich gegen die Lohnhierarchie richteten. Hohe Inflationsraten zwangen zu nominal hohen Ausgleichsforderungen. Argumente, wie das Essen wird doch für jeden um das gleiche teurer usw., begründeten Festgeld-, Sockel- und sonstige Mindestbeträge; solche Abschlüsse konnten auch durchgesetzt werden und fanden weit über die gewerkschaftlich Organisierten hinaus ein positives Echo. Die Abstände im Lohn- und besonders im Gehaltsgefüge verringerten sich damit, etwa im öffentlichen Dienst, wo der gewerkschaftlich erkämpfte Inflationsausgleich mehr ausmachte als die vom Dienstherrn ggfls. zu gewährenden Beförderungen. Die Diskussion um solch gleichmacherische Forderungen hat das politische Klima in vielen Betrieben und Verwaltungen einschneidend beeinflusst und z.B. üblich gemacht, über die jeweilige Eingruppierung überhaupt zu reden. Das Kapital reagierte gereizt.

Zum politischen Zusammenstoß kam es nach der Ablösung der Großen

Koalition aus CDU, CSU und SPD durch eine Koalition aus SPD und FDP mit Brandt und Genscher als Kanzler bzw. Innenminister. Zur Entscheidung stand, ob diese Koalition als Arbeiterregierung unter Einbeziehung bürgerlicher Kräfte zu verstehen sei oder als eine bürgerliche Regierung unter Integration der Gewerkschaften. Die ÖTV stellte damals eine Prozentforderung mit Mindestbetrag auf und band damit die Interessen besser gestellter Angestellter und Beamter mit jenen der schlechtbezahlten Massen im öffentlichen Dienst zusammen. Der Widerstand des verhandlungsführenden Innenministers Genscher löste den Streik aus. Der nur wenige Tage dauernde Streik erfaßte auf die eine oder andere Weise alle Dienststellen, auch Landesministerien u.ä. Mehr aus Sorge um zerrüttete Disziplin als etwa wegen direkter Versorgungsausfälle gab die Regierung Brandt schließlich nach. Das war ein großer Erfolg der Arbeiterbewegung. Die bürgerliche Welt jammerte aus allen Kehlen über die Gewalt, die man der Vernunft angetan hätte.

Damals zeigte sich, daß die SPD der FDP nicht bedurfte, um eine Wende einzuleiten. Getragen von einer breiten Parteiströmung stürzte der damalige Finanzminister Schmidt den Kanzler Brandt. Dadurch erwarb sich die SPD gewisses Vertrauen bei der Bourgeoisie, der Kredithahn für Staatsschulden öffnete sich wieder, wenn auch zu steigenden Zinsen. Der Gewerkschaftsbewegung wurde auf diese Weise drastisch vor Augen geführt, daß energisches Eintreten für gleichmacherische Forderungen als Kampfansage aufgefaßt würde, wofür bei keiner der Parteien Unterstützung zu finden sei. Diese geschlossene politische Frontstellung hat es den Kapitalisten erlaubt, die unteren Löhne so zu drücken, daß sie eine Reproduktion ohne Hilfe nicht mehr erlauben. Das wiederum schärft die Lohn- und Gehaltsgruppenhierarchie und schürt die Konkurrenz. Wir halten es für ein großes Versäumnis, daß nahezu die gesamte marxistische Literatur in der BRD dies nie erörtert hat, sondern die Versuche, die früher vom KBW und dann vom BWK in dieser Richtung unternommen wurden, links liegen ließ. – Die jetzige Situation zeigt, daß die Sache selbst keineswegs an Bedeutung verloren hat.



Weltwirtschaftsgipfel

Vom 4. bis 6. Mai treffen in Tokio die Regierungschefs der sieben größten imperialistischen Staaten zusammen. Ein Schwerpunkt der Gipfelberatungen wird das weitere Vorgehen gegen Libyen sein. Eine Bilanz der bisherigen Aggressionsakte steht an, neue sollen vorbereitet werden, um Ghaddafi zu stürzen, den Ölpreis weiter zu

drücken und die Abhängigkeit aller arabischen Ölförderstaaten vom imperialistischen Weltmarkt noch mehr zu steigern. Auf diesem Weltmarkt tobt gleichzeitig die Konkurrenz zwischen EG, USA und Japan immer heftiger. Die USA drohen sowohl Japan wie auch der EG mit schweren Handelssanktionen, wenn sie nicht mehr Warenimporte aus den USA zulassen.

An wen ist Jugoslawien verschuldet?

Nach Berichten und Untersuchungen jugoslawischer Banken stagniert die Schuldentilgung in den letzten Jahren. Es ist zwar gelungen, das Handelsbilanzdefizit mit den imperialistischen Ländern zu verringern, im wesentlichen aber durch Ankurbelung des Exports in diese Länder und Importbeschränkungen. Die westdeutschen Imperialisten sind führend als Gläubiger an den langfristigen Krediten beteiligt, neben dem IWF und verschiedenen internationalen Vereinigungen von Banken. In zunehmendem Maße schließen westdeutsche Firmen kurzfristige Handelskredite mit jugoslawischen Firmen ab, um ihre Rolle als führender "Handelspartner" auszubauen.



Kampf gegen Mieterhöhungen

Die Nordstadt – ein Arbeiterviertel in Dortmund, dominiert von Hoesch, mit einer Arbeitslosigkeit von 20% und einem hohen Ausländeranteil. Der Schüchtermann-Block ist ein Wohnblock in der Nordstadt. Die 26 Häuser werden fast nur von ausländischen Arbeiterfamilien bewohnt. 24 der Häuser gehören der Firma Schmitt,

die die Mieter wie Dreck behandelte und jetzt modernisieren will mit der Folge von Mieterhöhungen bis 100%. Seit einem halben Jahr gibt es den "Bewohnerverein Schüchtermann-Block e.V.". 30 Mietparteien sowie Juristen, Raumplaner und Architekten haben sich zusammengeschlossen. Ein Beispiel für einen solidarischen Kampf von Ausländern und Deutschen.

Ausländer: Große Innenminister-Koalition für mehr Rassismus?

Für einen ausländischen Arbeiter mit Familienangehörigen in seiner Heimat: je ärmer sein Herkunftsland, desto mehr Einkommensteuer! Im öffentlichen Dienst gibt es seit ein paar Monaten auch noch tariflich eingeschränkte Kinderzulagen. Chemie-Tarifregelungen erweisen: Blüms Vorruhestand prellt rückkehrende bzw. abgeschobene ausländische Beschäftigte. Jüngst ausgedehnte Polizeikontrollen in Westberlin: offene rassistische Verfolgung. Erhält diese gefährliche Entwicklung Rückendeckung einer schwarz-rot-goldenen Koalition der Innenministerkonferenz? Reaktionen auf Zimmermanns "Freizügigkeitsverhandlungen" mit der Türkei kündigen dies an.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
Tel.: 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle** – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen. Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7
GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21
GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen

Großen Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M 2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Politische Berichte und Lokalberichte bitte im jeweiligen Bundesland bestellen.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.